

3/99

E 4542

POLITIK & UNTERRICHT

Zeitschrift zur Gestaltung
des politischen Unterrichts

Die sechziger Jahre

in der
Bundesrepublik Deutschland

Ein Jahrzehnt des Wandels?
Die Berliner Mauer
Zwischen Adenauer und Brandt
Die Studentenrevolte



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

ISSN 0344-3531

„Politik und Unterricht“ wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

Herausgeber und Chefredakteur:

Siegfried Schiele, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Redaktionsteam:

Otto Bauschert, M.A., Oberregierungsrat, Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart (geschäftsführender Redakteur)

Ernst-Reinhard Beck, Oberstudiendirektor, Direktor des Friedrich-List-Gymnasiums Reutlingen

Judith Ernst-Schmidt, Studienrätin, Werner-Siemens-Schule (Gewerbliche Schule für Elektrotechnik), Stuttgart

Ulrich Manz, Rektor der Schiller-Schule Esslingen (Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule)

Horst Neumann, Ministerialrat, Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Stuttgart

Angelika Schober-Penz, Studienassessorin, Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Stuttgart

Karin Schröder, Reallehrerin, Eichendorff-Realschule Reutlingen

Anschrift der Redaktion:

70184 Stuttgart, Staffenbergstraße 38,
Tel. (0711) 2371-388/-378, Telefax (0711) 2371-496

Politik und Unterricht erscheint vierteljährlich

Preis dieser Nummer: DM 5,-

Jahresbezugspreis DM 20,-. Unregelmäßig erscheinende Sonderhefte werden zusätzlich mit je DM 5,- in Rechnung gestellt.

Verlag: Neckar-Verlag GmbH
78050 Villingen-Schwenningen, Klosterring 1

Druck: Baur-Offset GmbH & Co.
78056 Villingen-Schwenningen, Lichtensteinstraße 76

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

INHALT

DIE SECHZIGER JAHRE in der Bundesrepublik Deutschland

Vorwort des Herausgebers 1

Geleitwort des Ministeriums
für Kultus, Jugend und Sport 2

Autor dieses Heftes 2

Unterrichtsvorschläge

Einleitung 3

Baustein A
Ein Jahrzehnt des Wandels? 7

Baustein B
Die Berliner Mauer 9

Baustein C
Zwischen Adenauer und Brandt 12

Baustein D
Die Studentenrevolte 13

Literaturhinweise 15
(Alle Bausteine: Gerhart Maier)

AV-Medien zum Thema 17

Leitbild der LpB 18

Texte und Materialien

für Schülerinnen und Schüler 19–46

Der Schülerwettbewerb des Landtags 47

Politik im Freien Theater U 3

**Vorwort
des
Herausgebers**

Die Redaktion von „Politik und Unterricht“ setzt mit dieser Veröffentlichung ihre bewährte Reihe mit zeitgeschichtlichen Themen fort. Das vorliegende Heft baut auf früher erschienenen auf: den Titeln über das Umbruchjahr 1945, die Nachkriegszeit (Weichenstellungen 1945–1948) und über die fünfziger Jahre. Diese Ausgaben waren so gefragt, dass die Vorräte der Landeszentrale aufgebraucht sind. Der Erfolg hat uns ermutigt, jetzt auch Unterrichtsvorschläge für die sechziger Jahre vorzulegen.

Das Jahrzehnt zwischen 1960 und 1969 wird als eine Zeit des Wechsels charakterisiert. Es ist wichtig zu sehen, dass dieser Zeitraum von gegenläufigen, oft widersprüchlichen Tendenzen bestimmt ist, von vorwärts drängenden und von rückwärts gewandten Bestrebungen gleichermaßen. Der erste Baustein befasst sich mit den Veränderungen in der Lebenswelt, der letzte mit der Bewegung der Achtundsechziger. Das zeitgeschichtliche Interesse gilt vor allem zwei Wegmarken, die typisch für die sechziger Jahre sind: dem Mauerbau und der Großen Koalition im Übergang von der Ära Adenauer zur Ära Brandt.

Die Fächer Geschichte und Gemeinschaftskunde sind selbstverständlich angesprochen, die Zusammenarbeit mit Deutsch oder Musik ist naheliegend. Einen besonderen Reiz für Schülerinnen und Schüler gewinnt die Dekade dadurch, dass viele der heute Unterrichtenden damals jung waren und sich als Zeitzeugen geradezu anbieten. Wir sind gespannt darauf, welche Erfahrungen die Lehrerinnen und Lehrer mit den Materialien und Vorschlägen machen.

Siegfried Schiele

Direktor der Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Siegfried Schiele zum 60. Geburtstag

Alle reden von der Jahrtausendwende. Doch ein wichtiges Ereignis kommt noch vorher: Am 1. Oktober wird Siegfried Schiele 60 Jahre alt.

Vor 23 Jahren wurde Schiele Direktor der Landeszentrale und Chefredakteur von „Politik und Unterricht“. Seit dieser Zeit ist er nicht nur als Chef und Autor mit Herzblut bei der Sache geblieben, er hat auch andere für die Aufgabe begeistert, eine Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung zu gestalten. Seine Überzeugung, dass es nicht weiterer Ausdifferenzierungen, sondern vor allem der Elementarisierung bedürfe, prägt heute den Stil von „Politik und Unterricht“.

Die Redaktion und sicher auch die Leserschaft wünschen dem Jubilar ein schönes Fest und alles Gute für die Zukunft.

Für das Redaktionsteam: Otto Bauschert



Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Die 60er Jahre sind vielen Lehrerinnen und Lehrern noch in guter Erinnerung aus eigenem Erleben. „Mit 17 hatte ich noch Träume“, wird manch eine und manch einer nostalgisch zurückblicken und dabei im Abgleich zur heutigen Realität das ungeheure Spannungsverhältnis zwischen Aufbruch und Ergebnis, aber auch in der Dekade selbst empfinden. Hier Reformbegeisterung, dort Konservierungswille, hier Happening, dort keine Experimente: In wenigen Epochen war so viel Gegensätzliches im so kurzen Zeitraum einer Dekade fokussiert. Aus einer enormen Zukunftsgläubigkeit konnte Reformbegeisterung ebenso erwachsen wie die düstere Prophezeiung des Club of Rome. Die neue Jugendlichkeit konnte in der Mode das freie Damenknie emanzipieren oder im uniformierten Mao-Look enden. Blumenkinder konnten Idole oder Terroristen werden. Der Bau der Berliner Mauer sollte abschließen, barg dennoch in sich eine neue Ostpolitik, die letztlich zum Fall der Mauer führte. Wirtschaftliches Wachstum des Mehr, noch Mehr und nochmals Mehr schlug um in die erste große Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg. Politisch folgte der Vorherrschaft der CDU nach dem Zwischenspiel der Großen Koalition die erste sozial-liberale Regierung. Rückblickend dürfen wir sagen, soviel Aufbruch und Umbruch war nie. Oder meinen wir das nur in historischer Verklärung?

Das Heft belegt die in den 60er Jahren angelegte Veränderungsdrematik durch vier ausgewählte Blöcke: neues Lebensgefühl, Mauerbau, Regierungswechsel/Wirtschaftskrise sowie Studentenrevolte und erfasst damit die Leitfossilien jener Jahre. Das Angebot der Materialien ist vorzüglich. Anregungen zur Visualisierung, zur Aufnahme durch das Ohr, und nicht zuletzt zur noch einfachen Einbeziehung von Zeitzeugen, häufig der Lehrerinnen und Lehrer mit eigenen Erlebens- und Sichtweisen selbst, sind geeignet, eine Zeit zu verlebendigen, die grundlegende Weichen gestellt und die Gleise unserer Tage maßgeblich bestimmt hat. Die vorgeschlagene Methode, ein Feature der 60er Jahre im Rahmen eines Projekts erstellen zu lassen, könnte den Reiz dieser Dekade besonders eindringlich vor Augen und Ohren führen.

Das Kultusministerium wünscht diesem Heft, dass es ihm gelingt, ein Lebensgefühl zu transportieren, in welchen Chancen und Aufbruchsstimmung den heutigen Schülerinnen und Schülern vor allem Mut machen.

Dr. Eckhart Seifert
Ltd. Ministerialrat
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Autor dieses Heftes

Gerhart Maier, Prof. i. R., Esslingen a. N.

DIE SECHZIGER JAHRE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Einleitung

In den sechziger Jahren hat die Gesellschaft in Westdeutschland einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen, der Einstellungen, Lebensgefühl und Wertesystem nachhaltig verändert hat.

Der thematisierte Zeitabschnitt hat zwar Auswirkungen bis in unsere Gegenwart hinein, bildet aber andererseits doch eine abgeschlossene Einheit, die sich grundsätzlich vom Heute unterscheidet; sie ist Geschichte – zumal für unsere Schülerinnen und Schüler. Gerade bei der Beschäftigung mit der Andersartigkeit einer nur wenig zurückliegenden Zeit lassen sich wichtige Impulse für die eigene Standortbestimmung gewinnen, die man im Unterricht produktiv aufgreifen kann.

Zunächst stellt sich die Aufgabe, die spezifischen Merkmale und Besonderheiten, die Signatur der sechziger Jahre zu definieren. Auch für den Unterricht eröffnet diese Frage überraschende und weiterführende Möglichkeiten.

Trotz unumgänglicher „Übergriffe“ in den vorausgehenden und den nachfolgenden Zehnjahreszeitraum lassen sich Anfang und Ende der sechziger Jahre durch tiefe Einschnitte markieren.

Der Beginn

- Das Jahr 1961 bringt das Ende der „Ära Adenauer“, die seit 1949 bestanden hatte. Nicht erst der Übergang der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer auf Ludwig Erhard im Jahre 1963, sondern schon der Verlust der absoluten Mehrheit von CDU und CSU bei den Bundestagswahlen 1961 kündigte den Politikwechsel an.
- Seit dem im Godesberger Programm (1959) vollzogenen Bruch mit ihrer programmatischen Tradition und seit dem deutlichen Stimmenzugewinn in den Bundestagswahlen 1961 stand die SPD als reale Alternative zu den bisherigen Koalitionen bereit.
- Der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 bewirkte einen schweren Schock für das bundesrepublikanische Selbstverständnis. Seit dem

Mauerbau wird Politik – in Ost und West – anders wahrgenommen.¹

- Mit der Wahl John F. Kennedys zum US-Präsidenten im November 1960 endete die Zeit, in der in Amerika Präsidenten regierten, die unmittelbar vom Zweiten Weltkrieg und seinen Folgen geprägt waren.
- Für den Ostblock hatte der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow bereits 1956 die „friedliche Koexistenzpolitik“ zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung proklamiert; sie wurde zur Generallinie der Deutschland- und Europapolitik der UdSSR in den sechziger Jahren.

Das Ende

Auch für das Ende der sechziger Jahre lassen sich markante Daten anführen:

- 1968 gründeten Wissenschaftler aus mehreren Ländern den „Club of Rome“, der bereits mit dem Titel seiner ersten Veröffentlichung eine neue Betrachtung der Welt einläutete: „Grenzen des Wachstums“. Das Schlagwort „Umweltschutz“ und die Ökologiebewegung traten als Korrektiv neben das bisher uneingeschränkte Vertrauen auf eine stetige ökonomische Expansion.
- Die Bildung der sozialliberalen (kleinen) Koalition nach den Bundestagswahlen 1969, durch welche die CDU/CSU zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte auf die Oppositionsbänke verbannt wurde, bedeutete eine tiefe Zäsur und setzte zugleich die Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland auf ein neues Gleis; das Ergebnis war die „De-facto-Anerkennung“ der DDR.
- Das Scheitern der Studentenbewegung seit 1969 und das Abgleiten eines Teiles der Außerparlamentarischen Opposition in den Terrorismus machten deutlich, dass das innenpolitische Ver-

¹ „In ohnmächtiger Empörung forderte der Berliner Bürgermeister Willy Brandt im Herbst 1961 vor dem Bundestag das Eingreifen der UNO und Repressionen gegen die DDR und Moskau ... Brandt erhielt donnernden Beifall, aber die Mauer wurde nicht durchlässiger“ (Heinrich Jaenecke, 1979, S. 302)

änderungspotential, soweit es sich außerhalb der Parlamente angesiedelt hatte, verbraucht war.

- Dramatische Schockerlebnisse kennzeichnen schließlich das Ende der „Roaring Sixties“: In Kalifornien werden während eines Rolling-Stones-Konzertes einige Zuhörer von Ordnern erstochen; am 10. April 1970 erklärt Paul McCartney die Auflösung der Beatles; die Pop-Idole Jimi Hendrix und Janis Joplin sterben durch die Einwirkung von Drogen.

Ein Jahrzehnt des Aufbruchs

In keiner Phase der Nachkriegsgeschichte war die Bereitschaft zu Veränderungen und zur Abkehr vom Althergebrachten größer als in den sechziger Jahren. Der Wind des Aufbruchs und des Neuanfangs wehte damals durch Westdeutschland (und darüber hinaus durch die ganze westliche Welt). Das Vertrauen auf die Veränderbarkeit und Machbarkeit der Gesellschaft war nahezu grenzenlos. Traditionelle Bindungen und gesellschaftliche Zwänge, die sich während der fünfziger Jahre eher verfestigt hatten, wurden rigoros in Frage gestellt. Der Abbau von „überholten“ Autoritäten wurde zum Programm weiterer Bevölkerungskreise.

Man gab sich vorbehaltlos und mit großem Optimismus der Hoffnung auf eine „bessere Welt“ hin. Nahezu alles schien machbar und beherrschbar; sogar der Weltraum rückte nach – bemannten und unbemannten – Erdumkreisungen und Mondlandungen näher als jemals zuvor. Zu Recht hat man die sechziger Jahre als „eine Zeit der Träume und der Illusionen“ bezeichnet. Das Festhalten an der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, der von den Studenten gepflegte „Traum von der Revolution“, aber auch die Aufforderung Willy Brandts in seiner ersten Regierungserklärung „Mehr Demokratie wagen!“ beleuchten exemplarisch die überschwängliche Einschätzung des politisch und gesellschaftlich Möglichen.

Ausgangspunkt und Vorbild für diese optimistischen Weltverbesserungspläne waren die USA – in dreifacher Hinsicht:

- Der dynamische Präsident John F. Kennedy hatte unmittelbar nach seiner Wahl seine Konzeption von den New Frontiers verkündet, womit zum einen die technischen Möglichkeiten bei der zukünftigen Eroberung des Weltraums und zum anderen die Hoffnung auf die Beseitigung der Armut und der Rückständigkeit in weiten Teilen der Erde gemeint waren.
- Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung der sechziger Jahre forderte die Schaffung einer gerechten Gesellschaft, insbesondere den Ausgleich zwischen Farbigen und Weißen. Ihr Vorkämpfer Martin Luther King hatte in seinem Aufruf „I have a dream“ expressis verbis das Wort vom Traum aufgegriffen; er fand neue Formen gesell-

schaftlicher Mobilisierung, die auch in Deutschland nachgeahmt wurden.

- Lange vor der APO in der Bundesrepublik Deutschland hatten Studenten und Professoren an Universitäten der USA Reformen des Bildungssystems und darüber hinaus tiefgreifende Veränderungen der Gesellschaftsstruktur gefordert. Auch der Kampf gegen das amerikanische Engagement in Vietnam war keine deutsche Erfindung, sondern wurde von amerikanischen Studenten eröffnet.

Eine wesentliche Fundierung der Zukunftsgläubigkeit war das ungebrochene Vertrauen in den wirtschaftlichen Fortschritt, das zwar in Deutschland infolge der Konjunkturkrise in den Jahren 1966 und 1967 kurzfristig einen Dämpfer erfuhr, aber nach dem Wiederanspringen des Konjunkturmotors während der Großen Koalition rasch wieder auflebte. Deutschland lebte nach dem Motto „höher, schneller, toller, teurer“; Verkehr, Konsum, Wohnungsbau und Tourismus erfuhren einen phänomenalen Aufschwung.

Es ist ein wichtiges Ziel der Unterrichtsmaterialien, den Schülerinnen und Schülern neben den historischen Ereignissen der sechziger Jahre gerade auch diese mentalen Veränderungen in der deutschen Bevölkerung bewusst zu machen und sie zu einer eigenen Bewertung anzuregen; dabei ist der Rückblick auf diese Umbruchzeit sowohl von kritikloser Bewunderung als auch von Überheblichkeit freizuhalten. Denn viele der damals aufgeworfenen Fragen, viele Probleme und Lösungsansätze der sechziger Jahre wirken bis heute weiter – freilich in modifizierter Form; andere Phänomene, die, aus zeitlicher Distanz betrachtet, eher merkwürdig wirken, sind aus ihrem historischen Umfeld heraus verständlich zu machen.

Nachdrücklich ist davor zu warnen, den während der sechziger Jahre vollzogenen gesellschaftlichen Wandel einseitig der Studentenbewegung zuzurechnen und so deren Bedeutung im Ensemble der Veränderungsprozesse und ihrer Akteure zu überschätzen; die Ereignisse von 1968 sind nur ein Aspekt des Umbruchs – wenngleich sicher der spektakulärste. Man wird daher die Aufbruchstimmung nicht ausschließlich an den Ereignissen der ausgehenden sechziger Jahre, sondern auch an anderen Phänomenen aufzeigen – insbesondere an der Musik, der Mode, dem Film und anderen kulturellen Neuerungen.

Gegenkräfte

Die Beschreibung der sechziger Jahre bliebe freilich einseitig und unvollständig, wollte man diesen Zeitraum ausschließlich als eine Phase des Umbruchs charakterisieren: Der Wille zu radikaler Veränderung stieß auf starke Kräfte der Bewahrung und der beharrlichen Verteidigung des Überkommenen. Besonders die Arbeiterschaft und die ältere Generation zeigten wenig Interesse an der Infragestellung des

Bestehenden; die Parolen der Studenten prallten an ihnen ab und riefen Unwillen hervor. Die aufgrund der Sozialpolitik errungenen Standards und Lebensbedingungen waren so positiv, und das Vertrauen auf eine schrittweise weitere Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen war inzwischen so tief verwurzelt, dass man keineswegs eine revolutionäre Umwälzung anstrebte. Adenauers Schlagwort „Keine Experimente“ (1957) behielt in weiten Kreisen der Bevölkerung – mindestens bis zum letzten Viertel der sechziger Jahre – seine Anziehungskraft. Auch gesetzgeberische Ansätze zur Veränderung der Innen- und Außenpolitik stießen auf heftige Widerstände und kamen nur schrittweise voran.

Diese Ambivalenz von Reformbereitschaft und retardierenden Momenten gehört unabdingbar zur Signatur der sechziger Jahre. Am Beispiel der sechziger Jahre kann man dafür sensibilisieren, dass Reformansätze und gesellschaftliche wie politische Veränderungen in aller Regel auf Widerstände oder Vorbehalte treffen, die zu Kompromissen zwingen, wenn der innere Friede nicht empfindlich gestört werden soll.

Zum Forschungsstand

An dieser Stelle ist ein Hinweis auf neuere Forschungsergebnisse zur Modernisierung in Westdeutschland erforderlich: In mehreren fachwissenschaftlichen Darstellungen wird betont, dass bereits in den fünfziger Jahren die wichtigsten gesellschaftlichen und ökonomischen Umbrüche stattgefunden hätten und die eigentliche Zäsur deshalb in diesem Zeitraum historisch zu verorten sei.

Das wichtigste Ergebnis des gesellschaftlichen Wandlungsprozesses, der sich bereits in den fünfziger Jahren abspielte, ist die kulturelle und geistige, aber auch die politische und wirtschaftliche Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland nach Westeuropa. Diese Eingliederung brachte die endgültige Absage an einen „deutschen Sonderweg“ und führte zu einer relativ reibungslosen Akzeptanz westeuropäischer Werthaltungen und Einstellungen bei der westdeutschen Bevölkerung.²

Die seit der Währungsreform (1948) beginnende neue Orientierung schleppte freilich mancherlei unzeitgemäße Traditionen, insbesondere eine fragwürdige Autoritätshörigkeit in den Strukturen der Familie und der Bildungseinrichtungen mit sich fort.

Auch die Fixierung der deutschen Außenpolitik auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit und das ungeklärte Verhältnis zur DDR versperrten eine

Annäherung an die beginnende Politik der Entspannung und der Koexistenz. 1960 rief der Philosoph Karl Jaspers einen Sturm der Entrüstung hervor, als er die Deutschlandpolitik der Regierung Adenauer als illusionistisch geißelte und die Forderung nach einer Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 als verhängnisvoll verwarf.³

Unser Unterrichtsmodell berücksichtigt einerseits die Bedeutung der Vorgeschichte für die Entwicklung während der sechziger Jahre, weil in der Tat viele Phänomene ohne die Kenntnis der Veränderungen der Ära Adenauer unverständlich blieben; andererseits wird aber auch der „Gezeitenwechsel“ zwischen den fünfziger und den sechziger Jahren betont und herausgearbeitet. Sowohl der politische Wandel als auch die mentalen Veränderungen während der sechziger Jahre behalten also trotz der Modernisierungen im vorausgegangenen Jahrzehnt ihre Bedeutung. Besonders hervorzuheben sind hier der Beginn einer „neuen Ostpolitik“ als logische Ergänzung zur Westintegration der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 und die Protestbewegung in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre: „Die Modernitätskultur der fünfziger Jahre wie die Protestbewegung der späten sechziger Jahre waren die zwei Seiten einer Medaille ... Beide Strömungen (sorgten) dafür ..., dass der Bundesrepublik, trotz mancher Rückfälle, die Loslösung von der deutschen autoritären und totalitären Vergangenheit glückte.“⁴

Didaktische Überlegungen

Ein bloßer Überblick über die sechziger Jahre wird weder der Komplexität der einzelnen Stationen und Probleme gerecht, noch bietet er die Voraussetzungen für einen attraktiven Unterricht. Die Aufgabe der Didaktik ist es, charakteristische Phänomene des zu beschreibenden Zeitraums zu identifizieren, an welchen die wichtigsten Merkmale und entscheidende Weichenstellungen der Jahre 1960 bis 1970 aufgezeigt werden können. Deshalb werden – exemplarisch – vier Stoffbereiche ausgewählt.

Neben der Schülernähe und der Widerspiegelung besonders prägender Phänomene bestimmten folgende beiden Aspekte die Themenwahl für das vorliegende Heft:

- Es wird versucht, den gesellschaftlichen Wandlungsprozess, der die sechziger Jahre von der vorangehenden (und der folgenden) Dekade abhebt, zu dokumentieren. Dafür scheinen die Beschreibung des Lebensgefühls der sechziger Jahre und die Thematisierung der Studentenbewegung besonders geeignet (Bausteine A und D).
- Die historisch-politischen Veränderungen, welche bis 1969 die Situation in Deutschland bestimmten, müssen vermittelt werden. Als besonders

² ausführlich dazu: Hans-Peter Schwarz: Geschichtsschreibung und politisches Selbstverständnis; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 36/82, S. 3–14. Hermann Glaser (1997) S. 307–312. Hans Maier: Die Deutschen und die Freiheit, Stuttgart 1985, S. 19. Axel Schildt: Moderne, Hamburg 1995, S. 416–425. Hellmuth Karasek: „Go West!“ Eine Biographie der fünfziger Jahre, Hamburg 1996

³ Karl Jaspers: Freiheit und Wiedervereinigung, München (Piper) 1960, S. 34, 38, 74 u. S. 81 ff.

⁴ Hermann Glaser (1997), S. 312; vgl. Schaubild 1, S. 8

einschneidende Ereignisse werden der Bau der Berliner Mauer und die Große Koalition ausgewählt (Bausteine B und C).

Die notwendige Reduktion auf wenige Themenkreise mag willkürlich erscheinen, zumal dabei wichtige Aspekte, die für die sechziger Jahre ebenfalls von Bedeutung gewesen sind, ausgeklammert werden mussten. Manche Themenkreise werden zumindest in den Zeittafeln erwähnt.

Ziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- die spezifischen Merkmale der sechziger Jahre in der Bundesrepublik erarbeiten;
- das Lebensgefühl und den Einstellungswandel der Menschen in diesem Zeitraum beschreiben;
- dabei das Spannungsverhältnis zwischen Veränderungsbereitschaft auf der einen und dem Willen zur Bewahrung von Werthaltungen und Errungenschaften auf der anderen Seite erkennen;
- die Bedeutung und die Folgen des Mauerbaus in Berlin erörtern;
- die Bildung der Großen Koalition (1966) und die Bildung der sozialliberalen Koalition (1969) als Wandel des Parteiensystems in der Bundesrepublik Deutschland begreifen;
- die Studentenbewegung als einen Teil der Außerparlamentarischen Opposition (APO) während der sechziger Jahre verstehen;
- Nachwirkungen der Studentenbewegung in der Lebenswelt von heute abschätzen und bewerten.

Zur Gestaltung des Unterrichts

Bilder oder Karikaturen bieten am Anfang eines jeden Bausteins einen ersten Einblick in das jeweilige Thema. Sie sollen Fragestellungen anregen und dazu motivieren, sich mit den nachfolgenden Materialien zu beschäftigen.

Zur Strukturierung der gesamten Unterrichtseinheit wird empfohlen, eine Form des handlungs- und produktionsorientierten Unterrichts auszuwählen, durch welche die Arbeit mit den Materialien durchgängig profiliert und für die Schülerinnen und Schüler attraktiver wird.

Folgende Möglichkeiten bieten sich an:

- *Visualisierung der Ereignisse und Phänomene durch einen Bilderfries* (historisch-politisch und gesellschaftlich). Die Schülerinnen und Schüler gestalten diesen Fries arbeitsteilig – selbständig und ergänzen ihn laufend. Hier finden kommentierte Bilder und Karikaturen, aber auch Zusammenfassungen und Transformationen der im Materialenteil wiedergegebenen Texte Verwendung. Man wird diese „Ausstellung“ beliebig durch zusätzliche Bilder – insbesondere Plakate und graphische Übersichten – erweitern. Um das Spezifische der sechziger Jahre augenfällig zu machen, kann man auf der einen

Seite dieses Frieses kontrastive Darstellungen und Texte aus den fünfziger und auf der anderen Seite solche aus den siebziger und achtziger Jahren anbringen.

- *Befragung von Verwandten und Bekannten (erweitert: Passantenbefragung)*. Während der gesamten Unterrichtseinheit werden geeignete Fragen formuliert und daraus schließlich ein Fragebogen entworfen, welchen man in einer Befragungsaktion einsetzt. Eine gründliche Auswertung, die zur Erweiterung oder Relativierung mancher Unterrichtsergebnisse führen kann, ist unerlässlich.

- *Hinzuziehung von Zeitzeugen*. Man kann Vertreter der politischen Parteien, Kommunalpolitiker, Eltern, aber auch Mitglieder des Lehrerkollegiums einladen. Auch hier wird man vorher mögliche Gesprächsinhalte und Fragen sammeln und so auf die Begegnungen hinarbeiten.

- *Erarbeitung eines Features*. Besonders bedeutende Ereignisse und das Lebensgefühl der sechziger Jahre kennzeichnende Verhaltensweisen werden von Schülergruppen bearbeitet und in rasch aufeinanderfolgenden Szenen bei einem Elternabend o.ä. vorgestellt (z.B. kurze Spielszenen, Verlesen von Dokumenten und Berichten, Vorstellung von Befragungsergebnissen, Dia-Reihen, Folien, Lieder). Als Grundlage für ein solches Feature kann man die Materialien des vorliegenden Heftes heranziehen.⁵

Gerhart Maier

⁵ Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg haben ein attraktives Feature zur 68er-Revolution entworfen. Interessenten wenden sich an Dr. Michael Wehner, Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Friedrichring 29, 79098 Freiburg.

1949–1999:
50 Jahre Grundgesetz

KENNEN SIE UNSER GRUNDGESETZ?

Ein informatives Karten- und Puzzle-Spiel zum Kennenlernen des Grundgesetzes für 1–4 Spieler ab 14 Jahren, Spieldauer variabel. Die Aufgabe: Aus jeweils 20 Puzzle-Teilen werden 16 vorgegebene Grundgesetz-Artikel zusammengelegt und anschließend diesen Artikeln je drei Spielkarten mit passenden Text- und Bildmotiven zugeordnet. Sieger ist, wer die meisten Puzzle-Teile und Spielkarten richtig gelegt hat. Inhalt: 1 Legetafel, 320 Puzzle-Teile, 48 Spielkarten, Spielanleitung, Grundgesetz-Textausgabe.

24,90 DM zzgl. Versandkosten
(außerhalb Baden-Württembergs 49,80 DM)



BAUSTEIN A

Ein Jahrzehnt des Wandels?

Aufbruchstimmung und Gegenströmungen

Im Mittelpunkt diese Bausteins stehen der Wertewandel und die Veränderungen der sozialkulturellen Befindlichkeit der Deutschen während der sechziger Jahre. Der Boden für den Optimismus und das nahezu grenzenlose Technik- und Zukunftsvertrauen wurde bereits in den fünfziger Jahren gelegt. Die sechziger Jahre bringen Neuanfang und Fortsetzung zugleich! (vgl. S. 5) Experimentierfreude und Aufbruchstimmung stehen neben Bewahrung und Festhalten an den Errungenschaften der fünfziger Jahre.

Bemerkenswert ist auch das Nebeneinander von Toleranz gegenüber friedlichen Reformansätzen und den negativen Reaktionen auf schockartige Herausforderungen: Neben den „braven“ Beatles, die bahnbrechend für neue Musik und Mode wurden, stehen die Rolling Stones, deren Auftritte eher als Störung empfunden wurden. Harmlose, aber doch die vorherrschenden Moralvorstellungen herausfordernde Filme wie „Zur Sache, Schätzchen“ (1968)

Ideal und Wirklichkeit (1964)

Deutsche Väter sehen es nicht gern, wenn ihre Frauen arbeiten. Das ist das erstaunliche Ergebnis einer repräsentativen Erhebung des Deutschen Vereins, Frankfurt ... Erstaunlich, weil in der Bundesrepublik von den Müttern mit Kindern unter 14 Jahren ... mehr als ein Drittel erwerbstätig sind. Jede vierte Frau in der Bundesrepublik, die einem Beruf nachgeht, ist demnach eine Mutter mit schulpflichtigen oder kleineren Kindern. Die Mütter neigen also stärker zur Berufstätigkeit, als die Väter es wünschen ...

Die Idealvorstellungen der deutschen Väter hinken hinter den realen Gegebenheiten weit hinterher ... Von 1000 Ehemännern verlangen 300 von ihrer Ehefrau in erster Linie gute Haushalts- und Kochkenntnisse. ... Die übrigen betonen den sparsamen, haushälterischen und praktischen Sinn der Frau, loben die Arbeitsfreudigkeit und den Fleiß. Ein großer Teil der befragten Männer ... wendet sich sogar ... gegen Mütter, die gern ins Kino oder zum Friseur gehen oder gar Zigaretten rauchen. Nur 1 Prozent wünscht sich eine Frau, die einen Beruf ausübt ... Dies alles in einer Zeit, in der die Wirtschaft auf jede, auch auf jede weibliche Arbeitskraft angewiesen ist, in der die verschiedensten Überlegungen angestellt werden, wie man der Mutter neben ihren Familienpflichten eine Berufsarbeit ermöglichen kann.

Der Arbeitgeber 1964, Nr. 18, S. 452

finden breiten Zuspruch; dagegen provoziert Ingmar Bergmans „Das Schweigen“ (1964) heftige Proteste in der Öffentlichkeit. Während Popmusik als Ausdruck von Jugendlichkeit toleriert wird, lehnt die Mehrheit der Bevölkerung die provokative Infragestellung der bürgerlichen Lebensformen durch einen Teil der studentischen Jugend rigoros ab.

Der Luxus der fünfziger Jahre war eher bescheiden, wurde aber dennoch stolz präsentiert, er war Ausdruck des wiedergewonnenen Selbstbewusstseins. Die sechziger Jahre gingen weiter: Mode wird zum politisch-gesellschaftlichen Programm, sei es der Hosenanzug oder der Minirock, welche die Emanzipationsbewegung einleiteten oder das Haschisch-Rauchen und der Mao-Look der APO-Studenten, welche die Verständigung zwischen den Generationen aufkündigten.

Mit Recht wurden die sechziger Jahre als das „politischste Jahrzehnt“ in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet, weil in diesem Zeitraum ein überaus heftiger Streit über die Gestaltung der Gesellschaft und der zukünftigen politischen Ordnung ausgetragen wurde. Auch der für die Bundesrepublik einmalige rasche Wechsel von Regierungen gehört hierher: Auf die CDU/CSU-Regierung folgte 1961 die Koalition aus CDU/CSU und FDP, zunächst unter Adenauer, seit 1963 unter Erhard; darauf kam es zur Bildung der Großen Koalition (1966-1969) und schließlich 1969 zur sozialliberalen Koalition. Der Mauerbau in Berlin führte zur Neuorientierung der Deutschland- und Ostpolitik. Konjunkturreinbruch, Große Koalition und Notstandsgesetzgebung waren ausschlaggebend für das Anwachsen der Außerparlamentarischen Opposition und für die Erfolge der NPD.

Zur Anlage des Bausteins

Die Absicht dieses Bausteins ist es, die Schülerinnen und Schüler zur Auseinandersetzung mit dem besonderen Charakter der sechziger Jahre zu motivieren; dies soll vor allem dadurch geschehen, dass möglichst viele unterschiedliche und überraschende Phänomene des gewählten Zeitraums vorgestellt werden. Dabei muss den Adressaten der einführende Charakter des Materialarrangements bewusst sein; eine vorschnelle und verfrühte Urteilsbildung kann so vermieden werden. Es geht in dieser Phase des Unterrichts hauptsächlich darum, die Vielschichtigkeit des Veränderungspotentials aufzuzeigen. Dazu kann man vor allem die Bilderreihen heranziehen (**A 1, A 2, A 9, A 11, A 13 und A 16**) und gewichten. Von besonderer Bedeutung ist in dieser Einleitungsphase auch die katalogartige Zusammenstellung der Denkwürdigkeiten und Merkwürdigkeiten (**A 7**). Mit ihr sollte man versuchen, die verschiedenen Ebenen ins Blickfeld zu rücken, auf denen politische und gesellschaftliche Veränderungen stattfanden. Die Mischung aus Phänomenen und Ereignissen weckt Interesse am Weiterlesen und regt zum Systematisieren an. Zitate (**A 3**), eher

theoretische Überlegungen (**A 4 und A 5**) und Befragungsergebnisse (**A 8**) runden die einführende Übersicht ab.

Die Bereiche Musik (**A 9 bis A 12**) und Mode (**A 13 und A 14**) sind für die Schülerinnen und Schüler eher zugänglich als Äußerungen der bildenden Kunst, Architektur und politische Theorien; letztere bleiben daher in diesem Baustein fast ganz unberücksichtigt.

Der durch den Baustein A gewonnene Überblick ermöglicht später die Zuordnung und Einbindung der Informationen der folgenden Bausteine. Zusätzlich wird der Zugriff zu den dort vermittelten Einzelheiten für die Schülerinnen und Schüler erleichtert, weil sie bereits die Hauptlinien der sechziger Jahre in einer Art Strukturgitter erfasst haben. Die Materialien entsprechen weitgehend dem Anforderungsniveau der Mittelstufe; die Dokumente **A 3 bis A 5** können der Oberstufe vorbehalten bleiben.

Unterrichtspraktische Hinweise

Es wird empfohlen, dass sich die Klasse zunächst einen Überblick über die behandelte Zeit verschafft (**A 1, A 2, A 7**).

Zur Strukturierung dient die Leitfrage: Was ist das Wesentliche und Besondere an den sechziger Jahren?

Die Lehrerin oder der Lehrer kann mehrere Projektmöglichkeiten vorstellen und die Klasse selbst die endgültige Entscheidung treffen lassen. Für die Gruppenarbeit wird folgende Aufteilung empfohlen:

Gruppe A: Musik

Gruppe B: Mode

Gruppe C: Besondere Ereignisse (**A 7**)

Das Einspielen einiger Lieder der Beatles und der Rolling Stones sowie von Schlagern der sechziger Jahre hat sich als motivationsfördernd erwiesen.

Schaubild 1: Aufbruch und Bewahrung

DIE SECHZIGER JAHRE: DAS NEUE

Widerstände

Festhalten an der Forderung nach Wiedervereinigung

Nichtanerkennung der DDR

„Macht-das-Tor-auf“-Bewegung

„Keine Experimente“

Demonstrationen und Proteste gegen die Große Koalition und die Notstandsgesetze

Wahlerfolge der NPD

<p>POLITISCHE VERÄNDERUNGEN</p> <p><i>Weltpolitik:</i> Übergang von der Konfrontation zur Entspannungs- und Koexistenzpolitik</p> <p>Vertragspolitik: Rüstungsbegrenzung und Abrüstung</p> <p>John F. Kennedy (USA): „New Frontiers“</p> <p><i>Deutsche Innenpolitik:</i> Bau der Berliner Mauer</p> <p>„Neue Ostpolitik“: Lösung von der „Hallstein-Doktrin“</p> <p>Schrittweise Akzeptanz der Teilung Deutschlands</p> <p>Koalitionswechsel: Große Koalition (1966-1969) Sozialliberale Koalition (seit 1969)</p> <p>Wahl Gustav Heinemanns (SPD) zum Bundespräsidenten</p>	<p>GESELLSCHAFTLICHER WANDEL</p> <p>Infragestellung und Abbau traditioneller Bindungen und Autoritäten</p> <p>Veränderungsbereitschaft</p> <p>Grenzenloser Fortschrittsglaube</p> <p>Experimentierfreudigkeit</p> <p>Beginn der Emanzipationsbewegung</p> <p>Jugendproteste (verschärfter Generationenkonflikt)</p> <p>Neue Musik (z.B. Beatles)</p> <p>Neue Mode (z.B. Minirock, Mao-Look)</p> <p>Durchsetzung neuer Lebensformen (z.B. Wohngemeinschaften)</p> <p>Studentenbewegung: Forderung nach einer neuen politischen und Gesellschaftsordnung</p>
---	--

Widerstände

Verteidigung der traditionellen Hierarchien

Forderung der Arbeiterschaft und der älteren Generation nach Besitzstandswahrung

Verteidigung der Familienstruktur

Ablehnung der Emanzipation der Frau

Ablehnung der neuen Mode (z.B. Bikini, lange Haare)

Massive Bekämpfung der Studentenrevolte

MODERNISIERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT

DIE FÜNFZIGER JAHRE: DAS FUNDAMENT

Westintegration der Bundesrepublik Deutschland: Montanunion (1951) / EWG (1957) NATO (1955)

Akzeptanz und Stabilisierung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

„Wirtschaftswunder“: Konjunkturaufschwung, Vollbeschäftigung, Exportboom

Steigerung des Lebensstandards, Soziale Marktwirtschaft

Sozialpolitische Errungenschaften: z.B. Betriebsverfassungsgesetz, Jugendarbeitsschutz, Dynamische Rente

Auch an die Präsentation von Ausschnitten aus dem Hippie-Musical „Hair“ auf Tonträgern ist hier zu denken. Eine fächerverbindende Unterrichtsphase (Geschichte und Musik) stellt eine lohnende Erweiterung des Unterrichtsvorhabens dar.

Mögliche Aufgaben

- Erarbeiten Sie Ihnen wesentlich erscheinende Merkmale der sechziger Jahre (**A 1 bis A 8**)
- Erörtern Sie, inwiefern man von einem „Jahrzehnt des Wandels und der Veränderung“ sprechen kann (**A 7**).
- Ordnen Sie die erwähnten Ereignisse nach folgenden Gesichtspunkten: a) große Politik, b) westdeutsche Innenpolitik, c) gesellschaftlicher Wandel, d) Erfindungen und Errungenschaften der sechziger Jahre.
- Wählen Sie Ereignisse aus, die Ihnen eher wichtig, und solche, die Ihnen eher nebensächlich erscheinen. Begründen Sie jeweils Ihre Entscheidung.
- Fassen Sie die Veränderungen, die während der sechziger Jahre erfolgt sind, in eigenen Worten zusammen.
- Nennen Sie mögliche Gründe für den spektakulären Erfolg der Beatles. Vergleichen Sie die Musik der Beatles mit der der Rolling Stones und mit den Schlagern der sechziger Jahre (**A 9 bis A 12**).
- Warum kann man von völlig neuen Modeschöpfungen der sechziger Jahre sprechen? Ordnen Sie diese Mode dem Lebensgefühl und den Einstellungen der sechziger Jahre zu (**A 13 bis A 16**).

Christian de Nuys-Henkemann: Die Hippies

Die ... aus den USA kommende Mode der Hippie-Subkultur mit ihrer Propagierung des Ausstiegs aus der Industriegesellschaft und der Rückkehr zur Natur und zum natürlichen (Liebes-) Verhalten (setzt) einen ersten gesellschaftlichen Akzent. Die Hippies sind auf der Suche nach einem dritten Weg, wie der Einfluss des Orients zeigt, der sich musikalisch, modisch und philosophisch niederschlägt in Sitarklängen, wallenden Gewändern, bewußtseinserweiternden Drogen und Meditationsphantasien. Ende der sechziger Jahre gefallen sich männliche Hippies und solche, die dazugehören wollen, in geblümten Kaftan-Anzügen, geschmückt mit fernöstlicher Bettelmönchkutte oder glitzernden Kreuzanhängern sowie in hohen Plateausohlschuhen. Blue jeans werden zum androgynen Bekleidungsstück schlechthin. Man will nicht Konkurrenz der Geschlechter, sondern Verständnis und Liebe („Make love, not war!“)

Zit. nach Hilmar Hoffmann/ Heinrich Klotz (1987), S. 33

BAUSTEIN B

Die Berliner Mauer

Eine Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte

Die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 war ein Ereignis mit weltpolitischen Folgen; die Errichtung dieser Mauer seit dem 13. August 1961 signalisierte einen weltpolitischen Wandel.

Die Mauer zerschnitt Berlin auf unnatürliche Weise (**B 3, B 4**), sie zerstörte die politischen, wirtschaftlichen und familiären Verbindungen, die – freilich nur noch in beschränktem Maße – bis zum 13. August 1961 Berlin zusammengehalten hatten; sie legte aber auch den menschenverachtenden Charakter des SED-Systems und den Zynismus seiner Machthaber offen. Viele Menschen verloren beim Versuch, die Mauer zu überwinden, ihr Leben, andere mussten unter dem Vorwurf der „Republikflucht“ langjährige Gefängnisstrafen erleiden.¹

Auf der anderen Seite stabilisierte der Bau der Mauer das bis dahin unsichere Verhältnis zwischen den beiden Blöcken und ermöglichte eine neue Konzeption des Neben- und Miteinander: „Der Mauerbau war die ungefährlichste Entschärfung des Konfliktpotentials“ (Birgit Frech, 1992, S. 17). Die Supermächte grenzten ihre Einflussphären ab und akzeptierten wechselseitig die seit 1945 gezogenen Grenzen. Die USA gingen von der Strategie der „massive retaliation“ (massiven Vergeltung) zur Konzeption der „flexible response“ (angemessenen Erwidern) über. Die Sowjetunion erklärte sich zu Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen bereit:

„Es war zu erkennen, dass sich die Weltmächte bei aller weiterwirkenden Rivalität auf neue Weise miteinander arrangieren würden. Das Suchen nach diesem Miteinander war schon vor der Krise von Kuba erkennbar, und es hat den langwierigen Konflikt von Vietnam überlebt; es ist ... durch die tschechoslowakische Krise des Jahres 1968 kaum beeinträchtigt worden; es wurde unbeschadet des

¹ „Die Unmenschlichkeit der Situation wurde besonders drastisch am 17. August 1962 sichtbar: Als der 18 Jahre alte Ost-Berliner Bauarbeiter Peter Fechter in der Nähe der Friedrichstraße über die Mauer zu fliehen versuchte, wurde er von Grenzposten der Nationalen Volksarmee angeschossen. Er fiel auf Ost-Berliner Gebiet zurück und verblutete langsam, da von östlicher Seite keine Hilfe geleistet wurde und vom Westen her der Zugang nicht möglich war.“ (Helmut Kistler, 1965, S. 186)

Nahostkonflikts fortgesetzt, es führte über die Teststopp- und Nichtverbreitungsabkommen zu den Verträgen über die Begrenzung der strategischen Nuklearwaffen“.²

Voraussetzung für diesen Politikwandel war die politische und wirtschaftliche Konsolidierung der DDR, die nur durch eine Schließung des letzten Fluchtweges nach Westdeutschland möglich erschien, selbst wenn die DDR-Führung und die kommunistische Welt dafür eine schwere politisch-psychologische Niederlage eingestehen mussten. Voraussetzung war aber auch die Tatsache, dass die USA und die übrigen Alliierten der Bundesrepublik Deutschland die Abschottung Westberlins hinnahmen - eine Haltung, die in Deutschland, wo die Mauer als unmittelbare Bedrohung und Provokation empfunden wurde, auf Unverständnis und heftige Kritik stieß. (vgl. **B 7** und **B 8**).

Schließlich sicherte die Mauer auch die Existenz Westberlins und seiner Bindungen an Westdeutschland. Die Drohungen der Sowjetunion mit einer Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt oder gar mit der Einbeziehung in die DDR waren seit dem Mauerbau vom Tisch. Diese Folgen des Mauerbaus wird man auch im Unterricht herausarbeiten müssen.

Die Mauer deckte die Schwäche der DDR-Regierung auf, die ihre Bürgerinnen und Bürger nur mit massiver Gewalt am Verlassen ihres Landes hindern konnte. Andererseits bewies die Realität der Mauer auch das Scheitern der „Politik der Stärke“, die von der bundesrepublikanischen Regierung bis dahin vertreten worden war.

„In der Bundesrepublik brachte der Übergang von der Konfrontation zur Entspannungspolitik große innen- und außenpolitische Probleme mit sich. Denn die bisherige Auffassung, dass die Entspannung in Europa nur durch Schritte zur Wiedervereinigung Deutschlands erreichbar sei, war nun geradezu umgekehrt worden: Entspannung in Europa wurde zur Voraussetzung für eine Verbesserung der Situation in Deutschland.“³ An der Mauer, welche die Realität des Ost-West-Verhältnisses symbolisierte, prallten alle westdeutschen Deklarationen für eine Politik der Wiedervereinigung ab. Für die Einstellungen und das Bewusstsein in der Bundesrepublik Deutschland sind freilich auch diese Deklarationen von großer Bedeutung. An die Stelle der von Adenauer geprägten politischen Linie trat seit Anfang der sechziger Jahre eine behutsame Abwendung von der Hallstein-Doktrin sowie die (vorläufige) Akzeptanz der Existenz zweier deutscher Staaten. Während dieser Neuansatz in der CDU/CSU eher zögerlich vor sich ging, setzte die SPD nach an-

fänglichen Irritationen bei der Einschätzung der Folgen des Mauerbaus rasch auf die im Westen verfolgte Entspannungspolitik und kreierte mit Egon Bahrs Formel vom „Wandel durch Annäherung“ einen neuen Modus des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Diese außenpolitische Wende war von großer Bedeutung für die Bildung der sozialliberalen Koalition im Jahre 1969 und für deren Wahlerfolg 1972 (vgl. Schaubild 2).

Schaubild 2

Außenpolitische Grundentscheidungen in Westdeutschland 1949–1980

ERSTE PHASE: 1949 BIS 1959

International: „Kalter Krieg“

<u>CDU/CSU</u> (Regierung)	<u>SPD</u> (Opposition)
Westintegration der Bundesrepublik Deutschland	Betonung der nationalen Interessen: Vorrang der Wiedervereinigung
„Keine Experimente“	Ablehnung der Westintegration
„Politik der Stärke“	

ZWEITE PHASE: 1959 BIS 1963

International: „Kalter Krieg“

<u>CDU/CSU</u> (Regierung)	<u>SPD</u> (Opposition)
Fortsetzung der „Politik der Stärke“	Umorientierung: Anerkennung der Westintegration und der Wiederbewaffnung

Fundamentale Maximen beider Parteien:

- | | |
|-----------------------------|---|
| - Westintegration | - Wiedervereinigung |
| - Atlantische Partnerschaft | - Alleinvertretungsanspruch („Hallstein-Doktrin“) |

DRITTE PHASE 1963 BIS 1980

International: Entspannungspolitik

<u>CDU/CSU</u> (Regierung bis 1969)	<u>SPD</u> (Mitregierung ab 1966, Regierung ab 1969)
Vorbehalte gegen die Vertragspolitik	Umorientierung der Außenpolitik: „Wandel durch Annäherung“
Ablehnung der Anerkennung der DDR	„Neue Ostpolitik“: Verträge mit Moskau, Warschau und Prag
Vorrang der Wiedervereinigung	Grundlagenvertrag mit der DDR
⇒ CDU isoliert	

Unterrichtspraktische Hinweise

Es liegt nahe, als Einstieg in die Thematik des Bausteins B eine Filmsequenz über die Öffnung der Mauer auszuwählen. Ein Unterrichtsgespräch über die Bedeutung des 9. November 1989 führt zu der Frage, weshalb die DDR-Führung 1961 die Mauer errichten ließ und welche Konsequenzen sich aus der Existenz der Mauer ergaben.

2 Willy Brandt: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hamburg (Hoffmann und Campe) 1976, S. 222.

3 Peter Borowsky (1983), S. 10; vgl. Schaubild 2

Die Auswertung der Bilder (**B 1**) und der Daten zur Berliner Mauer (**B 3, B 4**) sowie des Geheimberichts über Todesschüsse an der Mauer kann so erfolgen, dass man die Schülerinnen und Schüler auffordert, einen Lexikonartikel „Die Berliner Mauer“ abzufassen.

Perspektivenwechsel: Zur Ermittlung der jeweiligen Interessenlage der unmittelbar Beteiligten kann man die Klasse in Gruppen aufteilen und mit der Sammlung von Argumenten für einen Konfliktpartner - also: US-Regierung, Sowjetregierung, SED-Führung, Bundesregierung, Bürger der DDR und Ostberlins, Bürger der BR Deutschland und Westberlins - betrauen. Die Ergebnisse können in einem Streitgespräch, einer fiktiven Pressemitteilung oder in einem Thesenpapier präsentiert werden.

Die Folgen des Mauerbaus für die Menschen in der DDR begegnen uns in zahlreichen literarischen Zeugnissen. Das Thema kann durch die Lektüre solcher Texte – gegebenenfalls in einem fächerverbindenden Projekt (Geschichte und Deutsch) – wirkungsvoll vertieft werden.

Das in **B 11** wiedergegebene Lied „Die Dreizehn“ findet man auf einer für Unterrichtszwecke produzierten CD.

Mögliche Aufgaben

- Erörtern Sie die Bedeutung des Mauerbaus für die Stadt Berlin und ihre Bewohner (**B 1 bis B 5, B 17**).
- Inwiefern hat die SED-Führung mit dem Mauerbau das Scheitern ihrer Politik eingestanden? (**B 8 bis B 10**).
- Wählen Sie die Ereignisse aus der Zeittafel aus, die Ihnen besonders wichtig erscheinen, und begründen Sie Ihre Entscheidung (**B 6**). Ordnen Sie

die Geschichte der Stadt Berlin in der Nachkriegszeit dem jeweiligen Verhältnis der Supermächte USA und UdSSR zu.

- Zeigen Sie die Positionen der Sowjetunion und der USA zur Abriegelung Westberlins auf (**B 7, B 8**).
- Warum wurde der 13. August 1961 als der „eigentliche Gründungstag der DDR“ bezeichnet? (**B 10**)
- Vergleichen Sie die Stellungnahmen zur Berliner Mauer in Ost- und Westdeutschland, und begründen Sie die Unterschiede (**B 8 bis B 10**).
- Fassen Sie die einzelnen Äußerungen (**B 13 bis B 15**) in eigenen Worten zusammen. Erarbeiten Sie die Bedeutung der Berliner Mauer für die deutsche Nachkriegsgeschichte bis 1989. Inwiefern hat der Bau der Berlin Mauer zu einem Wandel der Ost- und Deutschlandpolitik in der Bundesrepublik Deutschland geführt?
- Warum war sowohl der 13. August 1961 (Beginn des Baus der Berliner Mauer) als auch der 9. November 1989 (Öffnung der Berliner Mauer) ein Ereignis von weltpolitischer Bedeutung?

Hinweise auf Museen

- Mauermuseum in Berlin
Museum am Checkpoint Charlie,
Friedrichstraße 43/44, 10969 Berlin/Kreuzberg
 - Gegen das Vergessen – Sammlung zur DDR-Geschichte. Postadresse: Hagenschießstraße 9, 75175 Pforzheim
- Informationen bei:
Klaus Knabe, Telefon 07231/62191



Jubiläumsbriefumschlag der DDR zum 25. Jahrestag der Errichtung der Berliner Mauer

BAUSTEIN C

Zwischen Adenauer und Brandt

Große Koalition im Widerstreit der Meinungen

Das Zusammengehen der beiden Volksparteien, die sich seit 1949 als Regierung und Opposition gegenüberstanden und heftig bekämpften, wurde von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger in seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 als "Markstein der deutschen Geschichte" bezeichnet. Große Hoffnungen, aber auch massive Kritik begleiteten die Begründung des Regierungsbündnisses, bei dem die SPD zum ersten Mal seit 1930 wieder Regierungsverantwortung übernahm.

Obwohl eine große Koalition auch in anderen Phasen der deutschen Nachkriegsgeschichte rechnerisch möglich gewesen wäre, kam es auf Bundesebene (im Gegensatz zu den Ländern) bisher nur einmal – nämlich 1966 bis 1969 – zur Bildung einer solchen Regierung. Große Koalitionen auf Bundesebene scheiterten zum einen an den deutlichen programmatischen Unterschieden zwischen den beiden großen Parteien, andererseits aber auch an verfassungsrechtlichen Bedenken: an der Sorge, dass es für die Demokratie gefährlich sein könnte, wenn die parlamentarische Opposition zu schwach ist. Tatsächlich standen 1966 bis 1969 der SPD mit zusammen 447 Abgeordneten nur 49 Abgeordnete der FDP als eine kleine Opposition gegenüber.

Die unterrichtliche Beschäftigung mit der Großen Koalition lohnt sich wegen der großen Bedeutung dieses Bündnisses für die sechziger Jahre. Zusätzlich kann dabei eine Analyse des demokratischen Verfassungssystems der Bundesrepublik Deutschland erfolgen, in dem das Recht auf Opposition und die Notwendigkeit einer effizienten Regierungskontrolle unabdingbar verankert sind. Der Baustein C ist daher so konzipiert, dass mittels der hier angebotenen Materialien nicht nur die Tätigkeit der Regierung Kiesinger/Brandt, sondern auch die innenpolitische Konstellation in Deutschland während der sechziger Jahre untersucht werden kann.

Zur Anlage des Bausteins

Die Karikaturenseite (**C 1**) ermöglicht einen ersten Überblick über die raschen Regierungswechsel während der sechziger Jahre.

Die Umfrage des Allensbacher Instituts (**C 2**) zeigt das enorme Ansehen Konrad Adenauers während des ganzen Jahrzehnts und den Prestigeverlust seines Nachfolgers. Das Abbröckeln der Zustimmung zu Ludwig Erhard, der lange Zeit als Wahlzugpferd der CDU gegolten hatte, kann man aus den Ergebnissen der Bundestagswahlen ablesen und mit der

Die Konjunktur- und Haushaltskrise 1966/67

Ausgerechnet als der „Vater des Wirtschaftswunders“, Ludwig Erhard Kanzler war, erlebte die Bundesrepublik ihre erste sogenannte Wirtschaftskrise. Die Bundesbürger hatten sich in den fünfziger Jahren so an ständig steigende Wachstumsraten und Löhne, an Vollbeschäftigung und kürzere Arbeitszeiten gewöhnt, dass schon eine Verlangsamung des Wirtschaftswunders irritierte und eine wirtschaftliche Rezession eine psychologisch geradezu niederschmetternde Wirkung hatte....

Die Steigerungsrate des Bruttosozialprodukts sank 1966 auf 2,8 Prozent. 1967 gab es erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte gar kein Wirtschaftswachstum, im Gegenteil: Das Bruttosozialprodukt fiel um 0,2 Prozent. Die Arbeitslosenquote stieg von 1966 0,7 Prozent auf 1967 2,2 Prozent. Die Ursachen dieser Krise ... lagen im Rückgang privater und öffentlicher Investitionen ... Um die sich abzeichnende Inflationsgefahr abzuwehren, erhöhte die Bundesbank am 13. August 1965 den Diskontsatz von 3,5 Prozent auf vier Prozent und am 27. Mai 1966 auf fünf Prozent. Diese Entscheidung verteuerte Kredite und verringerte die ohnehin geringe Neigung zu Investitionen ...

Um die Finanzierungslücken des Bundeshaushalts zu schließen, verabschiedete das Bundeskabinett am 29. Oktober 1965 ein drastisches Sparprogramm. Die Regierung verfolgte also eine prozyklische, die Wirtschaftskrise verschärfende Politik... Bundeskanzler Erhard lehnte es nach wie vor ab, lenkend in den Wirtschaftsprozess einzugreifen. Er beschränkte sich auf Appelle an Produzenten, Konsumenten und Lohnempfänger, in ihren Forderungen und Ansprüchen Maß zu halten und mehr zu arbeiten.

Peter Borowsky in: Informationen zur politischen Bildung 258, Bonn 1998, S. 9 f.

Verschlechterung der Wirtschaftsdaten begründen (**C 3 bis C 5**). „Ironischerweise war Erhard, der Architekt des Wirtschaftswunders, ausgerechnet daran gescheitert, dass es ihm nicht gelang, die Probleme, die eine Rezession mit sich brachte, in den Griff zu bekommen.“¹

Die folgenden Materialien liefern die Grundlagen für eine Beurteilung der Großen Koalition (**C 6 bis C 9**).

Anhand der in **C 10** wiedergegebenen Plakate können die Schülerinnen und Schüler den Wandel der politischen Einstellungen, der auch in der Wahlwerbung zum Ausdruck kam, erarbeiten: Während man 1961 auf die Bewahrung des Bestehenden und Erreichten setzte, deuten die Plakate zur Bundestagswahl 1969 auf Veränderung und Reformbereitschaft hin; hier findet das während der sechziger Jahre entstandene Reformpotential seinen Niederschlag.

Für eine vertiefende Auseinandersetzung wurde die Notstandsgesetzgebung (**C 11 bis C 13**) ausgewählt. Angesichts der auch heute aktuellen Zunahme rechtsextremistischer Gruppierungen und Parteien in der Bundesrepublik Deutschland ist es zweckmäßig, dass sich Jugendliche auch mit der

¹ Henry Turner: Geschichte der beiden deutschen Staaten, München/Zürich (Piper) 1989, S. 103.

Geschichte dieser Tendenzen beschäftigen. Deshalb wird um die NPD-Erfolge in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ein weiterer Schwerpunkt gebildet (**C 14, C 15**).

Unterrichtspraktische Hinweise

Die übergeordnete Problemstellung lautet: Sollen große Koalitionen gebildet werden, auch wenn dies zu Lasten einer starken und durchsetzungsfähigen Opposition im Parlament geht?

Diese Frage kann man auf die historische Situation in der Mitte der sechziger Jahre zuspitzen: War die Große Koalition 1966 bis 1969 notwendig?

In beiden Fällen handelt es sich um Fragen, die auch in der fachwissenschaftlichen Literatur kontrovers beantwortet werden. Für arbeitsteiligen Gruppenunterricht eignen sich die Karikaturen (**C 1**), wobei jeder Gruppe eine oder zwei Karikaturen zur Auswertung vorgelegt werden, und die Wahlplakate (**C 10**), hier vergleichen die Schüler je ein Plakat aus 1961 mit einem Plakat aus 1969.

Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Notstandsgesetzgebung wird empfohlen – zusätzlich zu den Materialien **C 11 bis C 13** – einige damals geänderte Artikel des Grundgesetzes mit der Lerngruppe zu lesen und das Ausmaß der Einschränkungen zu diskutieren. Folgende Artikel bieten sich dafür an: 53a, 115a bis 115l, 80a, 12a, 9. Absatz 3 (ergänzt), 87. Absatz 4 (ergänzt), 91. Absatz 2 (ergänzt), 20. Absatz 4 (neu).

Mögliche Aufgaben

C 1: Erläutern Sie die Aussage der einzelnen Karikaturen, und beschreiben Sie den Wandel der innenpolitischen Konstellation in Westdeutschland zwischen 1961 und 1969.

C 2 bis C 5: Stellen Sie die Ursachen für den Autoritätsverlust der Regierung Erhard zusammen, und gewichten Sie die von Ihnen gefundenen Aspekte. Beschreiben Sie die Rolle der FDP auf dem Weg zur Großen Koalition (1961 bis 1966).

C 6 bis C 9: Sammeln und diskutieren Sie Argumente für und gegen die Bildung der Großen Koalition im Jahre 1966.

C 10: Erarbeiten Sie die Unterschiede zwischen den Aussagen sowie der Gestaltung der Wahlplakate 1961 und 1969. Begründen Sie diesen Wandel.

C 11 bis C 13: Stellen Sie wesentliche Argumente der Gegner der Notstandsgesetzgebung zusammen. Erörtern Sie die These, dass die Kritik an der Notstandsgesetzgebung realitätsfern und überzogen gewesen sei.

C 14 bis C 16: Nennen Sie mögliche Gründe für das Aufkommen der NPD und ihre Wahlerfolge seit der Mitte der sechziger Jahre. Die Erfolge der NPD wurden in den Jahren 1967 bis 1969 als Bedrohung des demokratischen Systems angesehen. Nehmen Sie dazu Stellung.

BAUSTEIN D

Die Studentenrevolte

Fun, Reform, Protest und Gewalt

Die Aktivitäten der Studenten und die Folgen ihrer Revolte sind zu einem Kennzeichen der sechziger Jahre geworden. Der Protest der Studenten forderte die Veränderungsbereitschaft, die in der deutschen Bevölkerung im Laufe der sechziger Jahre ohne Zweifel gewachsen war, noch einmal heraus und überforderte sie gleichzeitig, denn die Neue Linke "war antiautoritär und individualistisch, antiinstitutionalistisch und antibürokratisch ... (Sie) brachte Autoritätsstrukturen ins Wanken, erschütterte die Institutionenordnungen westlicher Demokratien, stellte das Repräsentationsmonopol der Parteien und intermediären Verbände in Frage ... (Sie) schloss als *conditio sine qua non* die politisch-soziale Emanzipation durch kollektive Selbstbestimmung und Selbstverwaltung ein. Die 68er-Bewegung ... problematisierte die moderne Lebensführung."¹

Die Studentenbewegung war nur ein Teil der außerparlamentarischen Opposition, die in unterschiedlichem Gewand die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung begleitete. „In den 50er Jahren entwickelte sich aus der Kampagne gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, die nach dem Einlenken der SPD gescheitert war, die Ostermarsch- und die Anti-Atom-Bewegung ... Am 18. Januar 1961 brachte die CDU-Regierung den ersten Entwurf einer Notstandsgesetzgebung im Bundestag ein. Gegen die Pläne einer Notstandsverfassung formierte sich in den kommenden Jahren ein breiter Widerstand ... Eine Verschärfung des innenpolitischen Klimas brachte 1962 die sogenannte „Spiegel-Affäre“, in deren Verlauf Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein und ein Redakteur des Nachrichtenmagazins wegen Landesverrat verhaftet wurden. Dieser Vorwurf erwies sich jedoch als ein politischer Vorwand zur Ausschaltung eines missliebigen Kritikers“.²

Freilich blieben die übrigen APO-Aktivitäten hinsichtlich ihrer Intensität und der Bandbreite ihrer Forderungen sowie hinsichtlich des Grades der Massenmobilisierung weit hinter der Studentenbewegung zurück, deren Protestpotential und Organisationsdichte alle bisherigen APO-Erscheinungen übertrafen. (Vgl. **D 1 bis D 4**).

1 Ingrid Gilcher-Holtey; in: Die Zeit vom 20. Juni 1997, S. 38

2 Carsten Seibold, 1988, S. 10

Während die Vorläufer sich gegen genau definierte politische Maßnahmen formierten, kämpften die radikalen Studenten für eine umfassende Alternative zum bestehenden politischen und Gesellschaftssystem – ein Ziel, das sie mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie nicht für realisierbar hielten, sondern für welches sie gänzlich neue Formen des politischen Lebens für unabdingbar ansahen.

Auch die theoretische „Unterfütterung“ der Studentenrevolte war viel grundsätzlicher und umfassender als bei den früheren Verlautbarungen von Protest und Kritik. Eine Thematisierung dieser überaus komplexen philosophischen, politischen und soziologischen Programme der „geistigen Väter“ der protestierenden Studenten würde die Schülerinnen und Schüler zweifellos überfordern; deshalb wird im Materialenteil auf eine Berücksichtigung entsprechender Texte verzichtet.³

Die Studentenbewegung griff wesentliche Elemente des Lebensgefühls der sechziger Jahre auf: Der Glaube an die Veränderbarkeit der Gesellschaft, das Zukunftsvertrauen, die fast träumerische Hingabe an utopische Ziele und die Bereitschaft, Neues auszuprobieren, waren damals nicht nur bei der studentischen Jugend weit verbreitet. Auch das Instrumentarium zur Durchsetzung der revolutionären Ziele fanden die Studenten – mindestens in Ansätzen – bereits vor; allerdings gelang es ihnen, Einstellungen und Verhaltensformen in spektakulärer Weise ihrem spezifischen Anliegen nutzbar zu machen; Spass-Aktionen, Happenings und wirkungsvolle Gags waren konstitutive Elemente des studentischen Protests. Hermann Glaser hat diese Protestformen mit dem Begriff "Ästhetik des Widerstandes" charakterisiert. „In der Entfaltung von Phantasie, im Ersinnen witziger, die konventionellen Schablonen der politischen Propaganda, Rhetorik und Organisation absichtsvoll durchbrechender Sprüche und Ausdrucksformen zeigt sich ... ein spielerisches Element“.⁴

Die enge Verbindung zwischen Studentenbewegung und allgemeiner Aufbruchstimmung während der sechziger Jahre muss man bei der Beschäftigung mit den Materialien des Baustein D im Blick behalten, damit die Schülerinnen und Schüler die Studentenbewegung nicht isoliert, sondern als einen charakteristischen Wesenszug der sechziger Jahre wahrnehmen können.

Eine Erfolgsgeschichte?

Dreißig Jahre später bietet sich die Chance einer Aktualisierung: Die Bildung der rot-grünen Koalition nach der Bundestagswahl im September 1998 hat dazu geführt; dass die Generation der 68er heute in

3 Zur Weiterführung wird auf folgende Titel verwiesen: Wolfgang Kraushaar (Hg.), 1998 – Iring Fetscher: Vom Positivismusstreit zur Sozialphilosophie Marcuses; in: Hilmar Hoffmann/Heinrich Klotz (Hg.), 1987, S. 11–27

4 Kurt Sontheimer, 1983, S. 75

Abkehr von den 68ern

Plädoyer für eine radikale Entrümpelung des Programms von Bündnis 90/Die Grünen. Aus einem hessischen Positionspapier von 1999.¹⁾

Bündnis 90/Die Grünen haben eine zweite Chance verdient und eine zweite Generation nötig. Die zweite Generation konstituiert sich nicht allein über das Alter, sondern über den Politikstil ...

Schluss mit den Geschichten von '68: Wir verstehen gut, dass der Gründergeneration der Schritt von der Bewegung zur Partei schwerfällt. Sahen sie sich doch selbst in den wilden Tagen von '68 und danach als Avantgarde einer gesellschaftsverändernden Bewegung. Sie haben damit viel erreicht, hierfür herzlichen Dank und eine Bitte: Hört auf, die Republik mit den Geschichten von damals zu nerven. Aktionsformen, die damals richtig waren, sind es heute noch lange nicht. Erwartet nicht von uns Jungen, dass wir so sind wie ihr. Ihr wart ja schließlich auch nicht wie eure Eltern.

Und noch eine Bitte: Habt mehr Mut, eure Fehler zuzugeben. Ja, ihr wart für ein anderes System. Ja, ihr habt den ebenso wackeren wie erfolglosen Kampf mit dem Kapital geführt. Ja, für euch waren Unternehmer Bestandteile des Reichs des Bösen. Das war damals falsch, es ist es noch heute und eigentlich wisst ihr das ja auch ... Und noch was, liebe 68er: Bringt euch nicht um die Früchte eurer eigenen Erfolge. Ihr habt damals gegen das klassische Familienbild und für neue Lebensformen gestritten. Ihr wart erfolgreich. Heute gibt es vielfältige Lebensformen mit Kindern mit und ohne Trauschein. Sie alle verstehen sich selbstverständlich als Familien. Jetzt kommt es darauf an, für diese Menschen Politik zu machen. Wer bei Familienpolitik immer noch an den Muff der 60er Jahre denkt, lebt an den Realitäten der Menschen vorbei.

Frankfurter Rundschau vom 28. Juni 1999, S. 10

1) Das Papier wurde inzwischen von zahlreichen Mitgliedern der Partei Bündnis 90/Die Grünen unterschrieben – darunter auch die Bundestagsabgeordneten Cem Özdemir und Matthias Berninger.

den obersten Institutionen der Bundesrepublik Deutschland Platz genommen hat; freilich sind die Denkmuster und die Ziele der 68er Bewegung längst „als Perspektiven abgeschrieben, glanzlos, ja scheinbar anachronistisch“ geworden und es gehört zur „Ironie der Geschichte, dass durch die Regierungsübernahme der Generation Schröder/Fischer die Revolte von '68 endgültig historisiert und vom Fluch ihres immerwährenden Geltungs-, ja Wahrheitsanspruchs erlöst“⁵ und ohne großes Aufsehen von der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit eingeholt worden ist. Dennoch handelt es sich um „eine erstaunliche Erfolgsgeschichte: Erst die Kultur umpflügen, dann sich über das gesellschaftliche Funktionssystem verteilen, zuletzt die Spitze erreichen!“⁶

5 Reinhard Mohr; in: Der Spiegel vom 12. Oktober 1998, S. 73

6 Michael Jaeger; in: Freitag 45 vom 30. Oktober 1998, S. 1.

Schaubild 3

Die Studentenrevolte 1967 bis 1969

UNVEREINBARKEIT DER STANDPUNKTE

UNMÖGLICHKEIT EINER KOMPROMISSLÖSUNG

Forderungen und Aktionen der Studenten	Reaktionen der Etablierten
<ul style="list-style-type: none"> • Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung • Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft • Abschaffung des parlamentarischen Systems • Massive Herausforderung der Staatsgewalt durch Demonstrationen, Besetzungen und Gewaltanwendung (Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols) 	<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung der Fundamentalkritik und der sozialistischen Umgestaltung • Verteidigung der parlamentarischen Demokratie • Hinweis auf die Vorzüge der bestehenden Verfassungsordnung • Toleranz gegenüber einzelnen Forderungen • Einsatz der Polizei

Unterrichtspraktische Hinweise

Bereits bei der Einführung in diesen Baustein wird man die Klasse darauf vorbereiten, dass die Konfrontation unterschiedlicher Urteile über die Studentenbewegung im Vordergrund steht. Folgende Leitfrage wird empfohlen: War die Studentenbewegung der Jahre 1967 bis 1969 eher ein positives Element oder eher eine Gefahr in der deutschen Nachkriegsentwicklung? Diese Frage dient als Strukturierungshilfe für den Durchgang durch die Materialien des Bausteins D.

Die im Laufe des Unterrichts gefundenen Pro- und Contra-Argumente werden sukzessive in ein zwispaltiges Plakat an der Pin-Wand des Klassenzimmers eingetragen.

Es wird empfohlen, zunächst die Aktionsformen und das Erscheinungsbild der Studentenrevolte zu erarbeiten (**D 1 bis D 3**; vgl. **D 6**); erfahrungsgemäß zeigen die Schülerinnen und Schüler ein lebhaftes Interesse an dem Happening-Charakter der studentischen Aktivitäten. Dabei hat sich folgender Rollenwechsel bewährt: Die Schülerinnen und Schüler werden aufgefordert, eine schriftliche Stellungnahme zum Auftreten der Studenten aus der Sicht eines provozierten Lehrers, Professors oder Vaters zu verfassen.

Die fundamentale und radikale Herausforderung der parlamentarischen Demokratie durch die Studenten und die unterschiedlichen Reaktionen der Etablierten konfrontiert man in einem Tafelbild, das zugleich die Unvereinbarkeit der Standpunkte (und damit die Zwangsläufigkeit des Scheiterns der Rebellion) verdeutlicht; als Grundlage dienen die Materialien **D 4 bis D 13**.

Die Interpretation der Ansprachen von Gustav Heinemann, Kurt-Georg Kiesinger und Willy Brandt

kann man durch die Stellungnahme Franz Schneiders strukturieren, der jegliche Äußerung von Sympathie gegenüber den Provokationen der Studenten schroff ablehnt (**D 11, D 12, vgl. D 16**). Die Schülerinnen und Schüler werden aufgefordert, die dokumentierten Redeauszüge hinsichtlich des jeweiligen Grades der „Anpassung“ gegenüber den studentischen Forderungen zu ordnen. In der Abschlussdiskussion über die eingangs gestellten Problemfragen wird der Aspekt des Tolerierens bzw. der gewaltsamen Unterdrückung eine wesentliche Rolle spielen (vgl. auch **D 13, D 14**).

Mögliche Aufgaben

D 1: Beschreiben Sie die einzelnen Bilder, und zeigen Sie die Eskalation der Protestbewegung zwischen 1967 und 1968 auf. Erörtern Sie, weshalb die Studentenbewegung sich zu einer Herausforderung für die bestehende Gesellschafts- und Verfassungsordnung entwickelt hat.

D 2 und D 3 (vgl. **D 6**): Stellen Sie die Methoden des Studentenprotestes zusammen.

D 4: Diskutieren Sie, ob die Bezeichnung „Revolution“ auf die Aktionen und Forderungen der Studenten passt.

D 5 bis D 10: Stellen Sie die Begründungen der 68er-Bewegung für den Protest zusammen. Nehmen Sie kritisch zur Rechtfertigung der Revolte Stellung. Zeigen Sie anhand der Dokumente auf, inwiefern die Gefahr bestand, dass die Revolte in terroristische Handlungen ausartete.

D 11 bis D 14: Erarbeiten und beurteilen Sie die unterschiedlichen Reaktionen der politisch und gesellschaftlich Etablierten gegenüber der Studentenbewegung. Erörtern Sie die These, dass es zu einem wechselseitigen Hochschaukeln der Eskalation gekommen sei.

D 15 bis D 18: Diskutieren Sie abschließend die eher positiven und die eher negativen Urteile über die 68er-Bewegung zusammen; versuchen Sie, einen eigenen Standpunkt zu formulieren.

Literaturhinweise

Aanderna, Kai Axel: Die Geschichte der Berliner Mauer, Recklinghausen (Bitter) 1991

Achterfeld, Wilfried (Hg.): Die Wilden 60er Jahre, Gütersloh (Bertelsmann) 1970

Baring, Arnulf; Machtwechsel. Stuttgart (Deutsche Verlagsanstalt) 1982

Bedürftig, Friedemann: Deutschland nach 1945, Hamburg (Carlson) 1996

Borowsky, Peter: Deutschland 1963–1969, Oldenbourg (Fackelträger) 1993



- Brugger, Albrecht/Blickensdörfer, Hans: Die 60er Jahre: ein Stuttgarter Jahrzehnt in Bildern, Karlsruhe (Braun) 1995
- Danneberg, Bärbel u.a. (Hg.): Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe, Wien (Döcker) 1998
- Ellwein, Thomas: Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren, München (Knaur) 1989
- Fels, Gerhard: Der Ursprung der 68er. Zu den geistigen und sozialen Grundlagen der Studentenrevolte, Bonn (Bouvier) 1998
- Frech, Birgit: Die Berliner Mauer, Pfungstadt (Ergon) 1992
- Glaser, Hermann: Deutsche Kultur 1945–2000, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 1997
- Hammer, Manfred u.a. (Hg.): Das Mauerbuch. Texte und Bilder aus Deutschland, Berlin (Oberbaum) 1984
- Heinemann, Karl-Heinz/Jaitner, Thomas: Ein langer Marsch: 1968 und die Folgen, Köln (PapyRossa) 1993
- Hildebrand, Klaus: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart (Deutsche Verlagsanstalt) 1984
- Hoffmann, Hilmar/Klotz, Heinrich (Hg.): Die Sechziger, Düsseldorf (Econ) 1987
- Jaenecke, Heinrich: Die deutsche Teilung, Düsseldorf (Econ) 1979
- Kistler, Helmut: Die Bundesrepublik Deutschland. Vorgeschichte und Geschichte, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 1985
- Kießmann, Christoph/Wagner, Georg (Hg.): Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945–1990. Texte und Dokumente, München (Beck) 1993
- Knopp, Guido (Hg.): Die eingemauerte Stadt, Recklinghausen (Bitter) 1991
- Korte, Hermann: Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik in den sechziger Jahren. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1987
- Kraushaar, Wolfgang (Hg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. 3 Bände, Berlin (Rogner & Bernhard bei 2001) 1996
- Ders.: 1968. Das Jahr, das alles verändert hat, München (Piper) 1998
- Kroegel, Dirk: Einen Anfang finden. Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München (Oldenbourg) 1997
- Kukuck, Margareth: Student und Klassenkampf, Hamburg (Association) 1974
- Langguth, Gerd: Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln (Wissenschaft und Politik) 1983
- Lübbe, Hermann: Endstation Terror. Rückblick auf lange Märsche, Stuttgart (Seewald) 1978
- Miermeister, Jürgen/Staadt, Jochen (Hg.): Provokationen. Die Studentenrevolte in ihren Flugblättern, Darmstadt und Neuwied (Luchterhand) 1974
- Möbius, Peter/Trotnow, Helmut (Hg.): Mauern sind nicht für ewig geplant, Berlin (Propyläen) 1990
- Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München (Oldenbourg) 1987
- Mosler, Peter: Was wir wollten, was wir wurden. Zeugnisse der Studentenbewegung, Reinbek (Rowohlt) 1988
- Otto, Karl A.: APO. Die außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960–1970), Köln (Pahl-Rugenstein) 1989
- Pötzsch, Horst: Deutsche Geschichte nach 1945 im Spiegel der Karikatur, München (Olzog) 1997
- Reimer, Uwe: Die Sechziger Jahre. Deutschland zwischen Protest und Erstarrung, Frankfurt/M. (Diesterweg) 1993
- Ruetz, Michael (Hg.): 1968. Ein Zeitalter wird besichtigt, Frankfurt/M. (Zweitausendeins) 1997
- Schepers, Wolfgang (Hg.): '68. Design und Alltagskultur zwischen Konsum und Konflikt, Köln (DuMont) 1997
- Schmidt, Helmut G. (Hg.): Man hat sich bemüht. Willy Brandt – sein Leben im Spiegel der Karikatur. Mit einem Vorwort von Johannes Rau. 1992
- Schmoeckel, Reinhard/Kaiser, Bruno: Die Vergessene Regierung: die Große Koalition 1966–1969, Bonn (Bouvier) 1991
- Schneider, Franz/Hertel, Gerhard: Dienstjubiläum einer Revolte, München (v. Hase & Koehler) 1993
- Schulenburg, Lutz (Hg.): Das Leben ändern! 1968. Dokumente und Berichte, Hamburg (Nautilus) 1998
- Seibold, Carsten (Hg.): Die 68er. Das Fest der Rebellion. München (Knaur) 1988
- Sontheimer, Kurt: Zeitenwende?, Hamburg (Hoffmann und Campe) 1983
- Turner, Henry Ashby: Geschichte der beiden deutschen Staaten, München (Piper) 1989
- Veigl, Hans: Die 50er und die 60er Jahre, Wien (Ueberreuter) 1996
- Wilharm, Irmgard (Hg.): Deutsche Geschichte 1962–1983. Dokumente. 2 Bände, Frankfurt/M. (Fischer TB) 1985

Zur Kommunalwahl: Neuauflage 1999

Taschenbuch Baden-Württemberg

Gesetze – Daten – Analysen

Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg

Redaktion: Hans-Georg Wehling

- Es enthält auf insgesamt 540 Seiten in kompakter Form
- die Landesverfassung, die Gemeindeordnung und die Landkreisordnung von Baden-Württemberg
 - Strukturdaten aller Gemeinden, Landkreise und Regierungsbezirke
 - ausgewählte Regionalgrafiken
 - eine grafische Darstellung von Regierung und Verwaltung Baden-Württembergs
 - eine Aufstellung sämtlicher Kabinette seit Kriegsende
 - Beiträge über den Landtag, die Kommunalpolitik, die Landkreise,
 - über die Landtags- und Kommunalwahlen mit Erklärung des jeweiligen Wahlsystems
 - über die kommunalen Finanzen im Rahmen der Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland.

Das Taschenbuch Baden-Württemberg wird abgegeben gegen eine **Schutzgebühr von 10,- DM**. Bei Postversand kommen die Portokosten hinzu.

AV-Medien zum Thema

Zusammengestellt von Hanns-Georg Helwerth,
Landesbildstelle Württemberg

Die Mauer

16-mm-Film, 120 Min, f+sw, 1986

Adressaten: S10, S11, J16, E

Formal und inhaltlich gute Dokumentation über Vorgeschichte und Ablauf des 13.8.1961, die auch die internationalen Aspekte berücksichtigt. Die Gliederung des Films lässt einen Einsatz in Teilen zu. Geeignet vor allem für den Sekundarbereich II (s.a. 42 53707-08). 3250789

Zeit der Teilung

ST: Deutschland und Europa; 2

Video, 20 Min, f, 1991

Adressaten: E

Der Film schildert in einer Mischung aus Dokumentarbildern und den Berichten eines Zeitzeugen die Ereignisse vom Bau der Mauer bis zum Besuch des damaligen Staatsratsvorsitzenden, Erich Honecker, in Bonn 4254307

... zur Freiheit, die Geschichte der Berliner Mauer

Deutsch-Deutsche Geschichte (1945–1990)

CD-ROM, 1 B, 1997

Adressaten: S11, J16, E

Die zwei CD-ROMs behandeln die Geschichte Berlins und der Berliner Mauer. Die Ereignisse enden mit einem umfassenden Angebot an Film-, Bild- und Tondokumenten kommentierend dargestellt. Sie werden ergänzt durch Kurzbiographien, ein Lexikon, Zeitzeugenberichte, Pressebeiträge aus Ost und West sowie Informationen zu „Grenzmuseen“ entlang der ehemaligen Demarkationslinie (incl. Einführungsvideo). 6600060

Eine Brücke über den Rhein

Konrad Adenauer, Charles de Gaulle

Video, 45 Min, f+sw, 1997

Adressaten: S9, S11, E

Mit eindrucksvollen Bildern wird der politische Weg der bedeutendsten französischen und deutschen Politiker der Nachkriegszeit, Charles de Gaulle und Konrad Adenauer, geschildert. Ihre Begegnungen und ihre Zusammenarbeit haben die deutsch-französische Aussöhnung ermöglicht und die Grundlage für ein geeintes Europa geschaffen. 4202186

Ein Staat auf der Suche nach seiner Identität (1953–70)

ST: Bilder aus vierzig Jahren DDR-Geschichte; 2

Video, 21 Min, f+sw, 1990

Adressaten: S9, S11

Authentisches Filmmaterial und zahlreiche Interviews mit Zeitzeugen belegen die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der DDR zwischen Stalin Tod 1953 über den Bau der Mauer bis 1970. 4201353

Die deutsch-französische Zusammenarbeit

ST: Wir in Europa

Video, 19 Min, f, 1992

Adressaten: S9, S11, J14, E

Im Zeitraffer werden die entscheidenden Daten der deutsch-französischen Geschichte 1870–1963 (Besuch de Gaulles in der BRD) aufgezeigt. Aktualisiert wird der Gedanke der deutsch-französischen Freundschaft mit Bildern von den Feierlichkeiten anlässlich des 150.000. Jugendaustausches des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, bei dem auch Staatspräsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl anwesend sind. 4201140

Die innere Krise, die Bundesrepublik Deutschland (1966–1969)

16-mm-Film, 23 Min, f, 1987

Adressaten: S11

Der Film schildert die einzelnen Phasen des Machtwechsels von CDU/CSU zu SPD als Konsequenz einer allgemeinen inneren Krise. Ausschnitte aus damaligen Wochenschauen zeigen die wichtigsten Ereignisse; Zeitzeugen aus Parlament und APO kommentieren diese (s.a. 4201740). 3203872

Im Land der großen Mitte; Kultur im Widerspruch

ST: Kulturelle Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland; 2

Video, 48 Min, f+sw, 1989

Adressaten: S11, J16, E

Anlässlich des 40. Jahrestages der Verkündung des Grundgesetzes wird in zwei Teilen die kulturelle Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland dargestellt. Teil 1 umfasst den Zeitraum von 1945 bis zum Beginn der 50er Jahre, der vorliegende zweite Teil die 60er, 70er und 80er Jahre. 4201140

Willy Brandt

Das andere Deutschland

Video, 75 Min, f+sw, 1992

Adressaten: S11, J16, E

Vom sozialistischen jugendlichen Widerstandskämpfer gegen die Nazis bis zum Friedensnobelpreis für seine Entspannungspolitik spannt sich das politische Leben Willy Brandts. Stefan Aust beschreibt in seiner Dokumentation die Lebensgeschichte des großen deutschen Nachkriegspolitikers. 4256248

Moskau und Bonn (1956–1967)

ST: Im Schatten der Weltrevolution, fünfzig Jahre deutsch-sowjetische Beziehungen. 16-mm-Film, 45 Min, sw, 1969

Adressaten: J6, E

Neutralisierung Österreichs; Adenauer in Moskau; Zweistaatentheorie; Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus der UdSSR; Industrialisierung Mitteldeutschlands; Entstalinisierung; Verbot der KPD; Ausbau der Industrie in der UdSSR; Ära Chruschtschow; Kennedy und Chruschtschow in Wien; Bau der Mauer in Berlin; DDR als politischer und wirtschaftlicher Faktor des Ostblocks; Verhältnis DDR-Moskau-Bonn-Moskau. 3251179

Abschied von der Wiedervereinigung (1953–1972)

ST: Deutsche Geschichte nach 1945;

2 Video, 27 Min, f+sw, 1992

Adressaten: S9, S11, E

Die Bemühungen um eine Lösung der deutschen Frage auf internationalen Konferenzen scheitern an den politischen Realitäten - die beiden Systeme leben sich auseinander. Der Beginn einer westdeutschen Ostpolitik in den 60er Jahren und die Ostverträge der Regierung Brand/Scheel markieren einen Wandel. 4201394

Aussöhnung mit dem Osten

ST: Geschichte der Bundesrepublik

Video, 15 Min, f, 1998. Adressaten: S9

Es werden gezeigt, warum die Ostpolitik Bahrs und Brandts so umstritten war, die kleinen Erfolge dokumentiert, die das Konzept "Wandel durch Annäherung" verzeichnen konnte, und erklärt, weshalb noch 1988 nicht mit einer Wiedervereinigung in absehbarer Zeit gerechnet werden konnte. 4281117

Politische Karikaturen (1962–1974)

Dia-Reihe, 12 Bilder, sw, 1988

Adressaten: S8, S11, J14, E

Karikaturen als Bildkommentare zum politischen Geschehen. 1003004

Leitbild der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB)

Die im Grundgesetz und in der Landesverfassung festgelegten demokratischen Prinzipien haben sich bewährt. Demokratie erhält sich aber nicht von selbst, sondern muss gepflegt und ständig neu verankert werden. Sie dauerhaft zu erhalten heißt, sie weiterzuentwickeln und die Bürgerinnen und Bürger zum politischen Engagement und zur Zivilcourage zu ermutigen. Dazu dient politische Bildung, wie sie von uns, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeszentrale, verstanden wird.

Die Landeszentrale ist eine Bildungseinrichtung des Landes Baden-Württemberg

1. Wir erfüllen einen öffentlichen Auftrag. Politische Bildung ist eine Bringschuld des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern.
2. Wir erfüllen diesen Auftrag partnerschaftlich mit anderen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen.
3. Wir sind die zentrale Dienstleistungs- und Service-Einrichtung für die politische Bildung in Baden-Württemberg.
4. Wir sind Bestandteil der politischen Kultur und leisten einen Beitrag zur Sicherung der freiheitlichen und demokratischen Zukunft unseres Landes.
5. Wir sind Garant für Pluralität, Ausgewogenheit und Qualität in der politischen Bildung.

Die Landeszentrale ist eine Service-Stelle für alle Bürgerinnen und Bürger

6. Wir bieten Information und Orientierung für die Meinungs- und Urteilsbildung in einer komplizierter werdenden Welt. Wir bieten Beratung und Unterstützung in Fragen der politischen Bildung.
7. Wir haben ein breites Angebot an Veranstaltungen und Publikationen. Wir entwickeln und verbreiten es allein und zusammen mit unseren Partnern.
8. Wir richten unser Angebot an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes. In ihrer Vermittler-Rolle sprechen wir Multiplikatorinnen und Multiplikatoren besonders an.
9. Wir wollen noch mehr Menschen für bürgerschaftliches und politisches Engagement gewinnen. Deshalb entwickeln wir unser Angebot ständig weiter und erproben neue Wege und Methoden der politischen Bildung.
10. Wir wissen, dass unsere Angebote einen überzeugenden praktischen Nutzwert haben müssen.

Die Landeszentrale ist ein Forum für Menschen und Themen

11. Wir stehen für Kontinuität in der Behandlung politischer Grundfragen und vertreten offensiv die Idee der Freiheit und der Demokratie.

12. Wir sind zukunftsorientiert und greifen neue Entwicklungen in Politik und Gesellschaft auf.
13. Wir sind offen gegenüber Menschen und Themen und treten für Akzeptanz und Toleranz gegenüber ihren Positionen und Fragestellungen ein.
14. Wir setzen uns in unseren Angeboten und innerhalb der Landeszentrale für die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern ein.
15. Wir bieten Raum und Zeit für Gespräche, für Begegnungen und für kritisch-konstruktive Auseinandersetzungen. Die Leitmotive unserer Arbeit lauten „Horizonte erweitern“, „Brücken schlagen“ und „Mut proben“.

Die Landeszentrale ist so gut wie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

16. Wir sind ein Team, in dem alle einen wichtigen Beitrag zum Gelingen des Ganzen leisten, ob in der Hauswirtschaft und Hausverwaltung unserer Tagungsstätte, im allgemeinen Verwaltungsbereich, in der Sachbearbeitung der Referate oder in der pädagogischen und publizistischen Referatsarbeit.
17. Wir garantieren inhaltliche Kompetenz und organisatorische Zuverlässigkeit. Wir sind selbstkritisch und unterziehen unsere Arbeit ständiger Überprüfung. Wir verbessern die Qualität unserer Arbeit durch ständige Fort- und Weiterbildung.
18. Wir begegnen unseren Kunden, Partnern und Gästen freundlich und zuvorkommend. Wir bearbeiten Anfragen, Bitten und Wünsche sachkundig, umsichtig und rasch. Wir sind kreativ und flexibel. Wir arbeiten wirtschaftlich, sparsam und umweltverträglich.
19. Wir legen Wert auf durchschaubare Arbeitsstrukturen, nachvollziehbare Arbeitsabläufe und klare Zuständigkeiten. Wir arbeiten bei Bedarf in Arbeits- und Projektgruppen zusammen und beziehen dabei alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen mit ein. Wir geben den beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten die notwendigen Spielräume.
20. Wir reden offen miteinander und informieren uns gegenseitig so, dass alle ihre Aufgaben optimal erfüllen können. Unser Umgang untereinander ist von Kollegialität und Hilfsbereitschaft, von Freundlichkeit und Sachlichkeit sowie von Achtung und Respekt geprägt.

Dieses Leitbild wurde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeszentrale entwickelt und auf der Personalversammlung am 8. Juli 1999 in Rastatt verabschiedet.

DIE SECHZIGER JAHRE

in der Bundesrepublik Deutschland

Baustein A Ein Jahrzehnt des Wandels?

- A 1 – A 2 Neue Hoffnungen, neue Herausforderungen
- A 3 – A 8 Wird jetzt alles anders?
- A 9 – A 14 Stilwandel in Musik und Mode
- A 15 – A 16 Die Hippies

Baustein B Die Berliner Mauer

- B 1 – B 4 Eine Stadt wird zweigeteilt
- B 5 – B 6 Zur Geschichte der Berliner Mauer
- B 7 – B 11 Der Mauerbau aus verschiedenen Perspektiven
- B 12 – B 16 Folgen und Bewertungen

Baustein C Zwischen Adenauer und Brandt

- C 1 – C 2 Vier Kanzler in einem Jahrzehnt
- C 3 – C 6 Der Weg in die Große Koalition
- C 7 – C 9 Zur Bewertung der Großen Koalition
- C 10 – C 13 Die Kontroverse um die Notstandsverfassung
- C 14 – C 16 Protestwahlen und Regierungswechsel

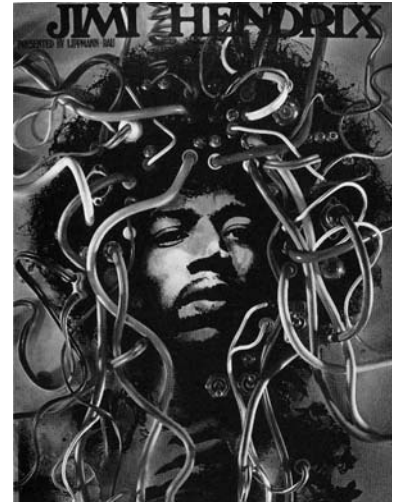
Baustein D Die Studentenrevolte

- D 1 – D 3 Protestformen
- D 4 – D 10 Ziele, Motive und Hintergründe
- D 11 – D 14 Reaktionen
- D 15 – D 18 Zur Einschätzung der Nachwirkungen

A 1 – A 16 Ein Jahrzehnt des Wandels?

A 1 Das Lebensgefühl der sechziger Jahre

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden



Jimi Hendrix, die Kultfigur der Flower-Power-Bewegung

dpa

Antiautoritärer Kinderladen



Stuttgart, Fasanenhof

Windstoßer



Dt. Filmmuseum Ffm.

Filmplakat (1965)

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Hosenanzug (1969)
dpa

Szene aus dem Film „Es“ (1966)



A 2 Der Einbruch der Politik in die Idylle

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Die Spiegel-Affäre (1962)

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

dpa

Feddersen

Demo gegen die Notstandsgesetze (1968)

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Vietnam – ein „schmutziger Krieg“

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

AP

Mexiko 1968: Olympische Spiele mit Black Power

dpa

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Ermordung John F. Kennedys (22.11.1963)

dpa

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Truppen des Warschauer Pakts beenden den „Prager Frühling“ (1968)

dpa

A 3 Was für ein Jahrzehnt!

a *Tom Wolf*: Die Naivität anzunehmen, das Unmögliche könne geschehen, machte die Sixties überhaupt erst möglich.

Wolfgang Schepers (Hg.): '68. Design und Alltagskultur zwischen Konsum und Konflikt, Köln 1998, S. 7.

b *Das Magazin „Der Stern“ im Rückblick auf das Jahrzehnt*: Wir sahen, wie der erste Mensch seinen Fuß auf den Mond setzte, und bekamen den Kennedy-Mord in Zeitungen vorgeführt, Vietnam-Greuel, Afrika-Massaker, Minirock, Beatles-Musik, Sexwelle, Aufklärung, Herztransplantation – nichts blieb uns erspart und auf nichts mussten wir verzichten. Was für ein Jahrzehnt!

Zitiert nach: Hans Veigl: Die 50er und die 60er Jahre, Wien (Ueberreuter) 1966, S. 195.

A 4 Am Beginn einer neuen Ära

Aus der CDU-Studie „Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart“ (1962)

Wir können die Augen vor der Wirklichkeit nicht verschließen, ... dass die Spontaneität der Gründungsjahre abklingt; dass eine neue Generation herangewachsen ist, die Weimar, Hitler, Krieg und Not nicht mehr elementar erlebt hat; dass die Not vergessen und die Wohlfahrt selbstverständlich geworden ist..., dass neue Themen und Aspekte Zeitgeist und Weltpolitik beeinflussen; dass der Kommunismus anders auftritt; dass mehr nach Staat und Rente als nach Selbstvorsorge und Eigentum gerufen wird; dass Autorität wenig geliebt und die Gesellschaft dem Staat vorgezogen wird...

Untersuchungen beider Kirchen verzeichnen ein rückläufiges religiöses Interesse...; die Arbeitslust wird träger, die Freizeit größer wie auch die Ansprüche; die Standkraft der menschlichen Person und eigenständige Originalität werden schwächer...

Das Erreichte wird als Selbstverständlichkeit konsumiert, und man fragt uns zunehmend: Kennt ihr überhaupt die Fragen von morgen, und, wenn ja, wie sind eure Antworten?

Zitiert nach Arnulf Baring: Machtwechsel, Stuttgart (Deutsche Verlagsanstalt) 1982, S. 78 f.

A 5 Eine neue Generation

Mitte der sechziger Jahre wurde die erste nach dem Krieg geborene Generation erwachsen, entwickelte

sich eine neue Opposition gegen überkommene Strukturen, gegen die Muffigkeit und Spießbürgerlichkeit des Adenauer-Staates.

Die Opposition formulierte sich in freieren Geschlechterbeziehungen und einer neuen Wertschätzung sexueller Freizügigkeit (gefördert durch die Einführung der Pille ab 1962), in der Forderung nach Chancengleichheit und besserer Qualifikation in der Ausbildung, im politischen Engagement gegen den Vietnamkrieg und gegen die Notstandsgesetze und schließlich ... in der außerparlamentarischen Opposition. Es ging vor allem um mehr Öffentlichkeit, um neue Öffentlichkeitsformen, um ein Eingreifenwollen in gesellschaftliche Prozesse.

Damit verbunden war eine gewisse Konfliktfreudigkeit, ein neues sich in den Widersprüchen lustvoll auslebendes Lebensgefühl, dem der Wunsch nach Harmonie altmodisch galt. Die neue Mentalität kündigte sich ... in einer heftigen Opposition an, die besonders von der jüngeren Generation ausging ..., die nun nachfragte, was denn da die ganze Zeit verschwiegen, verdrängt worden war, und die vor allem eines wollte: es nun ganz anders machen ...

Knut Hieckethier: Die Zugewinnungsgemeinschaft; in: Hoffmann, Hilmar/Schobert, Walter (Hg.): Abschied vom Gestern, Frankfurt/M. 1991 (Deutsches Filmmuseum), S. 192

A 6 Angleichung der Geschlechter

Neue, den Männern gleichberechtigte Bewegungsfreiheit verschaffen den Frauen Ende der sechziger Jahre auch die Hosenanzüge und Hosen mit Hemdblusen als Tageskleidung ..., während die Männermode körpernaher (taillierte Anzüge und Hemden), weicher (Cord-Anzüge, Samthosen), bestrickender (Jersey-Hemden), bunter, verspielter (plissierte oder mit Rüschen besetzte Hemden zum dunklen Anzug) und schmuckiger (Hals- und Armkettchen), kurzum: feminisiert wird ...

Die starken Männer dürfen nun auch Schwäche und Empfindlichkeit, mithin mehr Sensibilität zeigen ... Das schwache Geschlecht ... darf nun auch Stärke und eigenen Willen demonstrieren und männliche Aktivität entfalten.

Die Geschlechter gleichen sich auch im Tragen lang wachsender, natürlich fallender Haare einander an. Der ... Gedanke der Emanzipation von Mann und Frau findet seinen Ausdruck in der Kreation des „Partnerlooks“, der ein neues partnerschaftliches Denken im Zusammenleben – von der beruflichen und Küchenarbeit bis zu Kinderbetreuung – signalisiert.

Christian de Nuys-Henkelmann: Happening ist überall; in: Hilmar Hoffmann/Heinrich Klotz (Hg.): Die Sechziger, Düsseldorf (Econ) 1987, S. 46.

A 7 Denkwürdiges und Merkwürdiges aus den sechziger Jahren

1960-1963

Die ersten Schritte ins neue Jahrzehnt

Juni 1960

Mit einer Grundsatzrede im Deutschen Bundestag leitet der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner den außenpolitischen Kurswechsel der SPD ein (Bekanntnis zur europäischen und atlantischen Bündnis- und Verteidigungspolitik; Annäherung an die außenpolitische Linie der CDU/CSU unter Konrad Adenauer).

April 1961

Als erster Mensch umkreist der Russe Juri Gagarin in einer Weltraumkapsel die Erde.

August 1960

Das Jugendarbeitsschutzgesetz legt das Mindestalter für die Beschäftigung Jugendlicher in der Bundesrepublik auf 14 Jahre fest.

August 1961

Die DDR beginnt mit dem Mauerbau in Berlin.

Mai 1962

In Israel wird nach einem langen Prozess der deutsche SS-Kriegsverbrecher Adolf Eichmann hingerichtet.

Juni 1962

In München kommt es zu Straßenschlachten zwischen der Polizei, die Gitarrespieler wegen ruhestörenden Lärms festnehmen will, und erbitterten Jugendlichen („Schwabinger Krawalle“).

Oktober 1962

Nach dem gescheiterten Versuch der Sowjetunion, Kuba zu einem Raketenstützpunkt gegen die USA auszubauen („Kuba-Krise“), beginnt eine Phase der Entspannung zwischen Washington und Moskau.

Herbst 1962

Die Beatles erobern die Hitparaden in Westeuropa und USA.

Ende 1962

Eine Umfrage unter den Sechzehnjährigen ergibt, dass nur jede(r) Fünfte eine feste Freundin/ einen festen Freund hat (1999: jede/r Vierte).

Januar 1963

Die Fußball-Bundesliga wird gegründet. Konrad Adenauer und Charles de Gaulle unterzeichnen den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag.

April 1963

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) nimmt in Mainz seinen Sendebetrieb auf.

August 1963

Der Bikini an deutschen Badestränden wird zunächst als „unanständig“ abgelehnt.

Oktober 1963

Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) tritt zurück. Sein Nachfolger wird Ludwig Erhard (CDU).

1964-1966: Reformen und Anfänge der Protestbewegung

März 1964

Auf den Straßen New Yorks erscheinen die ersten Skinheads.

April 1964

Nach dem Angriff nordvietnamesischer Torpedoboote auf den US-Zerstörer Maddox im Golf von Tonking ordnet der US-Präsident Johnson Luftangriffe auf Nordvietnam an.

Juli 1964

Die Bürgerrechtsgesetzgebung in den USA verbessert die Gleichstellung der Schwarzen in der amerikanischen Gesellschaft.

September 1964

Als erstes Bundesland strahlt Bayern ein Drittes Fernsehprogramm aus.

Oktober 1964

Das IOC beschließt, dass bei den Olympischen Spielen zukünftig zwei deutsche Mannschaften antreten (Vertiefung der Spaltung Deutschlands).

Ende 1964

In Deutschland wird der erste Videorecorder angeboten (Preis: fast 7000 DM).

April 1965

In Frankfurt beginnt der Auschwitz-Prozess, das größte Strafverfahren eines deutschen Gerichts gegen NS-Verbrecher. – Ein Bundesgesetz fordert die Pflege und Verbesserung der Umwelt.

Mai 1965

Israel und die Bundesrepublik Deutschland nehmen diplomatische Beziehungen auf.

September 1965

Nach einem Konzert der englischen Rockgruppe „The Rolling Stones“ in Berlin kommt es zu mehrstündigen Straßenschlachten zwischen der Polizei und Jugendlichen.

Frühjahr 1966

In Peking beginnt – mit Billigung Mao Tse-tungs die „Große proletarische Kulturrevolution“. – In US-amerikanischen Städten finden Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg statt.

Juni 1966

In Berlin besetzen Studenten die Aula der Freien Universität und fordern eine durchgreifende Hochschulreform.

Juli 1966

In der westdeutschen Metallindustrie wird die 40-Stunden-Woche eingeführt.

Herbst 1966

Die Freiwillige Selbstkontrolle des Films in Wiesbaden befindet, dass die Darstellung von Nacktheit im Film im Grunde nicht gegen die Sittlichkeit verstoße.

November 1966

Bei den Landtagswahlen in Hessen überspringt die NPD die Fünfprozenthürde.

Dezember 1966

Unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) wird in Bonn die „Große Koalition“ aus CDU/CSU und SPD geschlossen.

Deutscher Wohlstand während der sechziger Jahre

Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern

	PKW (einschließlich Kombi)	Fernsehempfänger	Elektr. Waschmaschine
1962	27%	34%	34%
1969	47%	73%	61%

Wohnungsversorgung

	Wohnungen auf 1000 Einwohner	Wohnfläche je Wohnung (qm)	Wohnfläche je Einwohner (qm)
1961	292	67	20
1971	341	73	25

Nach Ralf Rytlewski/ Manfred Opp de Hipt: Die Bundesrepublik Deutschland in Zahlen 1945/49 – 1980, München (Beck) 1987, S. 140, S. 43 und S. 227.

1967-1969: Eskalation des Protests und Ausklang des Jahrzehnts**Februar 1967**

Die DDR setzt in einem „Staatsangehörigkeitsgesetz“ die gemeinsame Staatsangehörigkeit aller Deutschen außer Kraft.

April 1967

Der Militärputsch in Griechenland führt zur Errichtung einer Militärdiktatur.

Mai 1967

Beim Staatsbesuch des Schahs Reza Pahlewi in der Bundesrepublik kommt es zu lauten Protesten gegen die innenpolitischen Zustände im Iran und zu heftigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei.

Juni 1967

Der Student Benno Ohnesorg wird bei einer Demonstration in Berlin von einem Polizisten erschossen.

Juli 1967

Die US-Raumfähre Apollo landet auf dem Mond.

Herbst 1967

Der erste tragbare Kassettenrecorder kommt auf den deutschen Markt.

Dezember 1967

Der Arzt Christiaan Barnard führt in Kapstadt/Südafrika die erste Herztransplantation durch.

April 1968

In zwei Kaufhäusern in Frankfurt explodieren nachts Brandsätze, die einen hohen Sachschaden verursachen; die terroristische Phase der Studentenbewegung beginnt.

Martin Luther King, der Repräsentant der gewaltlosen Bürgerrechtsbewegung in den USA wird ermordet.

Mai 1968

Bei einem Sternmarsch auf Bonn demonstrieren etwa 30 000 Menschen gegen die Notstandsverfassung, die am 31. Mai 1968 vom Deutschen Bundestag verabschiedet wird.

Juni 1968

Die Nato erklärt sich unter bestimmten Voraussetzungen zu einer ausgewogenen Truppenreduzierung in Europa bereit.

Mai/Juni 1968

Massendemonstrationen, Streiks und Straßenschlachten in Paris und anderen französischen Städten

August 1968

Fünf Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts – darunter die DDR – intervenieren militärisch in der CSSR und beenden den „Prager Frühling“.

Mai 1969

Die Strafrechtsreform schafft die strafrechtliche Verfolgung von Ehebruch und Homosexualität in der Bundesrepublik Deutschland ab.

Juli 1969

Der US-amerikanische Astronaut Neil Armstrong setzt als erster Mensch seinen Fuß auf den Mond.

August 1969

Eine halbe Million junger Menschen der Jeans- und Trunschuhgeneration versammelt sich bei Bethel im US-Bundesstaat New York zum bis dahin größten Rockfestival. (Woodstock)

Oktober 1969

Die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) löst die Große Koalition ab; die CDU/CSU übernimmt zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die Opposition.

A 8 Einstellungswandel

Ergebnisse von Umfragen des Allensbacher Instituts für Demoskopie (Angaben in Prozent)

1. Lebensgefühl

Frage: „Würden Sie sagen, wir leben heute alles in allem in einer glücklichen Zeit, oder haben Sie das Gefühl, dass wir ziemlich schwierige Zeiten durchmachen?“

	Januar 1963	Juli 1966	Juli 1970
Glückliche Zeit	31	40	44
Ziemlich schwierig	45	42	37
Unentschieden	24	18	19

Jahrbuch 5, S. 125.

2. Erziehung

Frage: „Ob Eltern ihr Kind schlagen sollen, wenn es ungezogen ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Hier sind drei Ansichten beschrieben. Wie denken Sie persönlich darüber?“

	September 1965	September 1970
„Es ist grundsätzlich verkehrt, dass man ein Kind schlägt, man kann jedes Kind auch ohne Schläge erziehen.“	16	28

„Schläge kommen höchstens als letztes Mittel in Frage, wenn wirklich nichts anderes mehr hilft.“

46 39

„Schläge gehören auch zur Erziehung, das hat noch keinem Kind geschadet.“

36 29

Unentschieden, keine Angabe 2 4

Jahrbuch 4, S. 52 und 5, S. 74.

3. Politisches Interesse

Frage: „Einmal ganz allgemein gesprochen: Interessieren Sie sich für Politik?“

	Februar 1960	August 1965	November 1969
Ja	27	35	44
Nicht besonders	40	43	40
Gar nicht/ keine konkrete Angabe	33	22	16

Jahrbuch 5, S. 213.

Elisabeth Noelle/ Erich Peter Neumann (Hg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 4 (1963-1965); Allensbach/Bonn 1963 und 5 (1966-1973), Allensbach/Bonn 1973.

A 9 Die vier „Pilzköpfe“

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Die Beatles werden 1965 von Königin Elisabeth II. mit einem Orden geehrt. dpa

A 10 Der Siegeszug der Beatles

(Im) März 1964 drängen in den Vereinigten Staaten Tausende jugendliche Menschen in die Konzertsäle, um vier junge englische Musiker zu erleben: die Beatles. Aus der Masse der rund 5 000 Amateurgruppen zwischen London und Liverpool waren sie hergekommen, jetzt brechen sie alle Rekorde und stellen ... Amerika auf den Kopf ... In den USA belegen sie im Frühjahr 1964 in der Hitparade die Plätze 1, 2 und 3 ...

Begonnen hatte es um 1961. Da trat in Liverpool und danach in Hamburg eine Band auf in Stiefeln, mit schwarzen Lederjacken und zurückgekämmten Haaren und imitierte Elvis-Presley-Rhythmen. Ein Jahr später entdeckte sie Brian Epstein, steckte sie in Anzüge, kämmte ihr Haar ins Gesicht und verpasste ihnen so ein neues Image, das bald weltweit Begeisterung hervorrufen und allerorten nachgeahmt werden sollte.

Im Herbst 1962 landeten die Beatles bereits mit „Love Me Do“ und „P.S. I love you“ in der Hitparade. Presse, Rundfunk und Fernsehen begleiten ab nun jeden Auftritt von John Lennon, Paul McCartney, George Harrison und Ringo Starr ... Doch es sind keine Rock-'n'-Roll-Exzesse vergangener Tage, in denen sich jugendliche Wut sprachlos manifestierte. Aus den aggressiven Rockern der fünfziger Jahre mit ihren Lederjacken und langen Koteletten sind vielmehr die gemäßigten „Mods“ von 1964 geworden, und statt Saxophon und Trompete sorgt nun die Instrumentalisierung mit Melodie-, Rhythmus- und Bassgitarre sowie Schlagzeug für einen neuen, weicheren Sound ... Bald gibt es Beatles-Perücken, Beatles-Jacken, Beatles-Hosen, Beatles-Poster, Beatles-Kalender und natürlich Beatles-Schallplat-

ten; seit Oktober 1962 wurden davon 5,5 Millionen verkauft, ein Rekord, den es bisher noch nicht zu verzeichnen galt.

Hans Veigl: Die 50er und 60er Jahre: Geplantes Glück zwischen Motorroller und Minirock, Wien (Ueberreuter) 1996, S. 145 f.

A 11 Die Rolling Stones

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Polizeischutz für die Rolling Stones (1965)

dpa

A 12 Träume

Mit 17 hat man noch Träume – da wachsen noch alle Bäume / in den Himmel der Liebe. / Mit 17 kann man noch hoffen – da sind die Wege noch offen / in den Himmel der Liebe.

Doch mit den Jahren / wird man erfahren, dass mancher der Träume zerrann. / Doch wenn man jung ist, / so herrlich jung ist – wer denkt, ja, wer denkt schon daran.

Junge Leute fragen nicht, / was man darf und kann. / Junge Leute seh'n die Welt / mit eig'nen Augen an. / Und ist diese Welt auch oft / fern der Wirklichkeit – wo ist der, der ihnen nicht / lächelnd das verzeiht.

Texter: Karl Korn, Interpretin: Peggy March (1965)

A 13 Der Siegeszug des Minirocks

Der Grund, weshalb gerade der Minirock zum Symbol von Jugend und Freiheit der Mode der sechziger Jahre werden konnte, lag nicht nur darin, dass er die traditionellen Vorstellungen von Sitte und Moral durchbrach und mit ihm ein neues Frauenbild sowie Schönheitsideal lanciert wurde, sondern ebenso darin, dass er zu einem Symbol wurde, das ... Gefühle in Freiheitsbewusstsein umsetzte, jene optimistische Hoffnung, alles sei möglich und machbar, fand hier ihren Ausdruck.

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Votava / Ueberreuter

Vor dem Mini war Mode für die „reifere“ Frau konzipiert worden. Mit dem Mini aber setzte sich eine Rock- bzw. Kleidform durch, die ganz gezielt für junge Frauen kreiert war, gleichgültig, welcher sozialen Schicht sie entstammen. Der Look der Sechziger stilisierte nicht nur Jugendlichkeit zum absoluten Schönheitsideal, er verabschiedete sich auch von weiblich gerundeten Körperformen der fünfziger Jahre.

Barbara Til; in Wolfgang Schepers (Hg.): '68. Design und Alltagskultur zwischen Konsum und Konflikt, Köln (DuMont) 1998, S. 109.

A 14 Umfragen zur Rocklänge

Frage an Männer: „Welche Rocklänge gefällt Ihnen bei jüngeren Frauen am besten?“ (Angaben in Prozent; in Klammern: Meinung der befragten Frauen; nur 1967 erhoben)

	Febr. 1967	März 1969	Mai 1970
Knie halb bedeckt	37 (36)	13	9
Kniefrei	25 (13)	33	24
Knie bedeckt	20 (49)	17	10
Minirock	14 (1)	36	56
Maxi-Länge	x (x)	1	1
Keine konkrete Angabe	4 (1)	x	x
	100 (100)	100	100

Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965-1967 (vgl. A 8) Allensbach/Bonn 1967, S. 100.

A 15 Die Hippiekultur

Ab 1967 breiteten sich die Hippies in den USA und Europa aus. Mit langen Haaren und Bärten, bunten Gewändern, die ihren Ursprung in ganz verschiedenen Kulturkreisen hatten, plädierten sie für eine natürliche, naturverbundene und kosmopolitisch ausgerichtete Lebensweise, in der fremde Völker, ihre Mythen, Rituale und Religionen, wichtige Bezugspunkte darstellten, während Kapitalismus und Technologie für die Entmenschlichung der Gesellschaft verantwortlich gemacht wurden.

Hippies strebten nach dem „reinen“, noch nicht durch Zivilisation verdorbenen Leben. In vielen tausend Kommunen ... kreierten sie eine alternative Form des Zusammenlebens, setzten Liebe gegen Aggression, Frieden gegen Krieg und plädierten für Lust statt Leistung ... „Der Hippie des Jahres 1967, der vom Marihuana erleichterte Jugendliche der 'Drogen-Generation', sieht keinen Grund, warum er so schnell wie möglich das werden soll, was der (von ihm so genannten) 'Alkohol-Generation' als Mann gilt. Er attackiert sie nicht, er ignoriert oder ironisiert sie. Und das irritiert noch mehr“ (Der Spiegel 1967/41, S. 156).

Die Kleidung der Hippies war eine phantastische Stilmischung aus verschiedensten Epochen und Kulturen. Indisch inspirierte Gewänder aus Baumwolle, Seide, zum Teil mit Stickereien versehen, wechselten mit blumengeschmückten Hosen und Jacken ... Schmuck, Haartracht und die symbolisch überhäufte Kleidung, von beiden Geschlechtern gleichermaßen getragen, waren dabei wichtiger Ausdruck ihres kulturellen Andersseins und ihres Protestes gegen die Leistungsgesellschaft.

Barbara Til; in: Wolfgang Schepers (Hg.): '68. Design und Alltagskultur zwischen Konsum und Konflikt, Köln (DuMont) 1998, S. 106.

A 16 Das Musical „Hair“

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

„Hair“ spiegelte die Träume und das Lebensgefühl der Hippiegeneration in den späten sechziger Jahren wider.

Votava / Ueberreuter

B 1 – B 16	Die Berliner Mauer
-------------------	---------------------------

B 1	Eine Stadt wird geteilt
------------	--------------------------------

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

September 1961: Fluchtversuch Bernauer Straße dpa

Ab 13. August 1961: Mauerbau

Ullstein

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

August 1962: Maueropfer Peter Fechter dpa

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Kennedy in Berlin (1963) dpa Ullstein

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

11. November 1989: Maueröffnung

B 2 Die Begründung

Beschluss des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. August 1961 (Auszug)

Auf Grund der Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und des Beschlusses der Volkskammer beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik: ... Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist. Es in an den Westberliner Grenzen eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühlarbeit den Weg zu verlegen. Diese Grenzen dürfen von den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nur noch mit besonderer Genehmigung passiert werden ...

Peter Möbius/ Helmut Trotnow (Hg.): Mauern sind nicht für die Ewigkeit gebaut. Zur Geschichte der Berliner Mauer, Berlin (Propyläen) 1990, S. 19.

B 3 Zahlen zur Berliner Mauer

Länge der Demarkationslinie zwischen Ost- und Westberlin	43,1 km
Länge der Demarkationslinie zwischen Westberlin und der DDR	111,9 km
Länge der Betonplattenwand	107,0 km
Länge des Metallgitterzauns	61,3 km
Länge des elektrischen Kontakt- und Signalzauns	127,5 km
Länge des asphaltierten Kontrollgangs entlang der Mauer	124,0 km
Aufwand für den Bau der Mauer (1961)	etwa 100 Mio. DM (West)

(= Jahresproduktion der gesamten DDR-Wohnungsbauwirtschaft)

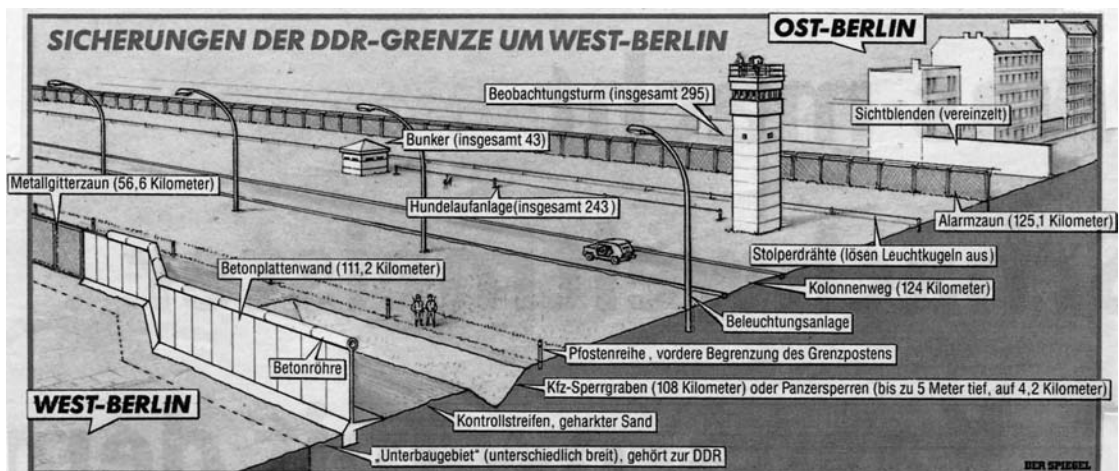
Zahl der an der Berliner Mauer getöteten Flüchtlinge	mindestens 66
Zahl der erfolgreichen Flüchtlinge nach dem Bau der Mauer	etwa 180 000
Zahl der legalen Ausreisen aus der DDR nach Westdeutschland (1961-1989)	etwa 727 000
Zahl der Beobachtungstürme an der Mauer	296
Preisangebot japanischer Firmen im Jahr 1990 für ein 1,20 Meter breites und 3,60 Meter hohes Mauerteil mit einem Gewicht von 2,6 Tonnen	500 000 DM

Nach Guido Knopp: Die eingemauerte Stadt, Recklinghausen (Georg Bittner) 1991, S. 128 und: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Ulbrichts Mauer. Zahlen – Fakten – Daten, Bonn 1962, S. 11.

B 4 Die eingemauerte Stadt



Abbildungen: Der Spiegel vom 11. August 1986, S. 44.



B 5 Flüchtlinge im Jahr 1961

Januar	16.697	Mai	17.791	September	14.821
Februar	13.576	Juni	19.198	Oktober	5.366
März	16.094	Juli	30.415	November	3.412
April	19.803	August	47.433	Dezember	2.420

Gesamt 207.026, davon etwa die Hälfte unter 25 Jahren

Nach Guido Knopp (Hg.): *Die eingemauerte Stadt, Recklinghausen (Georg Bittner) 1991, S. 128.*

B 6 Zur Geschichte der Berliner Mauer

12. September 1944

Londoner Protokoll (Abkommen zwischen Großbritannien, der UdSSR und den USA über den Berliner Vier-Mächte-Status; 14. November 1944: Einbeziehung Frankreichs)

2. August 1945

Potsdamer Abkommen; endgültige Festlegung des Viermächtestatus für Berlin

19. Juni 1948 – 4. Mai 1949 Berlin-Blockade

27. November 1958

Berlin-Ultimatum der UdSSR: Forderung, Westberlin zu einer „entmilitarisierten Freien Stadt“ und einer „selbständigen politischen Einheit“ zu machen

16.-18. Dezember 1958

Ablehnung des Berlin-Ultimatums durch den Nato-Rat

Ende Juni 1961

Formulierung der drei „Essentials“ der amerikanischen Regierung: freier Zugang nach Westberlin, Präsenz von Truppen der Westmächte in Westberlin, Freiheit und Sicherheit der Westberliner Bevölkerung

13. August 1961

Beginn des Mauerbaus in Berlin

17. August 1961

Proteste der Westmächte gegen die Sperrmaßnahmen

19. August 1961

Berlin-Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson

1. Mai 1962

Massendemonstration der Westberliner am Reichstag für die Freiheit der Menschen im anderen Teil der Stadt (über 700 000 Teilnehmer)

22.-28. Oktober 1962

Nach dem gescheiterten Versuch der Sowjetunion, Kuba zu einem Raketenstützpunkt gegen die USA auszubauen, beginnt eine Phase der Entspannung zwischen Washington und Moskau.

5. August 1963

USA, Großbritannien und die Sowjetunion schließen ein Abkommen über den Stopp von Atomtests

26. Juni 1963

Besuch des US-Präsidenten John F. Kennedy in Westberlin („Ich bin ein Berliner“)

18. Dezember 1963 – 5. Januar 1964

Erstes Passierscheinabkommen für Westberliner zum Verwandtenbesuch im Ostteil der Stadt (weitere Abkommen: 1964, 1965 und 1966)

11. Juli 1968

USA, Großbritannien und die Sowjetunion unterzeichnen den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Atomsperrvertrag)

1. November 1969

Zwischen den USA und der UdSSR beginnen Gespräche über die Begrenzung strategischer Rüstungen (Strategic Arms Limitation Talks: SALT).

3. September 1971

Vier-Mächte-Abkommen über Berlin: Bestätigung der Rechte der Westmächte in Westberlin, Garantie der Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin

3. Juni 1972

Einigung zwischen der DDR-Regierung und dem Senat von Berlin über die Besuche von Westberlinern im Ostteil der Stadt

Transitabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR: ungehinderter Zugang zum Westteil der Stadt

2. Juni 1987

Berlin-Besuch des US-Präsidenten Ronald Reagan („Herr Gorbatschow, reißen Sie die Mauer nieder!“)

30. Oktober 1989

Kundgebung vor dem Roten Rathaus in Ostberlin (etwa 200 000 Teilnehmer): Forderung nach Beseitigung der Mauer

9. November 1989

Öffnung der Mauer

B 7

Die amerikanische Sicht

Der amerikanische Präsident John F. Kennedy wies am 25. Juli 1961 in einer Rundfunk- und Fernsehansprache jeden Gedanken daran zurück, die Anwesenheit der Westmächte in West-Berlin zu beenden und nannte die drei „Essentials“, zu deren Verteidigung er selbst den äußersten Einsatz nicht scheue:

- die Anwesenheit der drei Westmächte in West-Berlin,
- ihr ungehindertes Zugangsrecht dorthin und
- die Sicherheit und Freiheit der West-Berliner.

Kennedy ließ keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit aufkommen, aber er signalisierte dem Kreml zugleich mit hinreichender Deutlichkeit, dass er bereit war, sich mit der Sicherung des Status quo in West-Berlin abzufinden, ohne dabei auf die Rechte aller vier Siegermächte in Gesamt-Berlin zu pochen.

J. William Fulbright, ein enger Vertrauter Kennedys, erklärte am 30. Juli 1961 in einem Fernsehinterview: „Ich verstehe nicht, warum die Ostdeutschen ihre Grenze nicht schließen.“ Er sprach damit lediglich aus, was in Washington von vielen gedacht wurde.

Durch den Bau der Mauer am 13. August 1961 wurde keines der drei „Essentials“, die der amerikanische Präsident verkündet hatte, verletzt. Deshalb übte der Westen Zurückhaltung. Seine Reaktion auf den Mauerbau zeigte nicht nur Ohnmacht, sondern auch Erleichterung. In Berlin und in der Bundesrepublik aber führte das Ausbleiben deutlicher Gegenmaßnahmen zu einer tiefen Stimmungskrise. Die Berliner fühlten sich im Stich gelassen.

Nach Adolf Birke: *Nation ohne Haus. Deutschland 1945-1961*, Berlin (Siedler) 1994, S. 479-481.

B 8 Verschiedene Perspektiven

a *Der sowjetische Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow (in einem Gespräch mit dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, Hans Kroll):*

Man kann sich unschwer ausrechnen, wann die ostdeutsche Wirtschaft zusammengebrochen wäre, wenn wir nicht alsbald etwas gegen die Massenflicht unternommen hätten. Es gab nur zwei Arten von Gegenmaßnahmen: die Lufttransportsperre oder die Mauer. Die erstgenannte hätte uns in einen ernstesten Konflikt mit den Vereinigten Staaten gebracht, der möglicherweise zum Krieg geführt hätte. Das konnte und wollte ich nicht riskieren. Also blieb nur die Mauer übrig.

Ich möchte Ihnen auch nicht verhehlen, dass ich es gewesen bin, der letzten Endes den Befehl dazu gegeben hat. Ulbricht hat mich zwar seit längerer Zeit und in den letzten Monaten immer heftiger gedrängt, aber ich möchte mich nicht hinter seinem Rücken verstecken. Er ist viel zu schmal für mich.

b *Der amerikanische Präsident John F. Kennedy (in einem Gespräch mit seinem Berater Walt Rostow im Juli 1961):*

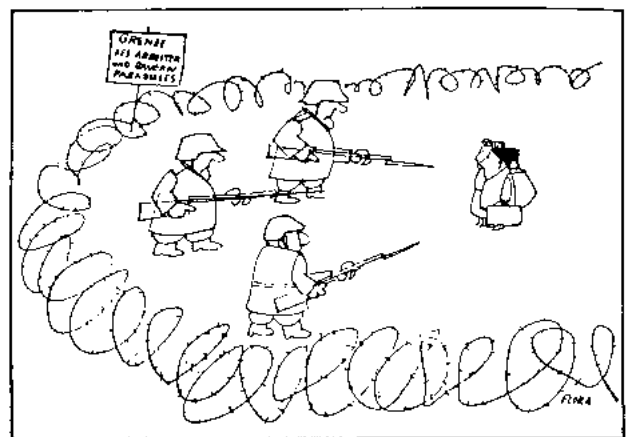
(Chruschtschow) muss etwas tun, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen – vielleicht eine Mauer. Und wir werden das nicht verhindern können. Ich kann die Allianz zusammenhalten, um West-Berlin zu verteidigen. Aber ich kann nichts machen, um Ost-Berlin offenzuhalten.

Zitate a) und b) nach:
Das Parlament vom 23. August 1996, S. 13.



c Bild-Zeitung vom 14. August 1961

B 9 Im Paradies



Zeichnung: Paul Flora

Flugblatt der SED-Bezirksleitung Suhl

„Unsere Geduld ist zu Ende! Der Staat der Arbeiter und Bauern, unsere Deutsche Demokratische Republik schützt vom heutigen Tage an wirksam seine Grenzen gegen den Kriegsherd Westberlin und gegen den Bonner Atomkriegsstaat.“

Zit. nach Horst Pötzsch: *Deutsche Geschichte nach 1945 im Spiegel der Karikatur*, München (Olzog) 1997, S. 109.

B 10 Äußerungen aus der DDR

a *Der Staatsratsvorsitzende und 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, im Juni 1961:*

„Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau, und ihre Arbeitskraft wird voll dafür eingesetzt. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“

Zitiert nach: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1962, S. 34.

b *Kleines politisches Wörterbuch der DDR (Berlin-O 1973, S. 40 f.)*

Antifaschistischer Schutzwall:

Seit dem 13.8.1961 bestehende gesicherte Grenzanlage an der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin. Im Einvernehmen mit den verbündeten sozialistischen Staaten des Warschauer Vertrages und völlig überraschend für den Imperialismus der BRD, seine Spionagezentralen und die Nato übernahmen die bewaffneten Kräfte der DDR die militärische Sicherung der Staatsgrenze zu Westberlin. Durch die stabile Grenzsicherung wurde der Frieden sicherer. Der Ausplünderung der DDR durch den Imperialismus der BRD, wodurch der sozialistischen Gesellschaft der DDR ungeheurer Schaden zugefügt worden war, wurde ein Ende gesetzt. Es wurde besser möglich, die ökonomischen Gesetze des Sozialismus in der DDR umfassend durchzusetzen. Das sozialistische Bewusstsein der Bürger entwickelte sich auf den stabilen Grundlagen der sozialistischen Ordnung weiter. So schufen die Maßnahmen zur Sicherung der DDR neue Möglichkeiten für die weitere wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung der DDR im Rahmen der sozialistischen Staatengemeinschaft.

c *Sonderbriefmarke der DDR zum zehnjährigen Bestehen der Berliner Mauer*



B 11 Die Dreizehn

Was war das für 'ne Lust / am dreizehnten August. / Der Brandt* bekam eins auf den Hut, / ihr glaubt ja nicht, wie gut das tut, / und als er wieder zu sich kam, / fing's ihm zu dämmern an:

[Refrain]

Dem einen bringt die 13 Pech, / dem ander'n bringt sie Glück, / doch was man mal verloren hat, / bekommt man nicht zurück...

Die Grenzen sind jetzt dicht, / das passt so manchem nicht. / Frau Von-und-zu wird nicht mehr froh, / ihr fehlt das Fleisch aus der HO**. / Der Wechselstubenboss hat Not, / denn eins zu vier ist tot.

Dem einen bringt die 13 Pech...

Text und Musik: Kallies (wohl Pseudonym)

* Willy Brandt 1957 bis 1966 Regierender Bürgermeister von Berlin

** Die HOs (Handelsorganisationen) waren die staatlichen Lebensmittelgeschäfte.

Harald Mager/Friederike Terpitz (Red.): *Geschichte in Liedern – Deutschland im 20. Jahrhundert*, Heidelberg (Raabe) 1997, S. 41

B 12 Erste Passierscheinregelung

Auszug aus dem Protokoll über eine zeitweilige Regelung für den Verwandtenbesuch von Westberlinern in Ostberlin vom 17. Dezember 1963

1. In der Zeit vom 19. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964 können Einwohner von Berlin (West) mit einem Passierschein ihre Verwandten in Berlin (Ost) in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik besuchen.
2. Als Verwandtenbesuch gilt der Besuch von Eltern, Kindern, Großeltern, Enkeln, Geschwistern, Tanten und Onkeln, Nichten und Neffen sowie der Ehepartner dieses Personenkreises und der Besuch von Ehegatten untereinander.
3. Staatssekretär Wendt (DDR) erklärt, Voraussetzung für die Genehmigung von Besuchsanträgen sei, dass der Antragsteller nicht gegen die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik verstoßen hat. (D.h. z.B., dass der Antragsteller nicht aus der DDR geflohen ist. – Red.)

Peter Möbius/ Helmut Trotnow (Hg.): *Mauern sind nicht für ewig gebaut. Zur Geschichte der Berliner Mauer*, Berlin (Propyläen) 1990, S. 46.

B 13 Bewertungen einer Zäsur

a *Rudolf Morsey*: Mit dem 13. August 1961 war jedes nationalstaatliche Wiedervereinigungskonzept gescheitert, aber auch Chruschtschows Ziel, die Westmächte aus Berlin zu verdrängen. Für viele ... Deutsche hat der spektakuläre Mauerbau der DDR noch vorhandene Illusionen zerstört, die darin bestanden, die Sowjetunion nach erfolgter Westintegration der Bundesrepublik durch eine gemeinsame westliche „Politik der (nichtmilitärischen) Stärke“

dazu bewegen zu können, der Bevölkerung in der DDR politisches Selbstbestimmungsrecht einzuräumen.

Die Bundesrepublik Deutschland (Oldenbourg) 1987, S. 61.

D *Gerwin Zohlen:* Es gibt wohl kaum ein politisches Datum und ein ihm zugehöriges Bauwerk, das tiefer in Selbstverständnis und Selbstbegründung der bundesrepublikanischen wie der DDR-Gesellschaft eingegriffen hätte, als der Mauerbau 1961. Die Mauer manifestierte und zementierte die deutsche Teilung und das deutsche Problem in der internationalen Politik. Sie symbolisierte den Kalten Krieg.

Berliner Zeitung vom 5. November 1996, S. 28.

C *Peter Bender:* Tatsächlich hat die Mauer den Staat der SED etwa zwei Jahrzehnte konsolidiert. Bevor sie stand, konnte jeder, dem es in der DDR unerträglich wurde, über Berlin entweichen; da es noch ein Schlupfloch in die äußere Freiheit gab, war die innere Freiheit leichter zu bewahren. Nach dem 13. August wurde die Lage buchstäblich ausweglos, die Regierung hatte unbeschränkte Macht über das Volk. Seitdem musste sich jeder darauf einstellen, sein gesamtes Leben in der DDR zuzubringen. Alle Ansprüche, die er hatte, alle Pläne, die er machte, alle Hoffnungen, die er hegte, konnten nur Wirklichkeit werden unter den Bedingungen der kommunistischen DDR.

Die zweite Gründung der DDR: Der Mauerbau; in: Eckhart Conzel/ Gabriele Metzler (Hg.): Deutschland nach 1945, München (Beck) 1997, S. 93.

B 14 Folgen für die Ostpolitik

Die Einsicht in die begrenzte Tragweite der westlichen Garantien und in die Sonderstellung Berlins wurde zum politischen Wendepunkt für Willy Brandt und seine Berater. Von hier führt ein direkter Weg zur späteren Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Schon am 5. September 1961 deutete Brandt im Berliner Abgeordnetenhaus an, es gehe darum, unrealistische und unhaltbare Rechtspositionen des Westens in Berlin abzubauen. Zugleich ließ er die Bereitschaft erkennen, mit dem Osten über technische Kontakte zu sprechen, um das Los der Menschen in der geteilten Stadt zu erleichtern... Zwei Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer entwickelte sein Vertrauter Egon Bahr ... in Tutzing am 15. Juli 1963 zum ersten Mal öffentlich die Grundrisse einer Politik des „Wandels durch Annäherung“.

Adolf Birke: Nation ohne Haus. Deutschland 1945-1961, Berlin (Siedler) 1974, S. 482 und 485.

B 15 Eine neue Tagesordnung

Abgesehen von ihren mörderischen und entmutigenden Auswirkungen schaffte die Mauer Klarheit.

Ihr Bau stellte einen einseitigen Bruch des Berlin-Status dar, den die Westalliierten nicht hatten verhindern können, es sei denn um den möglichen Preis eines Krieges. Die Kuba-Krise von 1962, bei der die Welt am Rand des Nuklearkrieges gestanden hatte, hatte die Situation noch klarer gemacht: Der Preis des Friedens war die Unantastbarkeit der beiderseitigen Machtsphären.

Entspannung statt Konfrontation stand jetzt auf der Tagesordnung der Weltmächte. Die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Anspruch auf Wiedervereinigung und auf Alleinvertretung für alle Deutschen, bisher treuester Bundesgenosse der USA gegenüber der Sowjetunion, stand jetzt zunehmend als Hindernis für den Ausgleich der großen Mächte da.

Die Hallstein-Doktrin, mit der die Bundesrepublik jedes Land, das Diplomaten nach Ost-Berlin schickte, mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen bestrafte, erwies sich jetzt als Sackgasse: Namentlich in der arabischen Welt, die sich von der Unterstützung durch die Sowjetunion zeitweise mehr versprach als von Geschenken aus Bonn, wuchs die Neigung, die DDR anzuerkennen und den Bruch mit der Bundesrepublik Deutschland in Kauf zu nehmen.

Hagen Schulze: Kleine deutsche Geschichte, München (Beck) 1996, S. 250.

B 16 Kinderworte von 1996

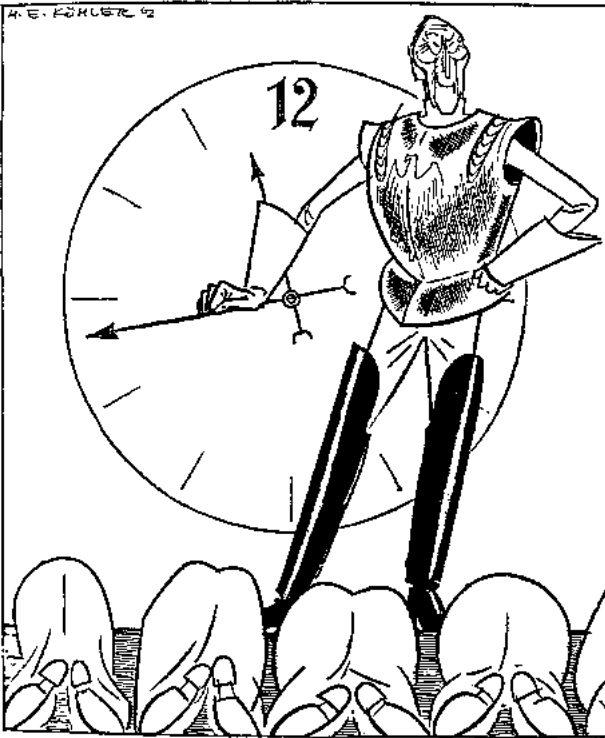
Schulanfänger des Jahres 1996 erklären, wozu man die Mauer brauchte. (Als sie zur Welt kamen, war die Mauer gerade gefallen, und die DDR existierte nur noch wenige Monate. Sie sind der letzte Jahrgang, in deren Geburtsurkunde als Geburtsland „Deutsche Demokratische Republik“ steht.)

- „Meine Mama hat mir erzählt, dass früher hier so 'ne Mauer war, da konnte keiner wegfahren. Da mussten die Leute immer zu Hause bleiben. Da war nämlich Krieg.“
- „Da durfte man auch gar nicht rüber. Wenn da ein Kind rübergeklettert wäre, wäre es in ein Kinderheim gekommen.“
- „Oder ins Gefängnis. Da wär' die Polizei gekommen.“
- „Die Leute durften sich nicht besuchen, und ich konnte nicht zu meiner Oma Helga. Die Leute durften nur winken.“
- „Ich glaub, die konnten nicht mal winken.“
- „Auf der einen Seite von der Mauer hatten sie schöne Sachen und auf der anderen nicht so schöne.“
- „Irgendwann hat dann einer gesagt, jetzt muss eigentlich die Mauer mal weg sein, weil wir wollen ja auch mal wegfahren, und dann haben sie die Mauer abgerissen.“

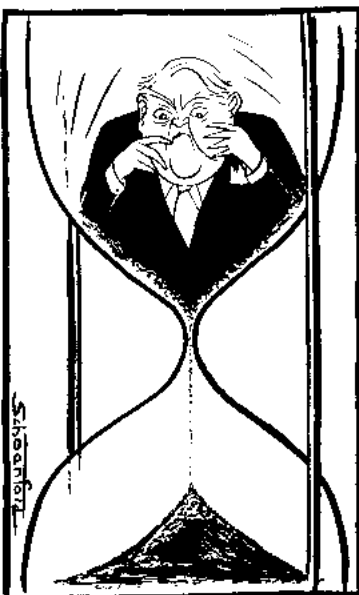
Die Zeit vom 4. Oktober 1996, S. 64.

<h1>C 1 – C 16</h1>	<h1>Zwischen Adenauer und Brandt</h1>
---------------------	---------------------------------------

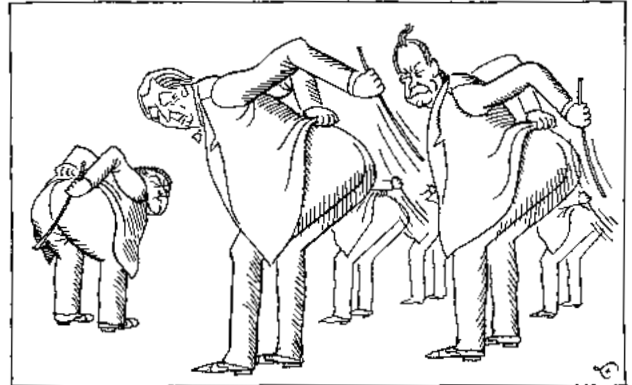
C 1 Karikaturen eines Jahrzehnts



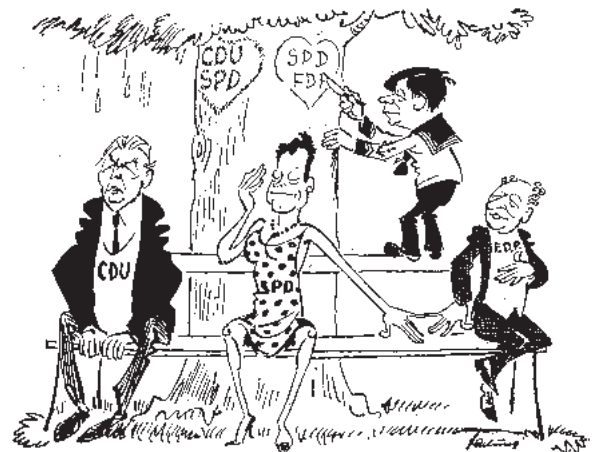
„Zurücktreten? Wann Mitternacht ist, bestimme ich!“
 Zeichnung: H.E. Köhler, 1962



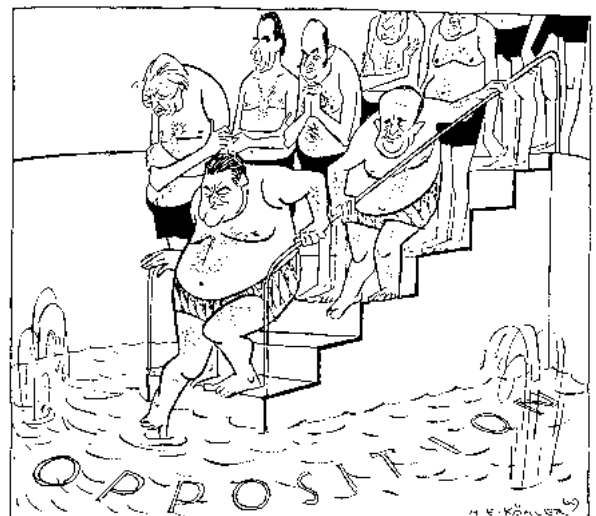
Ludwig Erhard – als Kanzler ohne Fortune
 Zeichnung: Karl-Heinz Schoenfeld, 1966



Opposition in der Großen Koalition
 Zeichnung: Ernst Maria Lang, 1966



Zarte Fühler Zeichnung: Wilhelm Hartung, 1969



Ein ungewohntes Bad Zeichnung: H.E. Köhler, 1969

C 4 Ergebnisse der Wahlen zum Deutschen Bundestag 1957-1972

	15. Sept. 1957 % Mandate	17. Sept. 1961 % Mandate	19. Sept. 1965 % Mandate	28. Sept. 1969 % Mandate	19. Nov. 1972 % Mandate
CDU/CSU	50,2 270	45,3 242	47,6 245	46,1 242	44,9 225
SPD	31,8 169	36,2 190	39,3 202	42,7 224	45,8 230
FDP	7,7 41	12,8 67	9,5 49	5,8 30	8,4 41
Sonstige	10,3 –	5,7 –	3,6 –	5,4 ¹⁾ –	0,9 –
Wahlbeteiligung	87,8	87,7	86,8	86,7	91,1
Regierung:	CDU/CSU	CDU/CSU und FDP	CDU/CSU und FDP; ab 1.12.1966: CDU/CSU und SPD (Große Koalition)	SPD und FDP	SPD und FDP
Kanzler:	Konrad Adenauer	Konrad Adenauer, ab 1963: Ludwig Erhard	Ludwig Erhard; ab 1.12.1966: Kurt Georg Kiesinger	Willy Brandt ¹⁾ darunter: NPD 4,3%	Willy Brandt

Nach: Statistisches Bundesamt (Hg.): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Sonderheft 40 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1989, S. 6-13.*

C 5 Dramatische Tage im Herbst 1966

26. Oktober

Zustimmung der FDP zu einer Kompromisslösung bei der Sanierung des Bundeshaushaltes

27. Oktober

Rücktritt der FDP-Bundesminister wegen notwendig werdender Steuererhöhungen; Ende der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP

28. Oktober

Loyalitätserklärung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Barzel, für Bundeskanzler Ludwig Erhard

2. November

Erklärung Ludwig Erhards zum Verzicht auf das Amt des Bundeskanzlers

6. November

Wahlerfolg der NPD bei den Landtagswahlen in Hessen (7,9 %; 8 Mandate)

7. November

Aufforderung der SPD- und der FDP-Bundestagsfraktion an Ludwig Erhard, die Vertrauensfrage zu stellen

8. November

Vorlage des SPD-Papiers „Aufgaben einer neuen Bundesregierung“ (im Falle einer SPD-Beteiligung)

10. November

Abstimmung in der CDU/CSU-Fraktion über einen neuen Kanzlerkandidaten:

Entscheidung für den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Kurt Georg Kiesinger

15. November

erste gemeinsame Sitzung der Verhandlungskommissionen der CDU/CSU und der SPD über die Bildung einer Großen Koalition

20. November

Wiedererlangung der absoluten Mehrheit der CSU bei den bayerischen Landtagswahlen; Einzug der NPD in den Landtag von Bayern (7,4%; 15 Abgeordnete)

24. November

entscheidender Durchbruch bei den Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD

25. November

offizielles Angebot des FDP-Vorsitzenden Erich Mende zur Bildung einer Koalition aus SPD und FDP

26. November

Erklärung der Verhandlungskommissionen von CDU/CSU und SPD über die Bildung einer Großen Koalition

28. November

Zustimmung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Bildung der Großen Koalition

30. November

formelles Rücktrittsgesuch des Bundeskanzlers Ludwig Erhard; Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion zur Bildung einer Großen Koalition; massive Kritik des Schriftstellers Günter Grass an „dieser miesen Ehe“ (im „Vorwärts“ vom 30.11.1966)

1. Dezember

Wahl Kurt Georg Kiesingers zum Bundeskanzler

8. Dezember

konstruktives Misstrauensvotum im Landtag von Nordrhein-Westfalen: Abwahl des bisherigen Ministerpräsidenten Meyers (CDU); Wahl von Heinz Kühn (SPD) und Bildung einer Koalitionsregierung aus SPD und FDP in Nordrhein-Westfalen

13. Dezember

Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger für die Große Koalition.

16. Dezember

Bildung einer Großen Koalition in Baden-Württemberg (Ministerpräsident: Hans Filbinger, CDU)

Nach Reinhard Schmoeckel/ Bruno Kaiser: *Die vergessene Regierung, Bonn (Bouvier) 1991; und: Taschenbuch Baden-Württemberg, Ausgabe 1999*

C 6 Voraussetzungen für die Große Koalition

Allen Politikern aus CDU/CSU und SPD, die sich im November 1966 in Verhandlungen über eine Koalition dieser Parteien im Bundestag verständigten, war völlig klar, dass dieser Zustand nur eine vorübergehende, zeitlich begrenzte Ausnahme im politischen Leben unseres Staates sein dürfte.

Auf der anderen Seite war die zweite Hälfte der sechziger Jahre eine Zeit, wo sich unter Politikern und auch bei der großen Mehrzahl der Wähler die Überzeugung Bahn gebrochen hatte, dass alle drei damaligen Parteien in der Bundesrepublik miteinander koalitionsfähig seien. Keiner der drei Parteien erschien grundsätzlich eine Regierungsbeteiligung einer der beiden anderen als der „Untergang Deutschlands“. Eine Teilung der Regierungsverantwortung mit einer der beiden anderen Parteien war nicht mehr mit einem Tabu belegt. Keine unüberwindlichen weltanschaulichen Gräben trennten die Parteien mehr voneinander, wie noch in den ersten Jahren der Bundesrepublik. Gerade die beiden großen Parteien waren im Bestreben, „Volkspartei“ zu werden und praktisch für alle Schichten der deutschen Bevölkerung wählbar zu sein, einander ähnlicher geworden. Ihr Umgang miteinander hatte sich längst entkrampft. Insofern erscheint die Zeit der Großen Koalition, rückblickend betrachtet, zugleich als eine Epoche demokratischer Normalität im Verhältnis der politischen Parteien untereinander.

Reinhard Schmoeckel/ Bruno Kaiser: Die vergessene Regierung, Bonn (Bouvier) 1991, S. 15.

C 7 Günter Grass über die Große Koalition

Brief an Willy Brandt, abgedruckt im Vorwärts vom 30. November 1966

Diese Entscheidung wird mich und viele meiner Freunde gegen ihren und meinen Willen in die linke Ecke drängen und zum bloßen, obendrein politisch machtlosen Widerpart der NPD degradieren. Wie sollen wir weiterhin die SPD als Alternative verteidigen, wenn das Profil eines Willy Brandt im Proporz-Einerlei der Großen Koalition nicht mehr zu erkennen sein wird?... Der unheilbare Streit der CDU/CSU wird auf die SPD übergreifen. Ihre Vorstellung vom „anderen Deutschland“ wird einer lähmenden Resignation Platz machen, die große und tragische Geschichte der SPD wird für Jahrzehnte ins Ungefähre münden. Die allgemeine Anpassung wird endgültig das Verhalten von Staat und Gesellschaft bestimmen. Die Jugend unseres Landes jedoch wird sich vom Staat und seiner Verfassung abkehren, sie wird sich nach Links und Rechts verrennen, sobald diese miese Ehe beschlossen sein wird.

C 8 Leistung und Grenzen

Unbestreitbar ist, dass dieses Bündnis viel bewegte und einen Modernisierungsschub in Gang setzte. Seine gesetzgeberische Gesamtbilanz fiel erstaunlich gut aus: 436 Gesetze wurden verabschiedet. Der Sachzwang, dem sich die ungleichen Partner ausgesetzt sahen, gab nur wirklichkeitsnahen Vorhaben eine Chance. So lag das Schwergewicht der Reformvorhaben auf der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Rechtspolitik. Vor allem die von Karl Schiller so benannte „Konzertierte Aktion“, das Stabilitätsgesetz und die Konjunkturprogramme führten zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft. Die von Minister Katzer verantwortete Sozialpolitik setzte den Ausbau des sozialen Netzes fort; der Kündigungsschutz wurde verbessert, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf die Arbeiter ausgedehnt...

Ein wesentlicher Punkt war auch die Neuverteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Zugleich trieben CDU und SPD mit aller Macht die Notstandsgesetze voran, die sie als staatstragend verstanden – und wunderten sich zugleich über das Anwachsen einer außerparlamentarischen Opposition, die in diesen Gesetzen den ersten Schritt auf dem Weg zu einem autoritären Staat zu erkennen meinte...

Mit wachsendem Abstand wird die Arbeit des Bündnisses der beiden Volksparteien zunehmend kritischer beurteilt. Anhänger des Mehrheitswahlrechts werfen der Großen Koalition vor, sie habe es versäumt, ein „mehrheitsbildendes Wahlrecht“ zu installieren ... Sehr kritisch werden inzwischen auch die Änderungen im Bund-Länder-Verhältnis gesehen. Vor allem das Steuerwesen, die Entwicklung hin zu „Gemeinschaftssteuern“ habe zur Unübersichtlichkeit geführt. Dies schwäche, so heißt es heute, die Reformfähigkeit der Republik und müsse deshalb geändert werden. Möglicherweise wiederum von einer Großen Koalition?

Werner Birkenmaier; in: Stuttgarter Zeitung vom 14. April 1998, S. 2.

C 9 Bilanz der Gesetzgebung

Eine Auswahl der verabschiedeten Gesetze

1967 Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft („Stabilitätsgesetz“)

Verpflichtung aller staatlichen Organe auf die gesamtwirtschaftlichen Hauptziele: Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Außenhandelsgleichgewicht und angemessenes Wirtschaftswachstum

1967 Parteiengesetz

Regelung des Status, der Struktur und der Aufgaben politischer Parteien

1968 Kohlegesetz

Maßnahmen zur Anpassung des deutschen Steinkohlebergbaus durch Förderung der Unternehmenskonzentration und der Rationalisierung sowie neue Investitionen in Bergbaugebieten

1968 Notstandsverfassung

(vgl. C 11 – C 13)

1969 Finanzverfassungsreform

Regelung der Aufteilung der Steuern zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und Regelung der

Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern

1969 Arbeitsförderungsgesetz

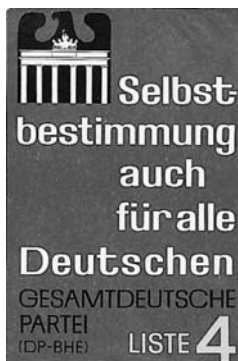
Neuordnung der Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit: Verbesserung der Berufsberatung, berufliche Bildung und Fortbildung sowie Umschulung

1969 Strafrechtsreform

Betonung des Strafziels Resozialisierung; Vereinheitlichung der Freiheitsstrafen, Abschaffung des Zuchthauses

C 10 Wahlplakate der sechziger Jahre

Bundestagswahlkampf 1961



Bundestagswahlkampf 1969



Abbildungen nach:

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Personen – Parolen – Plakate, Bonn o.J.

Reiner Diederich/ Richard Grübling: Stark für die Freiheit. Die Bundesrepublik im Plakat, Hamburg (Rasch und Röhring) 1989

Wolfgang Schepers (Hg.): '68, Design und Alltagskultur zwischen Konsum und Konflikt, Köln (DuMont) 1997



C 11 Notstandsgesetzgebung

Eine Definition. Notstandsgesetzgebung bezeichnet die 1968 erfolgte Regelung des Staatsnotstandes in der BR Deutschland, die bis dahin den westlichen Besatzungsmächten überlassen geblieben war. Die Notstandsgesetzgebung führte zu einer Änderung des Grundgesetzes (Notstandsverfassung) und zur Verabschiedung mehrerer einfacher Notstandsgesetze. Neu geregelt wurden:

1. der Verteidigungsfall, d.h. der Fall eines Angriffs von außen auf die BR Deutschland mit Waffengewalt (Art. 115a ff. GG);
2. der innere Notstand, d.h. die Gefährdung des Bestandes der BR Deutschland oder eines ihrer Länder oder der freiheitlichen demokratischen Grundordnung von innen her;
3. der Katastrophenfall durch Naturkatastrophen oder (z.B. atomare) Unglücksfälle (Art. 91 und 35 GG).

Bei der Notstandsgesetzgebung geht es neben dem Einsatz von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr vor allem um die Konzentrierung staatlicher Macht bei der Bundesregierung. In bestimmtem Umfang dürfen Notstandsmaßnahmen mit Genehmigung des Bundestages schon vor Eintritt des Verteidigungsfalles angeordnet werden (sog. „Spannungsfall“, Art. 80a GG)...

Die Regelung des Notstandes im Grundgesetz ist sehr ausführlich und bemüht, rechtsstaatlichen Erfordernissen gerecht zu werden. So bleibt der gerichtliche Schutz des Bürgers gegen Übergriffe der Staatsgewalt auch im Notstandsfall grundsätzlich gewahrt.

Hede Prehl u.a.: Schüler-Duden. Politik und Gesellschaft, Mannheim (Dudenverlag) 1979, S. 274 f.

C 12 Plakat der Gegner

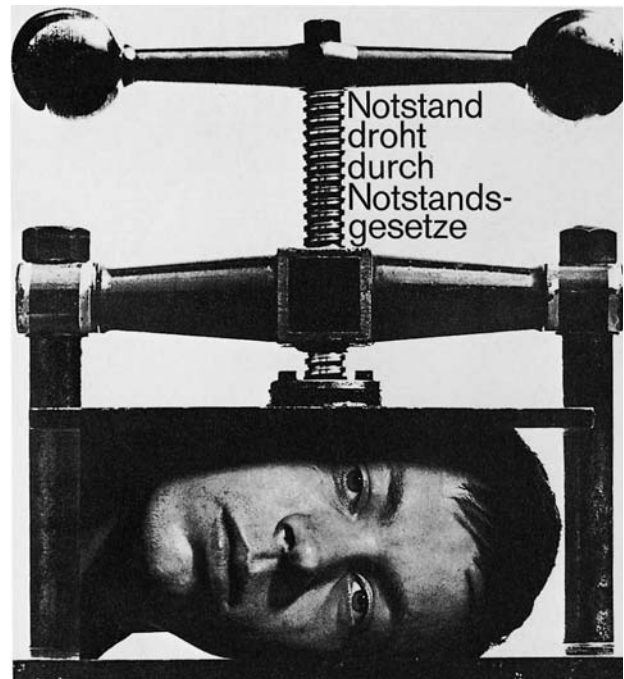
NOTVERORDNUNGEN

haben Hitler den Weg bereitet.

Bei Gründung der Bundesrepublik sollte diese Möglichkeit durch die Verfassung ein für allemal ausgeschlossen werden. Deshalb gibt es im Grundgesetz keine Diktaturvollmachten. Dennoch hat das Grundgesetz fast zwanzig Jahre, die nicht immer leicht waren, vollkommen ausgereicht – schon weit länger als die Verfassung von Weimar.

Jetzt fordert die Regierung wieder
NOTSTANDSGESETZE

Schon in Friedenszeiten soll es eine Arbeitsdienstpflicht geben. Die Arbeitnehmer sollen unter dem Kommando der Unternehmer in Werkschutzeinheiten organisiert werden. Unter der Aufsicht von Blockwarten sollen Luftschutzkeller, Luftschutz-



geräte und Kriegsvorräte angelegt und in Luftschutzübungen ausprobiert werden.

Die Macht der Exekutive wird übergroß. Schon ihre Behauptung, es drohe dem Land ein Angriff, kann zur Ausschaltung des Parlaments führen. Nur ein kleiner Ausschuss von Abgeordneten soll in die Geheimnisse der Regierung eingeweiht und zur Mitarbeit an ihren Beschlüssen herangezogen werden. Das ist nicht mehr Kontrolle durch das Volk, das ist keine Demokratie mehr. Immer, wenn des Volkes Rechte eingeschränkt wurden, rückten Krieg und Diktatur näher. Passt diesmal auf!

**NOTSTANDSGESETZE bedeuten
NOTSTAND DER DEMOKRATIE!**

Seid wachsam! Informiert Euch! Protestiert!

Macht von Euren demokratischen Bürgerrechten Gebrauch!

Plakatentwurf: Eberhard Marhold; Fotografie: Horst Eigen Kuratorium „Notstand der Demokratie“, 1967

C 13 Ein Plädoyer für die Notstandsverfassung

Das 1949 verabschiedete Grundgesetz hatte nur höchst unzulängliche Bestimmungen für außerordentliche Notstände des Staates, das heißt für Kriegszeiten, ungewöhnlich schwere Naturkatastrophen oder innere Unruhen getroffen. Versuche, dies zu beheben, waren aus politischen Gründen in

früheren Bundestagen gescheitert. Erst die Große Koalition schaffte es, auch diese ... Vorsorgebestimmungen zu formulieren und mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit (384 gegen 100 Stimmen) zu beschließen....

Wenn man manchen Polemiken engagierter Gegner dieses Vorhabens glaubte, war damit die Demokratie in Deutschland in äußerster Gefahr... Die Argumente waren im allgemeinen nur von wenig Sachkenntnis unterstützt. Die Politiker sahen die Dinge weitaus sachlicher und erkannten, dass im Verteidigungsfall ... einige Grundrechte nicht völlig ohne Einschränkung würden weitergelten können...

Viel weniger beachtet wurde, dass im Zusammenhang mit dieser Änderung des Grundgesetzes auf Wunsch der SPD auch ein sehr wichtiger Absatz neu eingefügt wurde, der die Wahrung der demokratischen Rechte des deutschen Volkes sogar verstärkte: Dem Artikel 20 des Grundgesetzes wurde ein Absatz 4 angefügt: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Reinhard Schmoeckel/Bruno Kaiser: Die vergessene Regierung. Die Große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn (Bouvier) 1991, S. 270 f.

C 14

Aufstieg und Niedergang der NPD

Am 28. November 1964 wurde in Hannover die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) gegründet...(Aber) erst der 3. Parteitag der NPD in Hannover verabschiedete 1967 ein offizielles Programm, das sich nationalkonservativ gab. Nationale Forderungen wie Ablehnung der „Kollektivschuld-lüge“, Wiederherstellung der deutschen Einheit, Kampf gegen Kommunismus und „Amerikanismus“ wurden verbunden mit Angriffen auf den „Monopolanspruch“ der „Bonner Parteien“ und ihre „Verzichtspolitik“.

Innen- und wirtschaftspolitische Programmpunkte wie Stärkung der Staatsmacht und der öffentlichen und privaten Moral, Abwehr der „Vermassung“, Schutz des Mittelstandes in einer „gegliederten Volkswirtschaft“, besondere Förderung der „Ernährungswirtschaft“ und die natürliche Bindung an Volk und Vaterland, Familie und Heimat als Grundlage aller Erziehung ließen erkennen, dass sich die NPD-Propaganda vor allem an den selbständigen Mittelstand richtete, eine soziale Gruppe, die sich von Großunternehmen und Unternehmerverbänden einerseits, von der organisierten Arbeiterschaft andererseits bedroht fühlte...

(Die wirtschaftliche Rezession) erzeugte ein Gefühl wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit, eine Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder der

selbständigen Existenz und aktivierte ein im deutschen Kleinbürgertum traditionelles und verbreitetes Mißtrauen gegen Parteien und „Parteihader“, gegen Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Gastarbeiter und demonstrierende Studenten... Die Bildung der Großen Koalition, die nur die kleine FDP als parlamentarische Opposition übrig ließ, begünstigte nicht nur die „Außenparlamentarische Opposition“ (APO) von links, sondern auch die NPD, die zur rechten Protestpartei aufstieg... Die Stimmengewinne der NPD (gingen) rapide zurück, als der wirtschaftliche Aufschwung wieder einsetzte.

Peter Borowsky: Deutschland 1963-1969, Oldenbourg (Fackelträger) 1983, S. 38-41.

C 15 Stimmenanteile der NPD

Landtagswahlen	NPD
Rheinland-Pfalz (23.4.1967)	6,9%
Schleswig-Holstein (23.4.1967)	5,8%
Niedersachsen (4.6.1967)	7,0%
Bremen (1.10.1967)	8,8%
Baden-Württemberg (28.4.1968)	9,8%

C 16 Machtwechsel 1969

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Verteidigung Willy Brandts (SPD) zum Bundeskanzler (1969)

Aus der Regierungserklärung Brandts:

„Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“

Bild: Ullstein

Vgl. dazu Adenauers Motto von 1957: „Keine Experimente“

D 1 – D 18

Die Studentenrevolte

D 1 Provokationen und Demonstrationen

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Die Störung der Hamburger Rektoratsfeier am 9. November
1967 *dpa*

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Berlin 1968: Demonstration gegen den Vietnam-Krieg: Stu-
denten tragen Plakate mit Porträts von Ho Chi Minh, Lenin
und Rosa Luxemburg *Ullstein*

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Rudi Dutschke bei
einer Demonstration in
Berlin (1967)

Ullstein

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

11.4.1968:
Demonstration in
Hamburg nach
dem Attentat auf
Rudi Dutschke

Ullstein

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Mai 1967: Staatsempfang für den Schah von Persien, Reza
Pahlawi bei Bundespräsident Heinrich Lübke *dpa*

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Ostern 1968: In den Zeitungen „Bild“ und „Die Welt“ Rudi
Dutschke vom „Volksfeind Nr. 1“ erklärt. Nach dem Attentat
auf Rudi Dutschke versuchten Demonstranten mit Gewalt,
die Auslieferung von „Bild“ zu blockieren. *Ullstein*

D 2 Parolen der 68er*Transparente und Sprechchöre*

„Willst du Krieg im Frieden führen, musst den Notstand du probieren“

„Keine Mark und keinen Mann für den Krieg in Vietnam“

„Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam“

„High sein, frei sein – ein bisschen Terror muss dabei sein“

„Schluss mit der Bombardierung Vietnams“

„Kapitalismus führt zum Faschismus – Kapitalismus muss weg“

„Schlagt die Germanistik tot, macht die blaue Blume rot“

„Bürger lasst das Gaffen sein, kommt herunter, reih euch ein!“

„Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment“

„Kuba, Kongo, Vietnam – die Blutspur der US ist lang“

„Phantasie an die Macht!“

„Macht kaputt, was euch kaputtmacht“

„Keinen Pfennig für den schmutzigen Krieg“

„Make Love not War“

„Oma, lüfte deinen Arsch, reih dich ein in unsern Marsch!“

„Schmeißt auf Bürokraten Eierhandgranaten“

„Gegen Aktionäre helfen nur Gewehre“

„Haut dem Springer auf die Finger“

„Brecht dem Schütz* die Gräten, alle Macht den Räten“

* Klaus Schütz war Regierender Bürgermeister von Berlin

D 3 Happenings

Die gesellschaftliche Provokation zielte darauf, Normen, Regulierungen, Attitüden, Tabus, Stereotypen „besinnungslos“ gewordener etablierter Ordnungen in Denken und Handeln aufzubrechen, um auf diese Weise den Boden für die internationale Aktion vorzubereiten.

Der Einsatz der Phantasie als Waffe im politischen Kampf war vielleicht der positivste Aspekt der neuen radikalen Aufbruchstimmung. Die Repräsentanten der Studentenbewegung haben clever und einfallsreich nach immer neuen Formen und Methoden gesucht, um das Establishment bloßzustellen – nicht zuletzt, um den Beteiligten auch ein bisschen Spaß auf ihrem mühsamen Weg zu einer anderen Republik zu machen. Unter dem Einfluss des zunächst im Bereich der Kunst entwickelten Happenings entwickelte sich ein umfangreiches Repertoire von Protestformen:

- Teach-ins
- Love-ins
- Sit-ins
- Smoke-ins.

Nach Kurt Sontheimer: Zeitenwende? Die Bundesrepublik Deutschland zwischen alter und alternativer Politik, Hamburg (Hoffmann und Campe) 1983, S. 75 und Hermann Glaser: Deutsche Kultur 1945-2000, Darmstadt (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 1997, S. 319.

D 4 Forderungen der Studentenbewegung

- Verbesserung der Situation an den Hochschulen (Ausstattung, mehr Dozenten, Reform der Inhalte)
- Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler bei allen die Schule betreffenden Entscheidungen
- Selbstbestimmung der Menschen (Leben nach den eigenen Interessen und Bedürfnissen)
- Vollbeschäftigung, Arbeitszeitverkürzungen und „gerechter“ Lohn
- Auflösung der Einzelfamilie, Herstellung von Familienverbänden (später: Kommunen)
- intensiver und kritischer Dialog zwischen der Regierung und den „Massen des Volkes“
- Schaffung eines neuen – sozialistischen – Bewußtseins
- demokratische Kontrolle der Presse, Überführung der Verlage in öffentliches Eigentum (insbesondere: Auflösung des Springer-Konzerns)
- Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft
- Herrschaft der Produzenten (Arbeiter) über die Produkte
- Fundamentaldemokratisierung der Gesellschaft (Basisdemokratie)

- Abschaffung des bestehenden parlamentarischen Systems
- Möglichkeit der jederzeitigen Abwahl der Repräsentanten durch das Volk
- Selbstbestimmungsrecht für alle Länder
- Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt
- sofortiger Abzug der USA aus Vietnam

D 5 Standpunkte zur APO

a *Arnulf Baring*: Die krasse Emotionalität der Masse der Mitglieder der Studentenbewegung ging so weit, dass man sich fragen musste, ob die Bewegung wegen ihrer Einseitigkeit nicht eigentlich unpolitisch, vopolitisch sei.

Machtwechsel, Stuttgart (Deutsche Verlagsanstalt) 1982, S. 85.

b *Karl Dietrich Bracher*: Die neuerliche Verunsicherung des politischen Denkens, die im Laufe der sechziger Jahre zu einer Welle der Re-Ideologisierung führte, kam nicht nur von außen, sie war eine Identitätskrise, die nicht zuletzt mit dem Generationswechsel zusammenhing, und sie wandte sich vor allem gegen den konservativ-rationalen Charakter der westlichen Wiederaufbau-Gesellschaft.

Zeit der Ideologien, Stuttgart (Deutsche Verlagsanstalt) 1982, S. 292.

c *Reinhard Schmoeckel/Bruno Kaiser*: Die „Außerparlamentarische Opposition“ ... war keine demokratische Opposition im Sinne des Grundgesetzes..., sondern sie war von Anfang an und vom Grundsatz her eine Opposition gegen das gesamte Parlament, gegen die parlamentarische Demokratie überhaupt. Das Ziel war nicht eine andere Regierung, sondern die Abschaffung des Staates schlechthin.

Die vergessene Regierung, Bonn (Bouvier) 1991, S. 249 f.

d *Peter Borowsky*: Die Versäumnisse im Bereich des Bildungs- und Erziehungswesens wurden von der APO als Zeichen für den mangelnden Willen und die allgemeine Unfähigkeit des „Establishments“ zur Reform gewertet. Da von den Parteien und Parlamenten keine Anstöße zur Reform zu erwarten waren, mussten diese von außerhalb der Parlamente gegeben werden.

Deutschland 1963-1969, Hannover (Fackelträger) 1983, S. 87.

e *Ingrid Karsunke/Markus Michel*: Es war ein gewaltiger Traum, aber nur ein kurzer Rausch.

Bewegung in der Republik 1965-1984, Berlin 1985, S. 120.

f *Volkhard Brandes*: 1968 – Ein Jahr ist zum Mythos geworden. Von manchen verklärt, von anderen mit Schrecken erinnert.

Wie der Stein ins Rollen kam, Frankfurt/M. (Brandes und Apffel) 1988 (Verlagsankündigung)

D 6

Voraussetzung

„Wenn ihr Marx nicht mal gelesen habt, kann ich mit euch auch nicht diskutieren.“

Zeichnung:
Kurt Halbritter



D 7 Ein Kultbuch

Aus dem Roman von Bernward Vesper: Die Reise

„Ich werde ein Buch schreiben“, sagte ich zu Burton. „The title of the book will be hate.“ Ich hasse Dubrovnik. Ich hasse Deutschland. Ich hasse dieses herumrollende Gemüse. Ich hasse Autos. Ich hasse Straßen. Ich hasse Berlin. Ich hasse Kinder. Ich hasse meinen Vater. Ich hasse alle, die mich zur Sau gemacht haben. Ich hasse meine Lehrer und so weiter. 150-200 Seiten. Und irgendwo, um der Dialektik Genüge zu tun, ich liebe mich – aber das sollte ja erst herausgefunden werden, oder ob es günstiger war, sich nach dieser Geschichte aufzuhängen? Ich merkte, dass dies eine gute literarische Geschichte war, an deren Ende die Szene auf der nächtlichen Straße, als der Mond über dem Golf stand und ein „allen unbegreiflicher, tragischer Selbstmord“ sich sehr gut machen würde.

Die Reise. Romanessay, Jossa (März-Verlag) 1977, S. 10.

© März, 86925 Fuchstal

D 8 Der 2. Juni 1967

*Der Tag, an dem Benno Ohnesorg starb
Ein Kommentar von Cordt Schnibben*

Mit jedem Jahr, das seither verging, wurde klarer, was an diesem 2. Juni 1967 passiert war... Bis dahin war die Bundesrepublik eine Art wilhelminischer Ob-

rigkeitsstaat, in dem sich der Untertan schon dann rechtswidrig verhielt, wenn er sich öffentlich über eine Polizisten empörte, der sich rechtswidrig verhielt; ein Land, in dem das Gitarrespielen an einem Brunnen ausreichte, um eine Polizeiaufmarsch auszulösen... Studenten ... machten sich Anfang der sechziger Jahre schon dadurch verdächtig, dass sie Marx lasen, etwas, von dem der normale Student annahm, dass es sowieso verboten sei. Zwei Drittel der Studenten bezeichneten sich als apolitisch; die Hochschullehrer herrschten in ihren Talaren wie Fürsten über die Fakultäten... Politische Betätigung an den Hochschulen war nicht üblich; es sei denn, es wurde des 17. Juni gedacht...

Jede Menge Gebote und Verbote hatte die deutsche Sofakissendiktatur ihren jungen Bürgern zu bieten – sitz gerade, geh zum Friseur, mach die Negermusik leiser, geh zur Tanzstunde, wasch den Wagen... Um Distanz zu bekommen zu diesem Leben, das nicht ihr Leben war, sondern das Leben ihrer Eltern, zogen in den sechziger Jahren immer mehr Westdeutsche in die großen verlassenen Wohnungen West-Berlins und begannen, ein neues Zusammenleben auszuprobieren...

Was sich jahrelang an Spannungen aufgebaut hatte im Wirtschaftswunderdeutschland, entlud sich an diesem heißen Juniabend gewaltsam... Der Tod des Studenten, über den seine Professoren sagten, er sei ein zurückhaltender, höflicher, neugieriger und gewissenhafter Student gewesen, machte aus einer antiautoritären Revolte in West-Berlin die Protestbewegung der 68er, die das Land umkrempele und bis heute prägt... 65 Prozent der Studenten gaben später an, in den Wochen nach dem Tod (Benno Ohnesorgs) seien sie politisch geworden.

Der Spiegel vom 2. Juni 1998, S. 109-111

D 9 Die Vision

a *Rudi Dutschke*: Wir können eine Welt gestalten, wie sie die Welt noch nie gesehen hat, eine Welt, die sich auszeichnet, keinen Krieg mehr zu kennen, keinen Hunger mehr zu haben, und zwar in der ganzen Welt. Darum werden wir kämpfen.

b *Mario Savio*: Es ist nicht so wichtig, einen Platz in der Gesellschaft zu finden, als die Gesellschaft so zu gestalten, dass man in ihr auch einen Platz haben möchte.

Rudi Dutschke war Vorsitzender des SDS und einer der wichtigsten Theoretiker der deutschen Studentenrevolte. Mario Savio war einer der Protagonisten des Protests an der Kalifornischen Staatsuniversität Berkeley.

(a) *Karl-Heinz Heinemann/ Thomas Jaitner: Ein langer Marsch. 1968 und die Folgen, Köln 1993, S. 8.*

(b) *Hilmar Hoffmann/ Heinrich Klotz (Hg.): Die Sechziger, Düsseldorf 1987, S. 30.*

D 10 Aufstand gegen das Establishment

Aus einer Rede des Studenten Peter Schneider (1968)

Wir haben ruhig und ordentlich eine Universitätsreform gefordert, obwohl wir herausgefunden haben, dass wir gegen die Universitätsverfassung reden können, soviel und solange wir wollen, ohne dass sich ein Aktendeckel hebt, aber dass wir nur gegen die baupolizeilichen Bestimmungen zu verstoßen brauchen, um den ganzen Universitätsaufbau ins Wanken zu bringen.

Da sind wir auf den Gedanken gekommen, dass wir erst den Rasen zerstören müssen, bevor wir die Lügen über Vietnam zerstören können, dass wir erst die Hausordnung brechen müssen, bevor wir die Universitätsordnung brechen können. Da haben wir es endlich gefressen, dass wir gegen Prüfungen, in denen man nur das Fürchten, gegen Seminare, in denen man nur das Nachschlagen lernt – dass wir gegen den ganzen alten Plunder am sachlichsten argumentieren, wenn wir aufhören zu argumentieren und uns hier in den Hausflur auf den Fußboden setzen.

Peter Schneider arbeitet heute als Schriftsteller und Essayist. Zitat: Der Spiegel vom 2. Juni 1998, S. 112.

D 11 Der Bundesjustizminister Gustav Heinemann

Aus der Ansprache zu den Osterunruhen 1968

Diese Tage erschütternder Vorgänge und gesteigerter Unruhe rufen uns alle zu einer Besinnung... Sowohl der Attentäter, der Rudi Dutschke nach dem Leben trachtete, als auch die elftausend Studenten, die sich an den Demonstrationen vor Zeitungshäusern beteiligten, sind junge Menschen. Heißt das nicht, dass wir Älteren den Kontakt mit Teilen der Jugend verloren haben oder ihnen unglaubwürdig wurden?

Das Kleid unserer Freiheit sind die Gesetze, die wir uns selber gegeben haben. Diesen Gesetzen die Achtung und Geltung zu verschaffen, ist Sache von Polizei und Justiz. Es besteht kein Anlass, zu zweifeln, dass Polizei und Justiz tun, was ihre Aufgabe ist...

Zu den Grundrechten gehört auch das Recht zu demonstrieren, um öffentliche Meinung zu mobilisieren. Auch die junge Generation hat einen Anspruch darauf, mit ihren Wünschen und Vorschlägen gehört und ernst genommen zu werden. Gewalttat aber ist gemeinsames Unrecht und eine Dummheit obendrein. Es ist eine alte Erfahrung, dass Ausschreitungen und Gewalttaten genau die gegenteilige öffentliche Meinung schaffen, als ihre Urheber wünschen. Das

sollten – meine ich – gerade auch politisch bewegte Studenten begreifen und darum zur Selbstbeherrschung zurückfinden.... Uns (im) Grundgesetz zusammenzufinden und seine Aussagen als Lebensform zu verwirklichen, ist die gemeinsame Aufgabe.

Arnulf Baring: *Machtwechsel, Stuttgart (Deutsche Verlagsanstalt) 1982, S. 70 f.*

D 12 Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger

Ansprache nach dem Attentat auf Rudi Dutschke

Meine verehrten Zuhörer! In dem Zusammenhang mit dem verbrecherischen Anschlag auf Rudolf Dutschke haben in den beiden letzten Tagen radikale studentische Gruppen in einigen deutschen Städten eine Reihe von gewalttätigen Aktionen unternommen.

Diese Studentengruppen werden angeführt von kleinen, aber militanten linksextremistischen Kräften, die sich die Zerstörung unserer parlamentarisch-demokratischen Ordnung offen zum Ziel gesetzt haben. Sie haben seit langem derartige Gewalttätigkeiten propagiert und durchgeführt.

In unserer Demokratie haben die Vertreter jeder politischen Meinung das unbestreitbare Recht, diese zum Ausdruck zu bringen und für sie zu werben. Keiner Gruppe kann aber das Recht zugestanden werden, ihre politischen Auffassungen und Ziele mit Gewalt durchzusetzen zu wollen. Die staatlichen Reaktionen waren bisher bewusst zurückhaltend, um unnötige Opfer zu vermeiden. Seit Wochen wurden jedoch diese Gruppen davor gewarnt, ihre ungesetzlichen Aktionen fortzusetzen, weil sonst zwangsläufig die Mittel der staatlichen Abwehr verschärft werden müssten. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass sich Gegenaktionen aus der Bevölkerung entwickeln könnten, die zu gefährlichen Zusammenstößen und Unruhen führen müssten...

Das Attentat eines keiner politischen Gruppen angehörigen abseitigen Verbrechers sollte für uns ein Alarmsignal sein. Gewalt provoziert Gegengewalt, die sich zwangsläufig ständig ausbreiten und steigern muss. Um eine solche unheilvolle Entwicklung zu vermeiden, muss sich der weit überwiegende Teil der Studentenschaft, die für die Aufrechterhaltung unserer demokratische-parlamentarischen Ordnung eintritt, den radikalen Rädelsführern verweigern...

Ich weiß mich in der Entschlossenheit, kein gewaltsame Störung der rechtsstaatlichen Ordnung, komme sie von wem sie wolle, zu dulden, mit unserem Volke einig.

Carsten Seibold (Hg.): *Die 68er. Das Fest der Rebellion, München (Knaur) 1988, S. 246 f.*

D 13 Schlagzeilen und Gegendemonstration

a

Bildzeitung



Otto, Karl A.: *APO. Die außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960-1970), Köln (Pahl-Rugenstein) 1989, S. 267. Nach: Der Spiegel 6.5.1968*

b

Protest in Berlin gegen den SDS und die „unbelehrbaren“ Studenten
Bild: Ullstein

Dieses Bild kann
aus urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

D 14 Antiprotest-Lied

Von Freddy Quinn

Wer will nicht mit Gammlern verwechselt werden

– Wir

wer sorgt sich um den Frieden auf Erden

– Wir

Ihr lungert herum in Parks und in Gassen,
wer kann Eure sinnlose Faulheit nicht fassen

– Wir, Wir, Wir

Wer hat den Mut für Euch sich zu schämen

– Wir

wer lässt sich unsere Zukunft nicht nehmen

– Wir

wer sieht Euch alte Kirchen beschmieren,
und muss vor Euch jede Achtung verlieren

– Wir, Wir Wir

(Mit Chorus):

Denn jemand muss da sein,

der nicht nur vernichtet,

der uns unseren Glauben erhält,

der lernt, der sich bildet, sein Pensum verrichtet,

zum Aufbau der morgigen Welt...

Wer hat noch nicht die Hoffnung verloren

– Wir

wer dankt noch denen, die uns geboren

– Wir

doch wer will weiter nur protestieren, bis nichts
mehr da ist zum Protestieren

– Chorus: Ihr, Ihr, Ihr.

Bernd Müllender / Achim Nöllnheidt (Hg.): *Am Fuß der
blauen Berge, Essen (Klartext Verlag) 1994, S. 209.*

D 15 Nachwirkungen

Die Frage, welche Auswirkungen die Revolte der Achtundsechziger auf längere Sicht gehabt hat, ist nicht leicht zu beantworten. Folgende gesellschaftlichen Veränderungen, vor allem der siebziger Jahre, werden oft mit der Studentenbewegung in Verbindung gebracht. Doch nicht nur der kausale Zusammenhang ist umstritten, auch die Phänomene selbst werden kontrovers beurteilt.

- Infragestellung von Autoritäten, Abbau hierarchischer Strukturen in Schule und Hochschule
- Zunahme der individuellen Freiheit (weniger soziale Kontrolle, mehr Toleranz in der Gesellschaft)
- Entstehen der Frauenbewegung, Fortschritte in der Emanzipation der Frauen
- Neue Formen des Zusammenlebens (Wohngemeinschaften, Paare ohne Trauschein, mehr Singles)
- Anderes Verständnis von Kindererziehung („Elterliche Sorge“ statt „Elterliche Gewalt“), Lockerung der Umgangsform zwischen Jung und Alt
- Entstehen einer Alternativkultur

- Verstärkte Ideologisierung der Politik (Zerstörung des bisherigen gesellschaftlichen Konsenses)
- Neue Formen politischer Beteiligung, Forderung nach „Politik von unten“ (Mitbestimmung, Demokratisierung, Bürgerinitiativen, neue soziale Bewegungen)
- Ausbildung unkonventioneller bis illegaler Formen des politischen Protests
- Auflösung traditioneller Bindungen (Wertewandel, Werteverfall?)

D 16 Zur Bewertung der Studentenrevolte

a Karl Dietrich Bracher

Ebenso wichtig wie die unmittelbaren politischen Konsequenzen erscheinen die psychologischen und begriffspolitischen Auswirkungen des radikalen Progressismus. Dazu gehörte, dass nun der Ruf nach „Demokratisierung“ als Mitbestimmung bis in die untersten Einheiten von Organisationen, Betrieben, Schulen von allen Seiten ertönte, dass betont systemkritisch von Basis-Demokratie und Bürgerinitiativen, von Spätkapitalismus und Spätbürgertum die ständige Rede war... Zurück blieb ein ideologisches Schlachtfeld, dem heute zunehmend nostalgische Erinnerungen gelten...

Der geistige Ertrag des mit so viel Enthusiasmus und Aufwand begonnenen Aufbruchs blieb umstritten, und der weitere Verlauf hat durch die überstürzten, zum Teil naiven Maßnahmen der Regierung (im Bildungssystem, durch Herabsetzung des Mündigkeitsalters), vor allem aber wegen der gewaltsamen und terroristischen Auswirkungen durch den weiteren Verlauf zu zahlreichen menschlichen und politischen Enttäuschungen geführt... (Die) „antiautoritäre Welle“ blieb bald stecken: es wuchs eine Stimmung der Skepsis, Angst vor der Zukunft, Verlangen nach anderen Lebensformen, Nostalgie.

Zeit der Ideologien, Stuttgart (Deutsche Verlagsanstalt) 1982, S. 307 f. und S. 313.

b Franz Schneider

„APO“ bedeutete zwar dem geflügelten Wortlaut nach, dass die Opposition außerparlamentarisch war, aber sie war weithin auch ... antiparlamentarisch. Dies bedeutet nicht nur, dass sich diese Opposition als außerhalb jenes Rahmens stehend verstand, den unsere durch die Verfassung gegebene Ordnung für politische Alternativen institutionell – eben in Form von Parlament und Parteien – bereithält. Es impliziert auch als Programm, dass der Parlamentarismus als Lebenslüge einer verschleierte Klassenherrschaft zu entlarven und zu ersetzen sei. Die aggressive Stoßrichtung der politischen Agitation zielte vor allem auf das Parlament, weil es eben

die Volksvertretung ist, die gegenüber jeder Art von revolutionärem Gehabe das Fundament der stärksten Abwehr bietet.

Franz Schneider (Hg.): *Dienstjubiläum einer Revolte, München (v. Hase & Koehler) 1993, S. 49.*

C Willy Brandt

Auszug aus einer Rede auf dem SPD-Kongress „Die junge Generation und die Zukunft der Demokratie“ im Januar 1969 in Bad Godesberg

Die Jugend erwartet vorausschauendes Denken statt taktischer Manöver, Zivilcourage statt Opportunismus, Mut zur Unbequemlichkeit statt Appelle an die Bequemlichkeit. Politische Macht und ihre Handhabung müssen durchschaubar sein. Es ist für mich unbestreitbar, dass man die im Grundsatz geordnete staatliche Ordnung vom Grundsatz her in Zweifel ziehen darf. Nur muss man wissen, wo man reaktionären und zerstörenden Kräften hilft; man muss wissen, weshalb man den Widerstand derer findet, die unsere verfassungsmäßige Ordnung für verteidigungswert und entwicklungsfähig halten. In Ländern, wo sie nicht vorhanden sind, kämpft die studentische Jugend für die elementaren demokratischen Freiheiten. Anderswo werden ebendiese Freiheiten als formal abgetan. Hier steckt ein Widerspruch, den man nicht mit Parolen auflösen kann.

Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hamburg (Hoffmann und Campe) 1976, S. 272.

D 17 Ein 68er als Vater



Zeichnung: Erich Rauschenbach

D 18 Meine Einschätzung

Nehmen Sie bitte durch Ankreuzen der entsprechenden Spalte zu den nachfolgenden Zitaten Stellung und begründen Sie Ihre Meinung.

	Ich stimme zu	Ich stimme nicht zu	Unentschieden
1. Die Studenten kämpften zwar gegen Autoritäten; behahten sich aber selbst sehr autoritär.			
2. Die Berufung auf Mao Tse-tung und die chinesische „Kulturrevolution“ stand im Widerspruch zur Forderung nach Freiheit und Selbstbestimmung.			
3. Die „APO“ stellte die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland prinzipiell in Frage.			
4. Die jungen Leute stellten oft die richtigen Fragen, aber sie gaben die falsche Antwort.			
5. Die Studentenbewegung stand von Anfang an in Opposition zum parlamentarischen System.			
6. Politisch ist die Studentenrevolte gescheitert, aber sie hat die Einstellungen und Verhaltensweisen in der deutschen Gesellschaft verändert.			
7. Gegen die Aktionen der Studenten musste der Staat mit harten Mitteln vorgehen.			
8. Die Studentenbewegung war ein Versuch, die Gesellschaft in Deutschland in eine sozialistische zu verwandeln.			
9. Die Studenten wandten sich den wirklichen Verhältnissen zu und versuchten, diese in ihrem Sinne zu verändern.			
10. Die Studentenbewegung war eine typische Erscheinung der sechziger Jahre. Nur dort hatte sie ihren Platz.			



Aktuelle Themen, attraktive Preise

Der Schülerwettbewerb des Landtags

Komm heraus – mach mit beim Schülerwettbewerb des Landtags!

Landtagspräsident Peter Straub ruft die Schülerinnen und Schüler aller Schularten von Klasse 9 an zur Teilnahme am 42. Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung auf.

Lehrerinnen und Lehrer der Fächer Gemeinschaftskunde, Deutsch, Bildende Kunst sollten ihre Schülerinnen und Schüler auf diesen Wettbewerb aufmerksam machen. Die Aufgaben eignen sich für einzelne Fächer, für fächerverbindendes Lernen, für besondere Lernleistungen oder für außerunterrichtliche Projekte.

Der Landtag will die politische Bildung fördern, indem er für die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Problemen aufruft und dafür viele attraktive Preise aussetzt:

- Es gibt den Förderpreis des Landtags für herausragende Arbeiten.
- Eine einwöchige Studienfahrt mit Vorbereitungsseminar für rund 50 erste Preisträgerinnen und Preisträger führt nach Breslau.
- Die besten Sonderschülerinnen und Sonderschüler fahren nach Berlin.
- Empfang und Preisverleihung durch den Landtagspräsidenten.
- Über 1000 zweite und dritte Preise.

Von der Landeszentrale für politische Bildung, der Organisatorin des Wettbewerbs, wurde eine Broschüre mit „Tipps zum Mitmachen“ herausgebracht. Diese gibt Ratschläge zu den Arbeitsformen und will das Mitmachen erleichtern. Auch in der „Nachlese 1998“, in der Arbeitsmappe „Orientieren, Produzieren, Präsentieren“ und in dem Arbeitsheft „Krieg und Frieden aus Schülersicht“ wird mit Beispielen aus dem Wettbewerb gezeigt, wie es gemacht werden könnte. Die Publikationen können – auch als Klassensatz – bei der unten angegebenen Adresse bestellt werden.

Die Ausschreibungsunterlagen wurden an alle Schulen des Landes geschickt; Nachforderungen und Bestellungen der genannten Materialien richten Sie bitte schriftlich an

**Landeszentrale für politische Bildung
– Schülerwettbewerb –
Sophienstraße 28-30
70178 Stuttgart
Telefon: 0711/2371372
Telefax: 0711/2371498
Internet: swb@lpb.bwue.de
Einsendeschluss: 15. November 1999**

Folgende Themen stehen zur Auswahl

Plakat

Nur Einzelarbeit, Format 50 mal 70 cm

1 Gestalte ein Plakat, das zum friedlichen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalität aufruft.

Umfrage

Einzelarbeit oder Gruppenarbeit

2 Braucht die Bundesrepublik Deutschland Soldaten? Werte deine Ergebnisse aus und nimm Stellung. Lege den Fragebogen bei.

Auswertung

Einzelarbeit oder Gruppenarbeit

3 Suche eine Karikatur, ein Bild, eine Bildgeschichte, einen kurzen Text, ein Zitat aus dem Bereich des Politischen aus. Werte die Vorlage aus. Stelle das dort angesprochene politische Problem vor. Nimm Stellung dazu. Lege deine Vorlage der Arbeit bei.

Erörterung, Facharbeit, Reportage

Einzelarbeit oder Gruppenarbeit

- 4 Wo finden Menschen Halt?
- 5 Ist Disziplin von vorgestern?
- 6 Die Möglichkeiten persönlicher freier Entfaltung in gesellschaftlicher Verantwortung.
- 7 Welches politische Thema stellst du dir selbst? Grenze es ein und formuliere es als dein Thema. Bearbeite es in einer der Formen: Erörterung, Facharbeit, Reportage.

Gedicht, Kurzgeschichte, Brief, Rede, Flugblatt, Kommentar

Nur Einzelarbeit

8 Welches politische Problem brennt dir am meisten auf den Nägeln?

Grenze es ein und formuliere es als dein Thema. Bearbeite es in einer der Formen: Gedicht, Kurzgeschichte, Brief, Rede, Flugblatt, Kommentar.

Schriftliche Arbeiten: DIN A 4, 1,5 zeilig, Schriftgröße 10. Der Umfang soll 10 Seiten nicht überschreiten. Eine Hörfunk- oder Videoreportage darf höchstens 10 Minuten dauern. Bitte VHS-Kassetten verwenden. Arbeitsgruppen dürfen nicht mehr als drei Mitglieder haben. Es kann nur eine Arbeit zum Wettbewerb eingereicht werden.

Zum Wettbewerb können nur Arbeiten, die die Wettbewerbsbedingungen einhalten, zugelassen werden.



Schriftenreihe der LfK 3 A

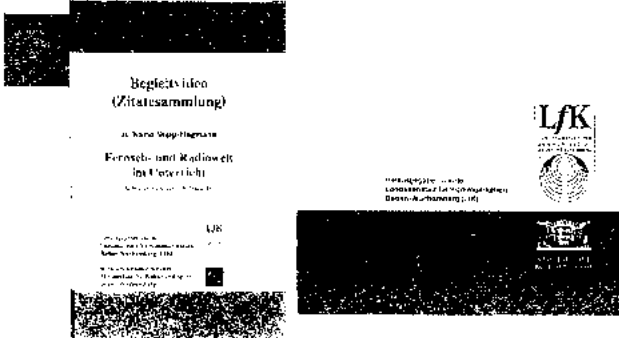
Fernseh- und Radiowelt für Kinder und Jugendliche

1996. Kartoniert, Format DIN A5, 292 Seiten

Best.-Nr. 353

DM 29,80

ISBN 3-7883-0353-0



Dieses in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium erschienene erste „theoretische“ Handbuch erarbeitet durch kompetente und in der Mediendiskussion engagierte Autoren wichtige Aspekte der Medienpädagogik.

Mit diesen Erkenntnissen soll Lehrern, Erziehern und interessierten Eltern die Möglichkeit gegeben werden, sich mit dieser Themenvielfalt auseinanderzusetzen und sich einen Überblick – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – über den Stand der Diskussion in den Bereichen Medienwissenschaft, Medienpädagogik und Medienproduktion zu verschaffen.

... Gerade die präsentierten Unterrichtseinheiten dürften gute Chancen haben, von den Lehrern und Lehrerinnen auch angenommen zu werden. Sie sind recht ausführlich und konkret gehalten und nötigen das Lehrpersonal damit nicht, sich selbst erst einmal in längere Texte einzuarbeiten ...
(FUNK-Korrespondenz Nr. 17/ 26. April 1996)

Schriftenreihe der LfK 3 B mit Videokassette

Karin Stipp-Hagmann

Fernseh- und Radiowelt im Unterricht

1996. Kartoniert, Format DIN A4, 218 Seiten

Best.-Nr. 354 ISBN 3-7883-0354-9

DM 29,80 inkl. Videokassette (ca. 2 Std.)

Im „praktischen“ Band finden Lehrer und Erzieher Hinweise und konkrete Anleitungen zu einer Auseinandersetzung im Unterricht. Unterteilt in viele Abschnitte, werden Sequenzen Stück für Stück anhand bekannter Film- und Fernsehproduktionen vorgestellt und thematisch mit den Videomaterialien verknüpft.

Arbeitsblätter und Kopiervorlagen sowie die Möglichkeiten mit der Videokassette bieten viele Unterrichtsvorschläge an, die in verschiedenen Lehrplänen auch gefordert sind.

Aus dem Inhalt:

Als die Bilder laufen lernten · Filmische Gestaltungsmittel · Spiel- und Fernsehfilmerzählungen (Mein Freund Arno, Rocky IV, Top-Gun) · Non-Fiction · Dokumentarfilm · Reality-TV · Talk-Show · Werbung mit Zielgruppe Kinder · Werbeformen am Beispiel SAT 1 Fußballshow „ran“ · MusicTeleVision · Action und Gewalt · „Schwarzfahrer“ – Eine Filmanalyse · Do it yourself (Texten und Kommentieren, Textproduktion, Drehbuch, Drehen und Schneiden, Filmische Bewegung) · Schüler machen Radio · Dokumentation zum Radioprojekt am Gymnasium Königin-Olga-Stift, Stuttgart · Radio-aktiv der Schülerinnengruppe des Eugen-Bolz-Gymnasiums, Rottenburg

... Daher ist es erforderlich, daß die Schülerinnen und Schüler sich innerhalb einer von Medien bestimmten Welt selbstbewußt, eigenverantwortlich und produktiv verhalten können ...
(Auszug aus der Erklärung der Kultusministerkonferenz vom 12.5. 1995)

Nutzen Sie unser Sonderangebot:
Band 3 A + 3 B + Videokassette ISBN 3-7883-0356-5 Best.-Nr. 356 DM 42,-



Natürlich von

Neckar-Verlag GmbH, 78008 Villingen-Schwenningen
Postfach 1820 · Tel. 07721/8987-46 · Fax 07721/8987-50



4. Festival Politik im Freien Theater Stuttgart 17. - 27. November 1999



das ist Kommunikation und Kontroverse, Provokation und lachender Spaß, Anregung zum Nachdenken und zum leidenschaftlichen Disput.  das ist am Ende des Jahrhunderts ein Spectaculum das Menschen zueinander und ins Gespräch miteinander bringt.  wird ausgerichtet von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Kulturamt der Landeshauptstadt Stuttgart und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.



das sind: Alarm! Theater (Bielefeld) **Geschichten aus dem Hinterhaus**
Arkadas Theater (Köln) **Barfuß Nackt Herz in der Hand**
BB Produktion - Barbara Nüsse/Birgitta Linde (Hamburg) **Kanak Sprach**
bremer shakespeare company **Heinrich VI**
Ensemble Sandra Strunz (Hamburg) **Lukas, Ich und Mich**
Europäische Werkstatt für Kunst und Kultur Hellerau (Dresden) **Genetik Woyzeck**
Gruppe Stemann (Hamburg) **Zombie 45 - Am Baß Adolf Hitler**
LOT Theater (Braunschweig) **Heute ist ein schöner Tag**
Marburger Theaterwerkstatt **Umschlagplatz* Laufschrift* Schwanzparade* - *Im Original deutsch**
Materialtheater Stuttgart **König Übü oder Mutter Übü braucht auch Geld**
RambaZamba (Berlin) **Medea - Der tödliche Wettbewerb**
Theater 89 (Berlin) **Gäste**
Theater an der Winkelwiese (Zürich/CH) **Der letzte Henker**
Theater des Lachens (Berlin) **Dantons Tod**
Theater Rampe Stuttgart **Leviathan**
Theater K (Aachen) **Elektra**
Theater Lindenhof (Melchingen) **Melchinger Winterreise**
theatergroup hollandia (Zaandam/NL) **Zwei Stimmen**
Theaterhaus Jena **Hinkemann**
Theaterhaus Stuttgart **Bezahlt wird nicht!**
wehrtheater hartmann (Berlin) **Tränen Spotten**
WU WEI Theater (Frankfurt/M.) **Piccoli Angeli, Kleine Engel**



ist zugleich ein Wettbewerb: Vergeben werden die ausgelobten Preise von einer Jury unter Vorsitz des Stuttgarter Schauspielers Friedrich Schirmer. Außerdem zeichnet 3sat eine Inszenierung in Form einer Fernsehaufzeichnung aus.



im Theater Rampe, FITS, Theaterhaus, theater tri-bühne, Wilhelma Theater, Theater Lindenhof, TREFFPUNKT Rotebühlplatz sowie auf den Bühnen der Staatstheater Stuttgart.



bietet zudem ein Vorbereitungsprogramm für Schulklassen aus der Region Stuttgart mit Informationen zu Themen, Gruppen und Inszenierungen.



Informationen: Tel. 01805 - 17 11 99
Landeszentrale für politische Bildung, Sabine Brandes
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach, Fax: 07125/15 21 00

Kartenvorverkauf ab 18. Oktober 1999, Kulturgemeinschaft Stuttgart, Tel. 0711/224 77 55/56 (Gruppenerm.)

Das Festival im Internet: www.politische-bildung.de/theaterfestival

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Tel. (07 11) 2371 30
Fax (07 11) 2371 496
Internet <http://www.lpb.bwue.de>

Telefon (0711) 2371-30

Durchwahlnummern

Direktor: Siegfried Schiele -385
Referentin des Direktors: Sabine Keitel -387
Stabsstelle Marketing:
Leiter: Werner Fichter -488
Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk -484

Abteilung I Verwaltung (Günter Georgi)

Fachreferate

I/1 Grundsatzfragen: Günter Georgi -379
I/2 Haushalt und Organisation: Jörg Harms -383
I/3 Personal: Gudrun Gebauer -480
I/4 Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -492
I/5** Haus auf der Alb: Erika Höhne (07125) 152-109

Abteilung II Adressaten (Karl-Ulrich Templ, stellv. Direktor)

Fachreferate

II/1 Medien: Karl-Ulrich Templ -390
II/2** Frieden und Sicherheit: Wolfgang Hesse (07125) 152-140
II/3 Lehrerfortbildung: Karl-Ulrich Templ -390
II/4* Schülerwettbewerb:
Reinhard Gaßmann -373
Monika Greiner -394
II/5 Außerschulische Jugendbildung: Wolfgang Berger ... -369
II/6** Öffentlicher Dienst: Eugen Baacke (07125) 152-136

Abteilung III Schwerpunkte (Konrad Pflug)

Fachreferate

III/1** Landeskunde/Landespolitik:
Dr. Angelika Hauser-Hauswirth (07125) 152-134
III/2 Frauenbildung: Christine Herfel -487
III/3** Zukunft und Entwicklung:
Gottfried Böttger (07125) 152-139
III/4** Ökologie: Dr. Markus Hug (07125) 152-146
III/5* Freiwilliges Ökologisches Jahr: Konrad Pflug -495
III/6** Europa: Dr. Karlheinz Dürr (07125) 152-147
III/7* Gedenkstättenarbeit: Konrad Pflug -501

Abteilung IV Publikationen (Prof. Dr. Hans-Georg Wehling)

Fachreferate

IV/1 Wissenschaftliche Publikationen
Redaktion „Der Bürger im Staat“:
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling -371
IV/2 Redaktion „Politik und Unterricht“: Otto Bauschert ... -388
IV/3 Redaktion „Deutschland und Europa“:
Dr. Walter-Siegfried Kircher -391
IV/4 Didaktik politischer Bildung: Siegfried Frech -482

Abteilung V Regionale Arbeit (Hans-Joachim Mann)

Fachreferate/Außenstellen

V/1 Freiburg: Dr. Michael Wehner (0761) 2077377
V/2 Heidelberg: Dr. Ernst Lüdemann (06221) 607814
V/3* Stuttgart: Hans-Joachim Mann (0711) 2371374
V/4 Tübingen: Rolf Müller (07071) 2002996

Anschriften

Hauptsitz in Stuttgart (s. links)

* 70178 Stuttgart, Sophienstraße 28–30,
Fax (0711) 2371498

** Haus auf der Alb
72574 Bad Urach, Hanner Steige 1,
Tel. (07125) 152-0, Fax (07125) 152100

Außenstelle Freiburg

Friedrichring 29, 79098 Freiburg,
Tel. (0761) 207730, Fax (0761) 2077399

Außenstelle Heidelberg

Friedrich-Ebert-Anlage 22–24, 69117 Heidelberg,
Tel. (06221) 6078-0, Fax (06221) 607822

Außenstelle Stuttgart

Sophienstraße 28–30, 70178 Stuttgart,
Tel. (0711) 2371375, Fax (0711) 2371498

Außenstelle Tübingen

Herrenberger Straße 36, 72070 Tübingen,
Tel. (07071) 2002996, Fax (07071) 2002993

Bibliothek Bad Urach

Bibliothek/Mediothek Haus auf der Alb, Bad Urach
Gordana Schumann, Tel. (07125) 152-121

Dienstag 13.00–17.30 Uhr

Mittwoch 13.00–16.00 Uhr

Publikationsausgabe Stuttgart

Staffenbergstraße 38

Ulrike Weber, Tel. (0711) 2371384

Montag 9.00–12.00 Uhr

14.00–17.00 Uhr

Dienstag 9.00–12.00 Uhr

Donnerstag 9.00–12.00 Uhr

14.00–17.00 Uhr

Nachfragen

„Der Bürger im Staat“

Ulrike Hirsch, Tel. (0711) 2371371

„Deutschland und Europa“

Sylvia Rösch, Tel. (0711) 2371378

„Politik und Unterricht“

Sylvia Rösch, Tel. (0711) 2371378

Publikationen (außer Zeitschriften)

Ulrike Weber, Tel. (0711) 2371384

Bestellungen

bitte schriftlich an die o.g. Sachbearbeiterinnen:
Staffenbergstr. 38, 70184 Stuttgart, Fax (0711) 2371496
oder online: <http://www.lpb.bwue.de>

Thema des nächsten Hefts:
Nachhaltigkeit